

DISKUS

FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

NACHRICHTENBLATT DER
VEREINIGUNG VON
FREUNDEN U. FÖRDERERN
DER JOHANN WOLFGANG
GOETHE - UNIVERSITÄT
FRANKFURT AM MAIN E. V.

3. Jahrgang — Heft 9 Preis 10 Pfg.

November 1953

Verlagsort Frankfurt a. M.

Vorschlag zur Güte

Irgendwo bei Jean Paul findet sich der Versuch einer scherzhaften Rechtfertigung der Unsittlichkeit: selbst ein Konsistorialrat begehe, spätestens vierzehn Jahre nach seiner Heirat, einen Ehebruch; denn wie die Physiologie nachgewiesen habe, verändere in dieser Zeit der Stoffwechsel den gesamten Körper, so daß der Herr Konsistorialrat eine andere als die seinerzeit ihm Kopulierte in den Armen halte.

Nicht viel anders steht es mit unserem seelischen Dasein. Der historische Stoffwechsel ist sogar beschleunigt. Wechsel der Aufregungen fördert die moralische Verdauung, und am Ende ist's mit gutem Gewissen niemand gewesen, der noch wenige Jahre zuvor soviel abstritt, was ihm so persönlich noch kaum vorgeworfen war. Also kann man heute an jene Nacht vor fünfzehn Jahren wohl erinnern, ohne daß gegen die Verdammung der Untaten, die damals geschahen, großer Widerspruch sich erhöbe. Von direkt bewahrter Erinnerung — Überlieferung heißt man sie in den Fällen, wo Erhebendes mit im Spiel war — ist kaum etwas übrig, und so versagt jede behauptete Identifizierung der Heutigen mit denen vor anderthalb Jahrzehnten.

Aber von der Strenge des Sittengesetzes, von der menschlichen Unfähigkeit, ihm zu genügen, die Jean Paul nur eben zu umschreiben wagte, ist selbst unserm Seelenleben nichts mehr bekannt, das sich jetzt nach der Ökonomie der hygienischen Regel richtet, am besten die Dinge auf sich zukommen zu lassen und sie dann, wenns nochmal gut ging, zu verdrängen. Auf die Art kann es weitergehen.

Darüber aber wollen wir uns nichts vormachen: auf die Art kann das gleiche auch wieder passieren. Anderwärts geschieht es des öfteren wieder, denn die Macht des Vergessens ist unsittlich neutral: sie läßt ebensogut auch die Humanität wieder verschwinden, wenn die Zeitläufte sie nicht gebrauchen können. So unverständlich wie die Barbarei kann auch die Humanität werden, wenn jene Ökonomie zur obersten Regel des Verhaltens wird. Kaum noch bewahrt sie sich in der schweigsamen Trauer derjenigen, die Angehörige, des Bluts oder der Freundschaft, verloren; oder in der stummen Betroffenheit jener, die Zeugen der Untaten gewesen sind. Bei denen also, die sich nicht aufs Zerreden verstehen. Das kann jeder leicht feststellen, der zum Beispiel in Frankfurt in den Vierteln, in denen die Kristallnacht am wüstesten gefeiert wurde, einfache Leute davon erzählen hört: von dem Juden, der in einem Teppich gewickelt, aus dem dritten Stockwerk auf die Straße geworfen wurde; von jenem, der im ersten Weltkrieg ein Bein verloren hatte, und den die Burschen auf den Lastwagen schmissen, mit der Bemerkung: „die Krück braucht der eh' net mehr!“; von der Rechtsanwältin, die aus dem Fenster flog, und das Klavier aus der Wohnung auf sie drauf; von den Drohungen an Passanten, die protestieren wollten: „Sie sind wohl auch so ein Jud?“ Diese Geschichten sind ihnen ins Gedächtnis eingebrannt, unveränderlich, je weniger die Sprache fähig ist, sie wiederzugeben. Die Erinnerung ist auch eindringlicher als das Zeitungswissen von dem statistisch stumpfsinnigen Beseitigen all derer, denen ihr Blut nach Prozenten als Schuld angerechnet worden ist.

Es ist zu viel geschehen in der Zwischenzeit, als daß diese Schuld noch „uns Deutsche“ träfe. Aber sie trifft nicht ein bißchen weniger „uns Menschen“, die wir uns so wenig auf die Mitmenschen verstehen, und darum wieder auf die böse Kinderlehre Kierkegaards zurückgreifen müßten:

„Denke dir also ein Kind, und erfreue dies Kind damit, daß du ihm einige von den in künstlerischer Hinsicht unbedeutenden, für das Kind aber so wertvollen Bildern zeigst, die man im Kramladen kauft. Der hier auf dem schnaubenden Rosse, mit der wehenden Feder, mit der Herrschermiene, an der Spitze von Tausenden und aber Tausenden, die du nicht siehst, die Hand zum Befehl erhoben: ‚vorwärts‘, vorwärts über Hügel und Berge, die du vor dir liegend siehst, vorwärts zum Siege: das ist der

Kaiser, der einzige, Napoleon. Und nun erzählst du dem Kinde etwas von Napoleon. — Der hier ist als Jäger gekleidet; er stützt sich auf seinen Bogen und sieht vor sich hin mit einem Blick so durchdringend, so sicher, und doch so bekümmert. Das ist Wilhelm Tell ... Und so zeigst du dem Kinde noch mehr Bilder zur unsäglichen Freude des Kindes. Da kommst du zu einem, das mit Absicht dazwischen gelegt war, das stellt einen Gekreuzigten vor. Das Kind wird das Bild nicht sogleich, auch nicht ganz direkt verstehen: es wird fragen, was es bedeute, warum er an einem Baum hänge. Du erklärst dem Kinde, daß es ein Kreuz ist, und daß Daranhängen gekreuzigt sein bedeutet, und daß die Kreuzigung in jenem Lande die qualvollste Todesstrafe war, und dazu eine entehrende Todesstrafe, die nur für die schlimmsten Verbrecher angewandt wurde ... Wie den Juden zum Trotz oben an seinem Kreuz zu stehen kam: ‚der König der Juden‘, so ist dieses Bild, das beständig ‚in diesem Jahr‘ herauskommt, dem Geschlecht zum Trotz eine Erinnerung, die es niemals loswerden kann und niemals loswerden soll; er soll nicht anders dargestellt werden; und es soll sein, als wäre es dieses Geschlecht, das ihn kreuzigte, jedesmal, wenn dieses Geschlecht zum erstenmal, dem Kinde vom neuen Geschlecht dieses Bild zeigt, zum erstenmal erklärend, wie es in der Welt zugeht.“

Nun haben wir die Presse, und noch viele andere Nachrichtenapparate, die uns ständig die gleiche Kinderlehre wiederholen: wie es in der Welt zugeht, nicht anders als vor neunzehnhundertzwanzig Jahren. Es ist eine große Anstrengung vonnöten, um das nicht für die Welt überhaupt zu halten, und sich nach Möglichkeit und Zufall heraus aus dem, was die jeweils ändern tun und was ihnen geschieht. Nicht dabei gewesen zu sein, genügt schon fast, und wer sich damit begnügt, merkt gar nicht, daß er auch bereits sein Teil beiträgt, um das Band weiter zu zerschleifen, das alle Menschen umschließt — nach einem Glauben, den jener Voltaire noch hatte, den wir nur als den ‚argen Spötter‘ zu ignorieren belieben. In Voltaires Werken findet sich diese „Predigt des Rabbi Akiba“, gehalten zu Smyrna im Jahre 1761 nach der Verbrennung von 37 Juden in der Stadt Lissabon:

„Der Beichtvater des Herrn Konsuls hat mir eine Bekanntmachung eines Großrabbiners aus dem Lande der Franken gezeigt, der in Soissons lebt. In diesen Bekanntmachungen, gleichsam einem Hirtenbrief, sagt nun jener gute Herr, daß man alle Menschen als Brüder betrachten und daß man jedermann lieben müsse, selbst einen Türken. Es lebe dieser gute Rabbiner!

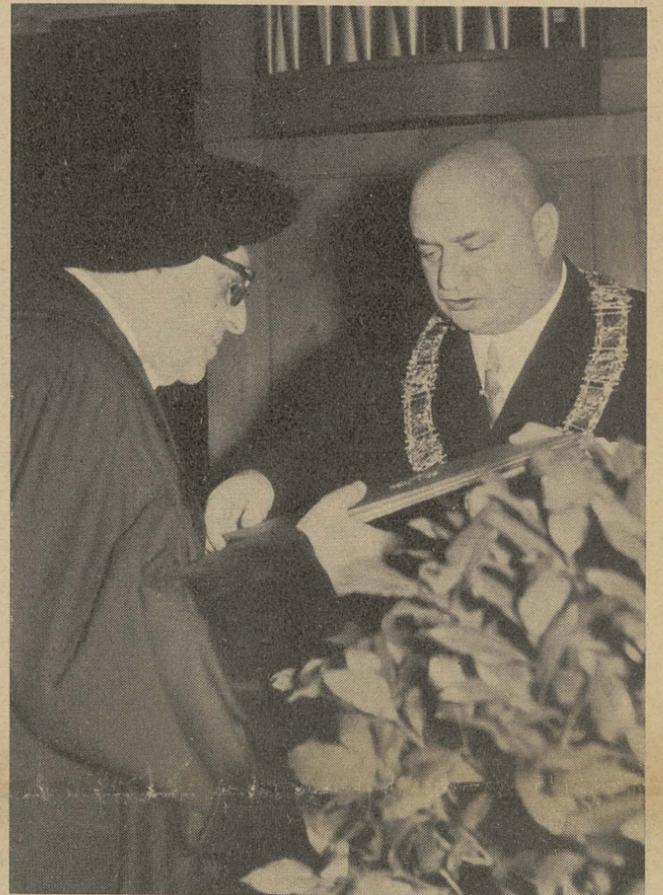
Mögen alle Kinder Adams stets ebenso denken, ob ihre Hautfarbe nun weiß, rot, schwarz, grau oder schwarzbraun sein möge, ob sie einen Bart tragen oder bartlos einherwandeln, ob sie unbeschnitten oder beschnitten sind! Und mögen die Fanatiker, die Abergläubischen und die Verfolger endlich selber Menschen werden! Lasset uns daraufhin unsere Herzen zum Ewigen erheben.

Die Zeit ist gekommen, meine Brüder, Tränen zu vergießen für jene 37 Israeliten, die man um ihres Glaubens willen zu Tode gebracht hat. Gewiß behaupte ich nicht, sie seien alle von den Flammen verzehrt worden. Wie man uns berichtet, sind drei zu Tode gepeitscht und zwei ins Gefängnis zurückgeschickt worden. Es sind also 32, die jene Wilden dem Opfertod der Flammen überantwortet haben.

Worin bestand ihr Verbrechen? In nichts anderem als darin, daß sie geboren waren. Ihre Väter haben sie in der Religion gezeugt, die ihre Ahnen seit vier Jahrtausenden bekannt haben. Sie sind als Israeliten zur Welt gekommen und haben in ihren Kellern das Passahfest gefeiert. Das ist der einzige Grund, um dessen willen die Portugiesen sie lebendigen Leibes verbrannt haben.

Nur eine einzige Frage möchte ich stellen. Wenn mir jemand auf dem Heimweg von einem derartigen Auto-da-fé sagt, daß er Christ sei, so würde ich ihn fragen, worin sein Christentum denn bestehe? ... Jesus hat niemanden verbrennen lassen. Er hat uns nur geheißt, unseren Propheten nachzueifern, das Gesetz zu halten, Gott und unsere Nächsten zu lieben. Kehrete er heute zurück, würde er sich wiedererkennen in einem einzigen derjenigen, die sich Christen nennen?“

Aber das sind Worte, vor zweihundert Jahren niedergeschrieben, und wir sind schon über die kleine Schwelle der fünfzehn Jahre hinüber, so daß erwiesen scheint, wie wenig



Die Goethe-Plakette, die höchste Auszeichnung der Stadt Frankfurt am Main, empfing der scheidende Rektor der Universität, Prof. Dr. phil. Max Horkheimer, als „der erfolgreiche Dozent auf den Gebieten der Philosophie und Soziologie“, und „Persönlichkeit von internationalem Weitblick und Humanität, die mit Überlegenheit und Güte alle Schwierigkeiten zu überwinden verstand“.

Vorwürfe und sprachlose Erinnerung noch Macht über die Zeit haben. Als bescheidenster Vorschlag zur Humanität sei deshalb nur noch der Landpfarrer Johann Hebel zitiert, der im ‚Schatzkästlein des Rheinischen Hausfreunds‘ einmal den Versuch gemacht hat, allerlei Haß und böswilliges Mißverständnis über die verachteten Juden aufzuklären, ja ihre Lebensart im Gegensatz zu manchem „nordischen Unfug“ zu loben; nicht genug damit aber, dem Adressaten seines Schreibens auch noch dies zumutet:

„Grüße mir den Thumringer Juden und, wenn er noch lebt, den Scheitele in Lörrach, und den Nausell!“

Vielleicht würden wir es heute übersetzen mit: Grüße mir den DP und den Emigranten — denn unter ihnen finden wir heute Verachtete und Gehaßte wie zu jener Zeit, und es ist leichter, der Abneigung nachzugeben als der Anstrengung zur Menschlichkeit, von der es noch auf absehbare Zeit viel zu wenig gibt.

G. Selber

„Saargebiet“? — „Saarland“? — „Saar“?

Was sollen diese Saar-Wortmodulationen? Nun, das ist nicht mit nochmal drei Worten zu sagen. Aber lesen Sie doch bitte die Worte der Überschrift einmal langsam vor sich hin!

Das klang doch für ihre bundesdeutschen Ohren gar nicht so fremd! — Das ist nicht weiter verwunderlich, denn Presse und Rundfunk sind seit Jahren voll davon. Sind Sie sich also über die verschiedenartige Bedeutung dieser Worte klar? Nein. Denn da heißt es etwa im Nachrichtendienst eines westdeutschen Senders: „... am Vorabend der Landtagswahlen im Saargebiet kam es zu Übergriffen der saarländischen Polizei gegen ...“ Dieselbe Nachricht in einer westdeutschen Zeitung: „Saarpolizei greift in den Wahlkampf ein.“ — Ein anderes

Stadt u. Universitäts-
bibliothek
104
Untermainkai

Man sagt in Bonn

Die FDP und die DP haben die Bundestagswahlen verloren, aber sie haben die Schlacht um die Regierungsbildung gewonnen. Die CDU/CSU hat 244 Mandate errungen, und sie stellt 10 (vielleicht 11) Minister. Die FDP mit 48 Abgeordneten 4 Minister und die DP mit nur 15 Abgeordneten sogar 2 Minister. Aber das ist kein Wunder, wenn man an ein Bonner Scherzwort denkt: „Die DP ist des Kanzlers treuester Teil der CDU-Fraktion.“

Schlecht abgeschnitten hat die CSU. Sie hat 4 Abgeordnete mehr als die FDP und stellt — mindestens — einen Minister weniger als die FDP. Auch das versucht man in Bonn zu erklären: Im ersten Bundestag konnte die Koalition gegen den Willen der CSU kein Gesetz durchbringen. Heute kann sie es.

Sie haben es natürlich schon erraten: Das „mindestens“ bezieht sich auf den Bundespostminister. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird er Mitglied der CSU sein, aber ob er Schubert heißen wird, daß weiß nicht mal er selbst. Noch herrscht absolute Unklarheit — auch darüber, warum Schubert nicht mehr Postminister wurde. Man sagt in Bonn: Der Katholik Schubert sei der Konfessions-Arithmetik zum Opfer gefallen. Aber selbst ob das ein Grund oder nur ein Erklärungsversuch ist, ist unklar. (Ich habe mir sagen lassen, Arithmetik sei die Kunst, mit Zahlen umzugehen. Mit Menschen zu rechnen — gehört das auch in die Arithmetik?)

Nicht nur Schubert gehört zu den Opfern der Regierungsbildung. Auch Blank und Brentano haben es nicht geschafft. Sie sind eben nur CDU-Abgeordnete. Aber seien wir gerecht, auch FDP-Dehler blieb auf der Strecke, obwohl sein größter Konkurrent in „Sonntagsreden“ (die zu den bekannten „Montagsdementis“ geführt haben) der Land-, Luft- und Seebahn seinen Ministersessel behalten durfte.

Vergessen wir nicht den vierten Christ-Demokraten, der aus dem Rennen geworfen wurde, den Staatssekretär a. D. Lenz. Er ist mit (und an) seinem Plan gescheitert, ein Informationsministerium zu schaffen. Der größte Teil der Öffentlichkeit hat klar zu erkennen gegeben, daß er ein solches Ministerium nicht wünscht. Nun, das ist schon einige Wochen her, und schon jetzt werden Stimmen laut, die sagen, man habe das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Wir wollen keine gesteuerte Unterrichtung der Öffentlichkeit, aber das heißt doch nicht, daß die Öffentlichkeit überhaupt nicht (oder nur mager) unterrichtet werden soll.

Wenn also die Bildung der Regierung einige unerfreuliche Momente mit sich gebracht hat, so ist doch manches an dem Ergebnis recht ermunternd. Vor allem die Verjüngung des Kabinetts: Strauß ist 38, Preusker 40 und Schröder 43 Jahre alt. Wer hätte schon zu hoffen gewagt, daß das Innenministerium einem Angehörigen der Kriegsgeneration übergeben wird? Erfreulich ist auch die Aufnahme von ausgesprochen politischen Persönlichkeiten wie Tillmanns, Strauß und Kraft, ohne sie auf einen Verwaltungsbereich zu beschränken. Sie müssen die große Politik überschauen und beeinflussen können.

Vermißt wurde in der Regierungserklärung ein Punkt: Eine Stellungnahme Adenauers zum Wahlrecht. Auch dieser Bundestag muß ja wieder ein Wahlgesetz verabschieden, und es gibt Leute, die sagen: Der Wähler hat sich ganz klar für die großen Parteien entschieden. Die Wahl war ein Volksentscheid zugunsten des Mehrheitswahlrechts. Hoffen wir, daß der zweite Bundestag nicht den Fehler des ersten wiederholt: Solange mit der Verabschiedung eines Wahlgesetzes zu warten, bis es zu spät ist.

Bruno

Farbechte Demokraten . . .

Wahlkämpfe pflegen sich meist unter dem Motto abzuspielden, daß der Zweck die Mittel heilige. Das ist nicht schön, und die Aufrichtigkeit kommt dabei oft bedenklich zu kurz — aber wenn man nur wenigstens nachher von manchen allzu argen Zweifelhaftheiten stillschweigend abrückt, dann wollen wir nicht einmal ein öffentliches Sündenbekenntnis verlangen.

Schlimm wird die Geschichte nur, wenn die politischen Fundamente selbst nicht mehr genau zu ermitteln sind — aber hören Sie nur selbst:

Da ist eine Partei bei uns in Bundesdeutschland, die Wert darauf legt, für frei und demokratisch gehalten zu werden. Sie behauptet das auch von sich selbst und hat sich einen entsprechenden Namen ausgesucht, damit man es ihr glaubt. Als bisheriger Koalitionspartner in Bonn war sie den Symbolen unseres Staates, einschließlich Bundesfarben, zu so etwas wie einer gewissen Treue verpflichtet. Schließlich hatte sie in einer schwachen Stunde — potz Stahlhelm und Preußens Gloria! — im weiland Parlamentarischen Rat selbst einmal dafür gestimmt.

Doch in der freien Brust der wackeren Demokraten in Hessenland wohnen zwei Seelen und noch mehr Farbentöpfe. Auch ist Plakatpapier geduldig, und so offenbarten sie dem erstaunten Beschauer ihre Kundgebungen auf graphisch nahezu gleichen Druckerzeugnissen, die sich indessen in Frankfurt in dicker schwarz-rot-goldener Umrandung zeigten, während diese in Wiesbaden fehlte, welcher Rang aber durch reichliche Verwendung von Schwarz-Weiß-Rot wettgemacht wurde. Fehlten nur noch Eichenlaub und Schwerter!

Man merkte die Absicht und man wurde verstimmt. Eine derartige Spekulation — hier auf gut liberalen Bürgergeist, dort auf restaurative Ressentiments aus der hurrapatriotischen Mottenkiste — mußte selbst dem politisch Farbenblinden auffallen, und bis zu einem „hier krieche ich — ich kann auch anders!“ darf selbst skrupelloseste Stimmenfängerei nicht gehen, soll sie nicht für Bauernfängerei gehalten werden.

Man möchte hoffen, daß den Wiesbadener Parteifreunden nicht auch ihre Gesinnung so wie ihr Farbenkasten durcheinand geraten ist. Solch eine Buntscheckigkeit ist allenfalls einem Chamäleon erlaubt, dessen Eignung als Wappentier für einen Politiker bezweifelt werden sollte.

Erich Bohr

„Saargebiet“? . . . (Fortsetzung von Seite 1)

Beispiel: Anfang Oktober dieses Jahres hingen in der Bundesrepublik Plakate mit der Ankündigung des Weltmeisterschaftsausscheidungsspieles

Deutschland — Saarl and.

In der Rundfunkreportage vermittelte Radio Stuttgart aus dem Neckar-Stadion: „... der deutsche Sturm macht den Saarländern jetzt wieder viel zu schaffen.“ (Die besten Söhne zweier großer Völker trafen zu sportlichem Wettkampf aufeinander!) — Schließlich noch ein Beispiel aus dem Wirtschaftsteil einer bundesdeutschen Zeitung: „... denn die Saar ist offiziell bei der Hohen Behörde nicht vertreten.“ In all diesen Zitaten kann man „Saargebiet“ durch „die Saar“ oder „Saarland“ beliebig ersetzen, ohne den Sinn für die Ohren eines bundesrepublikanischen Bürgers zu verändern. Besteht also ein Unterschied zwischen diesen Begriffen?

Zu Anfang des Jahrhundert gab es viele politische Probleme, aber Gottlob noch kein Saarproblem. Volk und Land an der Saar waren ein Teil des Deutschen Reichs. Der föderalistischen Struktur dieses Reiches entsprechend, gehörte der südöstliche Teil des heutigen „Saarlandes“ zur bayrischen Pfalz, der westliche und nördliche Teil zur preußischen Rheinprovinz.

Im politischen Sinne gab es also weder ein „Saargebiet“ noch ein „Saarland“. Wirtschaftlich konnte man von einem Industriegebiet an der Saar reden, analog dem Ruhrgebiet oder Wurmgebiet. Geographisch hätte man die Landstriche rechts und links der Saar — analog dem Rheinland — als Saarland bezeichnen können; diese Bezeichnung war aber ebensowenig üblich wie etwa die Bezeichnung Mainland für das Land rechts und links des Mains.

1919 war das Geburtsjahr des Saarproblems. Ein neues Wort wurde damals als Kriegsfolge in den Wortschatz des deutschen Volkes gedrängt: Reparationen. Eine dieser Reparationen war die Überlassung der Saargruben an Frankreich. Dieses Ausbeutungsrecht sollte eine Ersatzleistung für die im I. Weltkrieg in Nordfrankreich beschädigten französischen Kohlengruben sein. Um Frankreich in den ungestörten Genuß dieses Rechtes zu bringen, wurde 1920 das Kohlenrevier für 15 Jahre aus dem deutschen Reich ausgegliedert und unter die Treuhänderschaft des damaligen Völkerbundes gestellt. Die Bewohner dieses Gebietes behielten aber die deutsche Staatsangehörigkeit. Nach 15 Jahren, 1935, sollte die Bevölkerung dieses Gebietes in international kontrollierten Wahlen über die politische Zukunft ihrer Heimat entscheiden.

Im Frankreich des Jahres 1919 wußte noch niemand so recht, wie das beanspruchte Gebiet eigentlich heiße. In den französischen Zeitungen und Memoranden finden wir Umschreibungen wie „Bassin de la Sarre“ oder „Territoire de la Sarre“. Die Bevölkerung gewöhnte sich daran, vom Saargebiet (analog dem Ruhrgebiet) zu reden. Diese Bezeichnung wurde dann von der Regierungskommission des Völkerbundes übernommen und z. B. auf Behördenschildern verwandt.

Am 13. Januar 1935 fand die im Friedensvertrag vorgesehene Abstimmung statt. Wahlberechtigt war, wer am 28. Juni 1919 im „Saargebiet“ gewohnt hatte, also auch die französischen Staatsbürger, die nach 1918 an die Saar gekommen waren und am 28. 6. 1919 dort wohnten. Dies Wahlergebnis war eindeutig: 90,5% stimmten für die Rückkehr zum Deutschen Reich, die am 1. März 1935 vollzogen wurde. Das „Saargebiet“ wurde Bestandteil des Gaues Saar-Pfalz mit der Hauptstadt Saarbrücken. Es hatte aufgehört, politischer Begriff zu sein.

Wir sprachen mit John McCloy

Der ehemalige amerikanische Hochkommissar und heutige Präsident der Chase National Bank besuchte auf seiner Europareise in den letzten Wochen die Bundesrepublik. Herr McCloy, Ehrensator der J. W. Goethe-Universität, nennt Hessen im Scherz gern seine zweite Heimat; er lebte nämlich mit seiner Familie fast 4 Jahre in Bad Homburg im Taunus.

In Frankfurt besuchte Herr McCloy auch unsere Universität. Sein besonderes Interesse galt dabei dem Studentenhaus, dessen Bau zum großen Teil seiner Initiative und finanziellen Hilfe zu verdanken ist. Einige Tage später empfing Herr McCloy zwei Vertreter des DISKUS zu einer Unterredung. Aus dem geplanten Interview wurde bald eine sehr freundliche und angenehme Unterhaltung — schließlich kennzeichnet es das lebhaftere Interesse des Herrn McCloy und seines Begleiters Herrn Shepard Stone, Direktor der Fordstiftung, daß die Fragesteller zu Befragten wurden, daß wir von dem Leben der Studenten hier erzählen mußten.

Nach dem Interesse amerikanischer Studenten an einem Studium in Deutschland befragt, antwortete Herr McCloy, daß es heute wieder viele amerikanische Studenten — meist ehemalige Besatzungssoldaten seien, die das Land kennen und lieben gelernt haben und in Deutschland einen Teil ihres Studiums absolvieren wollten. Wir wurden daran erinnert, daß vor dem ersten Weltkrieg nicht nur die Amerikaner mit Vorliebe in Deutschland studierten. „In Deutschland konnte man die letzten wissenschaftlichen Ergebnisse aus erster Hand beziehen. Daß es wieder einmal so wird, muß das Ziel der Deutschen mit ihren Universitäten sein. Vergessen Sie nicht, daß die Vertreibung oder Abwanderung zahlreicher großer Forscher seit 1933 die deutsche Wissenschaft ins Hintertreffen gebracht, und daß andere Länder in der Zwischenzeit sehr eifrig ihre Hochschulen ausgebaut haben. Sehen Sie darin ruhig einen Maßstab, an dem Sie das Interesse und die Achtung der Welt Ihrem Lande gegenüber messen können.“

Herr McCloy versicherte uns, daß gerade von der Frankfurter Universität — soweit er die Meinung seiner Landsleute darüber

Nach Beendigung des II. Weltkrieges war das Gebiet zwischen Trier und Metz und damit auch das ehemalige Saargebiet zunächst von der 3. amerikanischen Armee besetzt. Nach deren Abzug kamen als Vorboten der wieder im Aufbau begriffenen französischen Armee Partisanentruppen. Das war eine sehr böse Zeit! Die Saarbewohner wurden damals nicht nur als Deutsche, sondern wegen des Wahlergebnisses von 1935 als fanatische Nazis angesehen und demgemäß behandelt. Das im Krieg fast vollständig zerstörte ehemalige Saargebiet wurde zu einem der schrecklichsten deutschen Nachkriegshungergebiete. Jeder Saarbewohner konnte aber seine Ration auf das Doppelte erhöhen, wenn er nur der M. R. S. (Bewegung für die Eingliederung der Saar in den französischen Staatsverband) beitrug. Wer die damaligen Hungerszeiten an der Saar und die Massenausweisungen miterlebt hat, weiß, was es bedeutet, daß nur 5% der Bevölkerung M. R. S.-Mitglieder wurden.

An der Saar wurden dann die gleichen Parteien wie im übrigen Deutschland zugelassen und ein Landtag gewählt. Es bestand aber ein wesentlicher Unterschied: Die Führer dieser an der Saar neuzugelassenen Parteien waren deutsche Frankreichemigranten, die inzwischen französische Staatsbürger geworden waren (z. B. Ministerpräsident Johannes Hoffmann, Justizminister Dr. Braun u. a.).

1946/47 wurde das ehemalige Saargebiet als Teil der französischen Besatzungszone durch Verordnung des französischen Zonenbefehlshabers um 94 Gemeinden des jetzigen Landes Rheinland-Pfalz erweitert. Dieses vergrößerte Saargebiet wurde dann als Saarl and neu benannt. Am 8. November 1947 wurde der wirtschaftliche Anschluß dieses „Saarlandes“ an die französische Republik proklamiert und gleichzeitig Unabhängigkeit vom Deutschen Reich in Anspruch genommen.

Später, als es in West-Deutschland die Bundesregierung gab, hat diese als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches — unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen — Protest gegen das Vorgehen Frankreichs an der Saar erhoben. Zwischen der Bundes-

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE SCHUMANN U. COBET

Frankfurt am Main · Börsenstr. 2-4 · Fernsprecher 91494

regierung und den Westmächten wurde damals (1950) Einverständnis darüber erzielt, daß der staatsrechtliche Status des „Saarlandes“ erst durch den Friedensvertrag bestimmt werden kann.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Saargebiet und Saarland sind Ergebnisse ad hoc getroffener Verwaltungsmaßnahmen, hinter denen sich Versuche einer Expansionspolitik verbergen.

Das „Saargebiet“ ist ein Kind des Friedensvertrages von Versailles. 1935 hörte es durch die Saarabstimmung und die damit verbundene Rückkehr ins Deutsche Reich zu existieren auf. Auch nach dem II. Weltkrieg, im Potsdamer Abkommen, wurde dieses Gebiet zu Deutschland gerechnet.

1947 wurde das ehemalige Saargebiet von der französischen Besatzungsmacht eigenmächtig vergrößert und als Saarland aus dem deutschen Staatsverband herausgetrennt. Völkerrechtlich ist dieses „Land“ auch heute ein Bestandteil Deutschlands.

Ernst Hektor

kenne — in seiner Heimat sehr lobend gesprochen wird. „Den Heidelberger Sommer und die ‚Alten Herrn‘ — vergessen Sie das. Versuchen Sie aus den Studentenhäusern eine neue Form des Gemeinschaftslebens zu entwickeln!“

Schwierigkeiten für den Aufbau eines solchen Gemeinschaftslebens sieht man in dem langsamen Ausscheiden der Kriegsgeneration aus dem Bild der deutschen Universitäten. Dagegen kommen in den USA die jungen Kriegsteilnehmer direkt aus Korea an die Universitäten. Deutlich könne man den Ernst ihrer Lebensauffassung in ihrem Studium erkennen — es werden prozentual mehr Examen und Prüfungen gemacht. „Und wir halten das für gut“, sagte Herr McCloy, „aber wichtig wird doch immer bleiben, daß der ‚junge Mensch‘ das Bild der Universitäten bestimmt.“

Herr McCloy zeigte aus dem Fenster seines Zimmers im Frankfurter Hof und sagte: „Mit diesem gewaltigen Aufbau in Ihrem Land ist eine große Gefahr verbunden. Sie müssen sehen, daß es nicht nur beim Emporschießen der neuen Gebäude bleibt. Deutschlands Aufbau muß ein ganzer sein — er darf nicht nur aus Beton, Stahl und Glas sein.“ Herr McCloy sagte uns weiter, es sei seine Überzeugung, daß es die vordringlichste Aufgabe der Studierenden sei, hinter dem äußeren Aufbau den Sinn zu verdeutlichen, und immer kritisch darauf zu achten, daß nicht noch einmal jener Übermut entstehe, der Deutschland schon

Dieser Auflage ist ein Prospekt der Südwestdeutschen Jugendreisebüros, Stuttgart, beigefügt, dessen freundliche Beachtung wir unseren Lesern empfehlen.

früher in sein Verderben gestürzt habe. „In Ihrer Universität, in Ihrem Studentenhaus ist die Stätte, über solche Probleme zu sprechen. Diese Möglichkeit muß immer wieder aufgegriffen werden; Sie haben damit eine Chance erhalten — lassen Sie sie nicht ungenutzt vorbeiziehen!“

gs

DISKUS
FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

Herausgeber: Alexander Böhm, Wolf Erich Kellner, Gernot Schweikhardt, Oscar Strobel, Gerhard Weber.

Für die Redaktion verantwortlich: Günther Gruppe, Udo Kollatz, Ernst Alexander Saupe, Werner Schaffernicht, Ernst Schneiderei.

Darmstädter Ausgabe: Heinz Jockel

Marburger Ausgabe: G. Mehnert

Korrespondent: Hans W. Nicklas (Bonn)

Geschäftsführung: Peter Götz, Anzeigenverwaltung: Heinrich Götz, Frankfurt a. M., Rheinstraße 7, Tel. 7 72 09.

Konten der Zeitung: Rhein-Main Bank Nr. 121 210, Frankfurter Sparkasse von 1822 Nr. 30158. Manuskripte sind zu richten an „DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung“, Universität Frankfurt a. M., Mertonstr. 17, Tel. 7 00 91, App. 213. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion.

Der DISKUS ist das Nachrichtenblatt der „Vereinigung der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. E. V.“; auf die redaktionelle Gestaltung der Zeitung hat die Vereinigung keinen Einfluß.

Druck: Druckerei Dr. Günter Zühlsdorf, Frankfurt a. M., Eckenheimer Landstr. 60b, Tel. 5 11 78.

Abonnements zum Preise von DM 1,50 für Wintersemester 1953/54 und Sommersemester 1954 schriftlich bestellen unter Einsendung des Geldes an die Geschäftsführung: Rheinstraße 7.

Im Namen der Gewissensfreiheit

Der Wunsch, die „christliche Mehrheit“ des deutschen Bundestages zur Beseitigung wesentlicher Errungenschaften eines liberalen Staates einzuspannen, verbirgt sich oft hinter besonders harmlosen Formulierungen. Dr. Richard Jäger z. B., einer der Vizepräsidenten des Bundestages, erklärt in einer Rundfunkrede, zum ersten Male seit 1871 habe Deutschland jetzt die Möglichkeit, das Problem der Familienrechtsreform „mit einer christlichen Mehrheit“ zu lösen, und dabei müsse vor allem die obligatorische Zivilehe beseitigt, also den Brautleuten Gelegenheit gegeben werden, sich **e n t w e d e r** kirchlich o d e r standesamtlich trauen zu lassen. Auf diese Weise ist das Anliegen in eine Formulierung gebracht, die Laien vor jeder Beunruhigung bewahrt. Wer wird schon viel dabei finden, ob Ehen vor dem Standesbeamten oder am Altar oder erst hier und dann dort geschlossen werden? Er bedenkt nicht, daß eine „nur kirchlich mit auch ziviler Wirkung“ geschlossene Ehe ausschließlich dem kirchlichen Recht unterstehen muß, und welche Konsequenzen eine „Abschaffung der obligatorischen Zivilehe“ nach sich zieht. So ist es unmöglich, ein konfessionelles Eheschließungsrecht zu schaffen, ohne auch die Scheidung bloß konfessionell geschlossener Ehen kirchlichen Gerichten zu unterstellen. Das aber ist gleichbedeutend mit der Anwendung von klerikalem Ehescheidungsrecht.

Zu den Grundlagen des liberalen Staates gehört der Grundsatz der staatlichen Gerichtshoheit. Wie sind kirchliche Gerichte damit zu vereinbaren?

Diesen Widerspruch zu lösen, wurde verschiedentlich versucht. Prof. Bosch (Bosch, Familienrechtsreform, Reckinger & Co., Siegburg, 1952) argumentiert z. B. so: Die obligatorische Zivilehe gefährde das Grundrecht der Bekenntnisfreiheit.

„Diesem Grundsatz der Gewissensfreiheit aller Deutschen widerspricht es, daß z. B. der Katholik von Staats wegen zu glauben hat, nur die Zivilehe sei „Ehe“ — was ihm der Standesbeamte jeweils ausdrücklich bestätigt! —, nicht aber der Akt, den er in seinem Gewissen, vor Gott als den allein ehebegründenden ansehen muß und auch wirklich ansieht.“ (Seite 24)

Das Grundrecht der Bekenntnisfreiheit müsse aber den Vorrang haben vor dem Verfassungsgrundsatz nur-staatlicher Gerichtsbarkeit: infolgedessen sei die Abschaffung der obligatorischen Zivilehe angebracht. Außerdem seien allgemein Schiedsverträge (§ 1025 ZPO) zulässig, der Staat wolle also gar kein Rechtsprechungsmonopol behaupten.

„Wäre es da ein unvorstellbarer Gedanke, denjenigen, die es in voller Freiheit wünschen, auch die Unterstellung unter kirchliche Gerichtsbarkeit zu konzedieren?“

Das Suspekte dieser Argumentation liegt in der Behauptung, der Staat verlange „Glauben“; demgegenüber stehe die „volle Freiheit“, nach der man sich auch kirchlicher Gerichtsbarkeit unterstellen könne. Ein liberaler Staat verlangt die Beachtung von Gesetzen, keinen Glauben. Die Brautleute müssen die Ehe vor dem Standesbeamten eingehen: ob sie diesen Akt vor sich und ihrem Gewissen als allein ehebegründend ansehen, bleibt ihnen überlassen. Von einer Entscheidung in voller Freiheit dort zu sprechen, wo häufig ein außerordentlich starker konventioneller und moralischer Druck ausgeübt wird, ist dagegen eine unzulässige Verallgemeinerung. Die Entscheidung mag wirklich „in voller Freiheit“ erfolgen: genau so wichtig wie das ist aber auch eine Kenntnis aller möglichen Folgen; das Verstecken dieser Konsequenzen hinter so unscheinbaren Begriffen wie „Familienrechtsreform“ oder „Abschaffung der obligatorischen Zivilehe“ und so pathetischen wie „christliche Mehrheit“ ist nicht dazu angetan, der von Dr. Jäger vorgeschlagenen Neuregelung Vertrauen zu erwerben.

Udo Kollatz

Kaiserträume

Das letzte Kölner Mittwochsgespräch krankte an schwerer Blaublutvergiftung: das „Andere Preußen“, Prof. Schoeps aus Erlangen, wollte seinen alten Kaiser Wilhelm wiederhaben. Der allzu häufige Wechsel der Exekutive lasse keine kontinuierliche und stabile Politik aufkommen, predigte der alte Recke, und nur die „monarchistische Demokratie“ sei zu jener Elitebildung fähig, vor der die Parteien versagen müßten. Gar kein Zweifel, daß jener Pantherspringer von Agadir nur versehentlich als das schreckliche Hindernis jeder stabilen deutschen Politik gegolten hat; aber eben das sollen Untertanen auch gar nicht beurteilen: ihr Wesen ist das Verehrungsgefühl — nach Kaiserkrone und Reichsapfel, nach Schwarz-weiß-rot und Luisenorden, nach Krönungsfeier und Landesvater.

Leider waren seit 1918 diese unvergeßlichen Höhepunkte des Lebens verschwunden. Auf die goldene Zeit vor 1945, wo wir uns noch ergriffen vor dem Hakenkreuz verneigen durften, ist die „symbollose Bonner Republik“ gefolgt, und devotionsfreudige Staatsbürger können nur entsagungsvoll nach England schießen. Gottlob wissen wir seit der „coronation“, was uns fehlte; so war — nach den Worten eines Diskussionsredners — die Adenauerwahl ein Ausdruck des unbefriedigten monarchistischen Gefühls. Prof. Schoeps

nannte es das Devotionsgefühl und ernannte es zum legitimen Bestandteil der menschlichen Natur: „echte Unterwürfigkeit“ wurde als die notwendige Überhöhung und Hilfe für den schwachen Menschen gefeiert.

Endlich also einmal jemand, der unserem Knechtsgeist das bitter notwendige Ansehen verleihen will. Daß jener nicht demütigt, sondern die schönste Form der Selbstachtung sei, wurde — nach den Worten eines gleichfalls ergriffenen Journalisten — „erhellend beigesteuert“. Unverschämterweise setzte diesem ein mediokrater Redakteur oberhalb seines Artikels ein Wort von Lichtenberg auf:

„Es gibt Leute, die glauben, alles wäre vernünftig, was man mit ernsthaftem Gesicht tut.“

H. Jockel

Mißbrauchte Autorität

Christlich ist modern. Wer bequem fahren will, beruft sich auf die Autorität der Religion. Fast jedes politische Geschäft wird durch einen christlichen Zuckerguß schmackhaft gemacht. Dieses Verfahren hat den Vorteil, daß man alle als Antichristen verdammen kann, die das, was sich unter der süßlichen Hülle verbirgt, nicht unbesehen mit-schlucken.

Dr. Wuermeling forderte gleich zu Anfang seiner Amtstätigkeit im neugegerichteten Familienministerium „Brücken zu schlagen zwischen religiösem und politischem Leben“. Der „einzige Weg zur Rettung“ ist dabei für ihn „die entschiedene Rückkehr zu den Glaubens- und Sittenlehren der Kirche“, die seiner Meinung nach die Gleichberechtigung der Frau verbieten, wobei es ihn als Minister nicht schieft, daß eine Gleichberechtigung ein Stück unseres Grundgesetzes ist. Das liegt ganz in der Linie, die Arbeitsminister Storch in Düsseldorf vor den neugebildeten katholischen Betriebsmännerwerken verfocht, als er eine „Ordnung in der Gewerkschaftsbewegung“ forderte, „die dem Willen der Arbeitnehmer entspricht“, weil die Zukunft nicht der bereits bankrotten marxistischen Geistesrichtung, sondern der ewigen christlichen Wahrheit gehört. Wenn es nur diese beiden Möglichkeiten gäbe, wer wollte dann nicht lieber Christ sein?

Ist es dies, was der Kanzler seinen Parteifreunden als „Mäßigung“ empfohlen hat? Er wird wissen, daß der beste Teil seiner Konzeption am ehesten durch jene Übereifrigen verfälscht wird, die im Machtrausch des unerwarteten Wahlerfolges den Kredit ihrer Partei verspielen könnten. Er wie jeder andere christliche Politiker wird einen üblen Geschmack auf der Zunge spüren, wenn er obendrein noch als der „gottgesandte Staatsmann“, der den „Auftrag von oben erfüllt“, belobhudelt wird. Viele Leser, die nach den Wahlen die Leitartikel einiger deutscher Zeitungen verfolgten, werden mit Bedauern solche Äußerungen vernommen haben. Sollte man doch erwarten dürfen, daß jeder weiß, wie kritikbedürftig und nüchtern gute Politik und aufrichtiges Christentum von jeher sind. Es sollte jedem Christen klar sein, daß nach Heiliger Schrift und Überlieferung der Antichrist nicht von außen her die Christenheit angreift, sondern in ihr selbst mit politischem Anspruch und christlichem Pathos die Christenheit verführt.

W. Calig

ANTARES

FRANZÖSISCHE HEFTE
FÜR KUNST, LITERATUR
UND WISSENSCHAFT

achtmal im Jahr

Herausgegeben vom Verein zur Förderung des deutsch-französischen Kulturaustausches, e. V. Mainz, im

Woldemar Klein Verlag • Baden-Baden

Postscheckkonto Nr. 15113, Karlsruhe

halbjährlich (4 Hefte) DM 6.—; jährlich (8 Hefte) DM 12.—,
bei Einzahlung vor dem 1. Januar 1954: DM 10.—.

Bisherige Beiträge u. a.:

Charles Dédéyan	Victor Hugo und Deutschland
H. K. Weinert	Georges Bernanos
René Montigny	Das Verhältnis zwischen Literatur und Musik im französischen Schrifttum
Emile Léonard	Der Protestantismus im heutigen Frankreich
René Hombourger	Das menschliche und soziale Gesicht des französischen Films
Janheinz Jahn	Voltaire's Frankfurter Abenteuer

In der nächsten Nummer u. a.:

Iring Fetscher	Der Marxismus im Spiegel der zeitgenössischen französischen Philosophie und Kritik
Kurt Wais	Der Lyriker Saint-John Perse
H. F. Königsgarten	Deutschland und Frankreich von England gesehen
Paul Montel	Paul Valéry und die Mathematik
	Bücherbrett • Zeitschriftenspiegel • Roman

Die Frankfurter Rektoratsübergabe

Am 12. November fand in der Aula der Frankfurter Universität die feierliche Rektoratsübergabe statt. Professor Horkheimer übergab der neuen Magnifizenz Professor Dr. Dr. med. Gans die Amtsgeschäfte für die nächste Rektoratsperiode.

Der erste Rektor der Frankfurter Universität nach dem Zusammenbruch, Prof. Dr. Hohmann, München, sprach zu Beginn der Feier einleitende Worte über die Schwierigkeiten des Neubeginns der wissenschaftlichen Arbeit in Frankfurt nach 1945.

Während der Feier überreichte Oberbürgermeister Dr. h. c. Walter Kolb dem scheidenden Rektor die Goethe-Plakette der Stadt Frankfurt. Die Philosophische Fakultät verlieh dem hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn, die Medizinische Fakultät dem Stadtkämmerer Klingler die Würde eines doctor honoris causa, und das Kuratorium der Universität teilte die Ernennung von Dr. Wilhelm Schmidt-Polex, dem 1. Vorsitzenden der Vereinigung der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität, zu deren Ehrenbürger mit.

Prof. Horkheimer gab einen Rechenschaftsbericht über die zwei Jahre seiner Amtstätigkeit. Er führte dabei unter anderem aus:

Diejenigen unter Ihnen, die der Entwicklung unserer Universität ihre Aufmerksamkeit schenken, werden finden, daß auch in dem Zeitraum, über den ich zu berichten habe, weitere Fortschritte in der Richtung auf eine moderne, ihren Aufgaben gewachsene Hochschule hin gemacht worden sind. Unsere Universität hat sich rascher wieder erholt als manche andere, die weniger betroffen war. Dies ist vor allem auf den Glauben und die Tatkraft der Männer zurückzuführen, die in den Jahren nach dem Zusammenbruch ihre anderen Interessen hinter die Arbeit für dieses Ziel zurückgestellt haben. Die Schwierigkeiten, die den Nachkriegs-Rektoren Hohmann, Hallstein, Böhm, Rajewsky, sowie den Senaten und Fakultäten jener Zeit gegenüberstanden, lassen sich mit der heutigen Situation kaum noch vergleichen. Trotzdem haben sie es dahin gebracht, daß sich der Ruf unserer Universität als einer aufgeschlossenen akademischen Stätte freiheitlichen Sinnes, der eine große Zukunft vorausgegangen ist, so rasch wieder in der Welt verbreitet hat.

Daß in den letzten zwei Jahren der äußere und innere Aufbau noch beschleunigt werden konnte, hängt natürlich mit dem beispiellosen Aufschwung Deutschlands auf allen Gebieten zusammen. Er allein jedoch hätte es nicht getan. Die Hessische Regierung und der Hessische Landtag haben der größten Universität ihres Landes die Sorgfalt und Aufmerksamkeit geschenkt, ohne die die schnell wachsende großstädtische Anstalt nicht in angemessener Weise hätte verwaltet werden können. Zugleich hat sich die traditionelle Freundschaft zwischen der gesamten Verwaltung der Stadt Frankfurt und ihrer Universität in einer Weise bewährt, wie es nur der Ermessen kann, der auf diese Freundschaft in zahllosen Fällen angewiesen war. Neben den beiden großen Unterhaltsträgern, der Stadt und dem Staat, schuldet die Universität den Stiftern ihren aufrichtigen Dank. Können sie infolge der veränderten wirtschaftlichen Situation auch nicht mehr so viele Lasten tragen wie früher, so sind doch auch die materiellen Opfer, die sie bringen, beträchtlicher als die Öffentlichkeit denkt, und die intensive Mitwirkung der Stifter im Leben der Universität, ihr Rat und ihre Hilfe in zahllosen Angelegenheiten ist unschätzbar. Wir wären ohne sie unendlich viel weiter zurück.

Die bedeutsamste Rücksicht aber, die die gegenwärtigen akademischen Behörden davon abhält, ihre eigene Rolle zu überschätzen, ist der Gedanke an das bestehende Mißverhältnis zwischen dem, was die Universität aus ihren eigenen Kräften vermag, und der Pflicht, die sie in der Gegenwart zu erfüllen hat. Die meisten unter Ihnen werden dabei an äußere Dinge denken: an die zu wenigen und zu kleinen Hörsäle, die ungenügenden, zum Teil mehr als ungenügenden Institute und Kliniken, den stets sehr bedauernswerten Zustand der Bibliotheken. Die Aufgabe, hier abzuweichen, ist dank der Förderung durch Stadt und Staat energisch in Angriff genommen. Wir haben nicht nur die Zusage, daß unser Bauprogramm für die nächsten Jahre finanziell gesichert ist, sondern es sind uns auch die notwendigen Maßnahmen versprochen worden, um für die Johann Wolfgang Goethe-Universität einen Campus zu schaffen, auf dem sie sich in dem Maße des zu erwartenden weiteren Wachstums entfalten und ausdehnen kann. Ein

Generalbebauungsplan ist fertiggestellt und von den Vertretern der entscheidenden Behörden im Wiederaufbauausschuß gebilligt worden.

Die materiellen und baulichen Probleme aber wiegen nicht so schwer wie das personelle, das noch immer der Lösung harret. Es ist von meinen Vorgängern an dieser Stelle immer wieder mit Sorge beschrieben worden.

Der Lehrkörper ist im Verhältnis zur Studentenzahl unvorstellbar klein.

Am Ende des Sommersemesters dieses Jahres belief sich die Zahl der Lehrkräfte auf insgesamt 334, und dabei sind die Emeriti, die Honorarprofessoren und Lehrbeauftragten, ja die Gast-Professoren und Turnlehrer mitgerechnet. Sie haben im letzten Sommersemester 2584 Wochenstunden Vorlesungen ge-

halten, also durchschnittlich 8 Stunden pro Dozenten, eine Zahl, die um der wissenschaftlichen Qualität willen keinesfalls gesteigert werden darf. Wir hatten für unsere etwa 6 000 Studenten — 4 922 Studenten und 1 047 Studentinnen, um ganz exakt zu sein — nur 67 Ordinarien und 18 Extra-Ordinarien, ein Verhältnis, das verglichen mit anderen wichtigen deutschen Universitäten, etwa Göttingen oder Tübingen, recht ungünstig ist; von ausländischen Universitäten ganz zu schweigen. Bei der Universität Chicago, mit der wir ja besonders befreundet sind, kommen, wenn ich mich nicht irre, auf einen Studenten drei- bis viermal soviel Lehrkräfte, wie bei uns.

Die Lage wird auch noch dadurch verdüstert, daß angesichts der schlechten ökonomischen Lage der nichtbeamteten Dozenten und Assistenten, sowie der geringen Aussicht, einen der allorts zu wenigen Lehrstühle zu erringen, der akademische Nachwuchs immer spärlicher wird. Trotz bestem Willen der Beteiligten, trotz aller Anstrengungen der Rektorenkonferenzen und Fachverbände gestalten sich die Verhältnisse so ernst, daß wir uns fragen müssen, wie weit die Verantwortung für eine wahrhaft akademische Heranbildung der Studierenden vom Lehrkörper überhaupt noch getragen werden kann. Für den durchschnittlichen Studenten aus den großen Vorlesungen und den überfüllten Seminaren ist es unmöglich, mit seinem Professor in Beziehung zu treten, oder gar in ein Lehrgespräch zu kommen. Damit er sich wenigstens über die äußeren Dinge seines Studiums beraten kann, machen wir das Experiment damit, den überlasteten Dekanen zu diesem Zweck ältere Studenten an die Hand zu geben, eine Art Tutoren in entfernter Anlehnung an angelsächsische Muster. Sie finden großen Zuspruch, aber das Mittel ist nur allzu dürftig und der entscheidende Mißstand, die radikale Entpersönlichung des Lehrbetriebes, bleibt davon unberührt. Wenn es aber nicht gelingt, die Universität in der modernen Massengesellschaft zu dem Ort zu machen, aus dem einige Menschen hervorgehen, die dem Prozeß der Entmenschlichung Widerstand leisten, so schwindet die Hoffnung, die schon zaghaft genug ist, vollends dahin.

Die Universität muß für die heutige Generation viel mehr leisten als für frühere. Nicht nur, weil die Wissenschaft sich weiter spezialisiert hat, so daß einerseits neue Wissenszweige entstanden sind und andererseits das Bedürfnis nach dem geistigen Band, nach philosophischer Orientierung, noch größer geworden ist, sondern vor allem auch deshalb, weil aus einer Reihe gesellschaftlicher und sozialer Gründe das Elternhaus für den jungen Menschen nicht mehr das tun kann, was früher möglich war.

Wenn die europäische Tradition, für deren Schutz man sich ansieht, so große Opfer zu bringen und so unübersehbare Risiken auf sich zu nehmen, nicht bloß als idealistisches Schlagwort dienen, sondern als lebendige Wesenheit fortbestehen und gar weiter sich entfalten soll, wenn dem Effekt der Riesensummen, die heute einer verdrummenden Vergnügungsindustrie zufließen, auch nur einigermaßen begegnet werden soll, so muß man sich entschließen, die deutsche Universität aus ihrer Notlage herauszuheben, sonst werden alle ermutigenden Anzeichen am politischen Horizont sich als trügerisch erweisen. —

Über den Fortschritt des Wiederaufbaues und der Erweiterungsarbeiten der Universität berichtete Prof. Horkheimer dann:

Abgeschlossen ist, wie vorgesehen, der Wiederaufbau des Universitäts-Hauptgebäudes. Ich erwähne nur einiges. Die zwei neuen Geschosse und das viergeschossige Büchermagazin über der Aulaterasse wurden fertiggestellt und der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät übergeben. Sie und das Archäologische Institut erhielten Räume im neu ausgebauten Dachgeschoß des Mittelteiles. Das Institut für Alte Geschichte, das Institut für Deutsche Sprechkunde und das Botanische Institut konnten in neue Räume einziehen. Der Haupteingang, den Frankfurter Architekten schon vor Jahrzehnten bei der damals viel kleineren Studentenzahl als ganz unvereinbar mit den Sicherheitsvorschriften bezeichnet hatten, wurde umgebaut, die Räume des Rektors, Prorektors, der Sekretariate und Nebenräume sind jetzt in einer neugeschaffenen Einheit untergebracht und die darüberliegenden Räume im ersten Obergeschoß für das Philosophische Seminar ausgebaut und eingerichtet, während die alten Rektoratsräume jetzt als Hörsäle zur Verfügung stehen. Ferner ist der große Hörsaal H zeitgemäß renoviert, die alte Mensa im Kellergeschoß teilweise umgebaut. Viele andere Räume und Institute sind instandgesetzt, die Gänge gesäubert, die gesamten Lichtschächte grundlegend erneuert, die bisher nur provisorisch gesicherte Dachfläche neu eingedeckt, die Außenfassade verputzt.

Wir haben Raum gewonnen, die Arbeiten wurden rascher und ökonomischer durchgeführt, als wir zu hoffen wagten. — Auch die Arbeit an den Instituten außerhalb des Hauptgebäudes ist fortgeschritten. Manches ist vollendet, darunter die Anatomie und das Institut für Physikalische Chemie. Das neue Gebäude des Amerika-Instituts wird im Februar beziehbar sein. Mit dem Neubau des Geologischen Instituts wird begonnen, und die Pläne für die neue Biologie sind fertiggestellt. Drei Häuser mit Dozentenwohnungen wurden beendet und sind bereits bezogen worden. Wir haben auch, wie Sie alle wissen, unser schönes Studentenhaus vollenden können. Die Freude, mit der es benutzt wird und die Anerkennung, die seine Anlage von allen Seiten findet, hat denen Recht gegeben, die das Werk in optimistischem Geist begannen und denen, die halfen, es schließlich durchzuführen,

allen voran dem Herrn Hessischen Minister der Finanzen, dem Kämmerer unserer Stadt und dem Freund unserer Universität, dem früheren Hohen Kommissar McCloy. Er ist — es sei mir gestattet, dies hier zu erwähnen — bei seinem jüngsten Besuch in Europa, zwei Stunden nach seiner Ankunft in Deutschland zu unserer Universität gekommen, um sich an den Fortschritten zu freuen, die wir gemacht haben.

Der scheidende Rektor gab weiter die Ratifizierung des Universitätsvertrages durch den Hessischen Landtag bekannt. Über die Bedeutung dieses Vertrages unterrichtet ein Artikel an anderer Stelle dieses Blattes. Im Anschluß an die Mitteilung von der neuen, demokratischeren Verfassung des Konzils der Universität fuhr Prof. Horkheimer fort:

Die Bemühungen um eine fortschrittliche Gestaltung der Organisation unserer Universität gingen Hand in Hand mit dem Bestreben, den Studenten auch außerhalb der Hörsäle und Institute von Nutzen zu sein. Rektor und Senat arbeiten mit Vertretern des allgemeinen Studentenausschusses und des Studentenparlaments in vielen Angelegenheiten zusammen, so zum Beispiel in der Leitung des Studentenwerkes; es wurde in meinem ersten Amtsjahr neu organisiert und leistet nun ausgezeichnete Arbeit. Über viele Fragen, wie zum Beispiel über die Form, in der das neue Studentenhaus verwaltet werden soll, durch das Studentenwerk oder durch einen eigenen Verein, wird lebhaft und erfreulicherweise cum ira et studio diskutiert. Aus der Zusammenarbeit des Senats und der Vertretung der Studentenschaft ist auch die Zeitschrift „DISKUS“ hervorgegangen, wohl eines der beachtetsten Studentenorgane in Deutschland und weit über Deutschland hinaus; ferner die neue Studiobühne des Studentenhauses, und manches andere mehr.

Daß Anregung und Hilfe, die vom Lehrkörper her dem studentischen Leben gewährt werden können, nicht größer sind, daß nur einzelne Professoren es fertigbringen, sich für studentische Zwecke zur Verfügung zu stellen, und der Rektor nicht noch enger in den Räten der Studenten mitwirken und sich mit ihnen auseinandersetzen kann, wie es dringend notwendig wäre, dafür sind wieder jene Mißverhältnisse verantwortlich zu machen, jener Mangel an Muße, der für die gegenwärtige Universität überhaupt, und zwar für alle ihre Teile, kennzeichnend ist. Noch immer ist es zum Beispiel nicht möglich gewesen, eine geeignete Kraft aus dem Lehrkörper als spiritus rector des Studentenhauses zu gewinnen.

Es wohnen gegenwärtig 125 Studierende dort, davon 30 Studentinnen und etwa 30 Ausländer. Aber das Studentenhaus ist ja keineswegs in erster Linie als Wohnheim gedacht, sondern als ein Zentrum studentischen Lebens an unserer Universität. Die vielen Zusammenkünfte studentischer Gruppen, die Kongressvorträge und internationalen Treffen, die erfolgreichen Aufführungen der studentischen Bühnen und des Filmstudios, die bisher schon stattgefunden haben, sind nur ein erster Anfang und ergeben kaum eine Vorstellung von dem, was das Haus einmal bedeuten kann. Bei den außerwissenschaftlichen Beziehungen zwischen Professoren und Studenten ist besonders die Hilfe der Studentenpfarrer, ich denke vor allem an Herrn Pfarrer Böhme, wichtig gewesen. Wir haben laufend Besprechungen mit verschiedenen studentischen Gruppen und Verbänden gepflogen, auch mit den korporierten Studenten. Dafür, daß sie sich in diesen Jahren bemüht haben, ihre spezifischen Traditionen in einer Weise zu pflegen, die mit der Eigenart unserer Universität verträglich ist, sei ihnen gedankt.

Daß das studentische Leben sich in dem Sinn weiterentwickelt, wie wir es alle wünschen, hängt von der Lösung vieler mit der Universität zusammenhängender Fragen ab, neben der Verbesserung der sozialen Lage der Studenten zunächst von einer angemessenen Ausgestaltung unserer akademischen und nicht-akademischen Einrichtungen. Die Studenten sollen sich an ihrer Universität wohlfühlen, sich mit ihr identifizieren. Ich kann von den Fortschritten, die wir in dieser Richtung gemacht haben, nicht sprechen, ohne an die nie versagende Hilfe des Vereins der Freunde und Förderer zu erinnern, an alle, die zum Wohle unserer Universität zusammenwirken. Der große Erfolg der Tombola im letzten Frühjahr hat gezeigt, daß die Frankfurter Bürger zu ihrer Universität halten. Überall, wo wir öffentliche Hilfe nicht in Anspruch nehmen konnten, ist der Verein eingesprungen.

Nach den Mitteilungen personellen und statistischen Charakters schloß Prof. Horkheimer:

Als ich dieses schöne und zugleich schwere Amt des Rektors der Johann Wolfgang Goethe-Universität vor 2 Jahren (trotz schwerer gesundheitlicher Bedenken) übernahm, war ich erfüllt von dem Zweifel, ob ich es ausfüllen könnte und von dem tiefen Gefühl des Dankes für das Vertrauen, das meine Kollegen mir entgegenbrachten. Dieses Gefühl des Dankes hat sich während der 2 Jahre nur noch verstärkt. Die Bürde, die meine Pflichten als Rektor mir auferlegten, vor allem der Verzicht auf wissenschaftliche Forschung und auf die aktive Leitung meines Institutes, sind mehr als wettgemacht worden durch die Erfahrung von Hilfe und Freundschaft, die ich in steigendem Maße bis auf diesen Tag gemacht habe.

Mein lieber und verehrter Herr Gans! Wenn ich nun Ihnen, dem ordentlichen Professor der Dermatologie, als meine letzte Amtshandlung das Insignium der Rektorwürde übergebe, so tue ich es mit den tiefsten und herzlichsten Glückwünschen für Sie und für unsere geliebte Universität. Ich bin stolz, daß das neu strukturierte Konzil in seiner ersten Versammlung Sie als den Mann seines Vertrauens erwählt hat. Als ich vor einigen Wochen an der Eröffnungssitzung der Deutschen Dermatologischen Gesellschaft teilnehmen durfte, habe ich persönlich erleben können, wie hoch Sie als Gelehrter im Ansehen der Welt stehen. Sie sind ein Meister Ihres Fachs und ein weiser und guter Mensch. Mögen Sie diese Kette, die leichter scheint, als sie in Wahrheit wiegt, in einem glücklichen und produktiven Jahre tragen. Ich begrüße Sie im Namen der Johann Wolfgang Goethe-Universität als deren neuen Rektor.

Nach der Übergabe der Amtskette an die neue Magnifizenz hielt Prof. Dr. Gans seine Festrede: „Die Struktur der Haut auf Grund neuerer Untersuchungsmethoden“ (nicht wie irrtümlich in der Beilage betitelt: „Die Funktion der Haut“). Den Text der Festrede veröffentlicht der DISKUS in der wissenschaftlichen Beilage dieser Ausgabe.

Gestützt auf eine jahrzehntelange Erfahrung und mit dem Willen zu fortschrittlicher Leistung arbeiten wir an den Aufgaben, die unsere Zeit verlangt.

FARBWERKE HOECHSTAG, vormals Meister Lürich & Brüning Frankfurt (M)-Hoechst



„Studentenhausprobleme“

Hierzu schreiben uns:

Prof. Herbert Lehmann

Das Studentenhaus ist eine gemeinsame Sache der ganzen Universität. Verständlicherweise haben sich in der Frage, wie dieses wertvolle, unserer Universität anvertraute Gut zu leiten und zu verwalten sei, gewisse Meinungsverschiedenheiten ergeben. Daß hieraus aber ein Feldgeschrei: hie Studentenparlament — hie Senat wurde, erzeugt den unsinnigen Eindruck, daß es sich dabei um „Interessengruppen“ handle. In Wirklichkeit kann nur die sachliche Prüfung der Argumente den Ausschlag geben.

Zunächst die Basis, über die wir uns einig sein müssen. Es ist mir — einmal auch von amerikanischer Seite — gesagt worden, das Studentenheim sei doch eben für die Studenten da und deshalb müßten diese in seiner Verwaltung den führenden Anteil haben. Diesem sehr logisch klingenden Argument bin ich meist mit dem Hinweis begegnet, daß uns Professoren vor der Geschichte schon einmal, und mit Recht, der Vorwurf gemacht worden sei, wir hätten uns in einem kritischen Moment nicht aktiv genug für die Freiheit und Autonomie der Universität eingesetzt. Wir hätten uns, heißt es, hinter der „Objektivität“ unserer Bücher verschauelt, als man gegen diese Freiheit uniformierte Studenten vorschickte. Wenn eine solche Gefahr zumindest heute auch nicht in Reichweite liegt, die bittere Erfahrung hat uns doch die Augen dafür geöffnet, daß es mit Forschung und Lehre allein nicht getan ist.

Folgt nicht schon daraus ein legitimes Interesse des Senats am Studentenhaus als einem wesentlichen Bestandteil der Universität? Und ist die gemeinsame Sorge um das Studentenhaus nicht gerade eine prächtige Gelegenheit, den so oft geforderten Kontakt zwischen Studenten und Professoren zu verwirklichen?

Und nun die zweite Frage. Ist es wirklich notwendig, ein eigenes Gremium für die Leitung und Verwaltung des Studentenhauses zu schaffen, statt eine bestehende Organisation, das Studentenwerk, für diese neue Aufgabe umzubilden? In einer gemeinsamen Besprechung mit dem Stadtkämmerer und anderen um die möglichst wirtschaftliche Verwaltung des Studentenhauses besorgten Herren ist errechnet worden, daß die Mehrkosten einer selbständigen Verwaltung eine ganz unerhebliche Summe darstellen würden. Viel wichtiger ist die Erwägung, daß der Geschäftsführer des Studentenwerkes die Aufgaben eines Geschäftsführers des Studentenhauses (und Heimes) keinesfalls nebenbei miterledigen kann. Wenn die Leitung des Studentenhauses dem Studentenwerk übertragen würde, müßte auch dieses als rechte Hand des Protektors (alias Heimleiters) und für andere zusätzliche Aufgaben eine eigene „Kraft“ anstellen. Das muß jedem einleuchten, der sich ehrlich bemüht hat, in das Tagewerk der jetzigen Hausverwaltung Einblick zu nehmen.

Solche und andere praktische Erwägungen haben die zur Prüfung der Frage eingesetzte Senatskommission zu der Empfehlung geführt, das Studentenhaus nicht dem Studentenwerk einzuliefern, sondern in besonderer Regie verwalten zu lassen.

Zur Vorgeschichte dieser Kommission nur Folgendes: Am 10. 6. 1953 hatte der Senat unter dem Beisein von zwei Vertretern des Asta einem gemeinsamen mit diesen ausgearbeiteten Entwurf für die Gründung eines besonderen Vereins Studentenhaus zugestimmt. Damit war dieser Entwurf zu einem verfassungsmäßigen Senatsbeschluß geworden. Dagegen lief das Studentenparlament plötzlich Sturm. Der Senat sah sich also loyaler Weise veranlaßt, durch eine sachkundige Kommission prüfen zu lassen, ob die hinter seinem Beschluß stehende Grundkonzeption nicht doch im Rahmen eines erweiterten Studentenwerkes verwirklicht werden könne. Die Kommission, der die Professoren Schiedermaier, Hax sowie ich selbst angehörten, hielt zunächst eine solche beide „Parteien“ befriedigende Lösung durchaus für möglich, kam aber nach reiflicher Erwägung dann doch zu dem Schluß, daß eine Verschmelzung von Studentenhaus und Studentenwerk nicht zu empfehlen sei. Für die Zusammensetzung des Gremiums hat die Kommission vorgeschlagen, die Zahl der studentischen Vertreter so zu erhöhen, daß Stimmgleichheit gegeben sei.

cand. med. Werner Schaffernicht

Vor wenigen Tagen hatte ich Gelegenheit, mich mit einem Studenten der Harvard-Universität zu unterhalten. Erstaunt über die Starre des Universitätslebens, die sich besonders im Verkehr zwischen Dozenten und Studenten ausprägte, erzählte er mir von Amerika: „Man geht zur Wohnung seines Professors und sagt: „Hallo, Tom, I have a problem!“ Bei einer Tasse Kaffee wird dann Meinung und Gegenmeinung diskutiert.“

Das, meine ich, sollte man beachten. Nicht, daß es uns deutschen Studenten auf das „Hallo, Tom . . . ankäme, aber wir haben auch problems, und zwar solche, die im Rahmen des Seminars oder der Vorlesungspause zu erörtern nicht möglich ist oder nichts fruchtet.

Vor einem Jahr erbauten uns weitblickende Menschen ein Studentenhaus. Sicher nicht, um 130 Studenten einen Wohnplatz mit Bad, Friseur und Television zu schaffen, so wichtig das auch

sein mag, sondern um eine Entwicklung im Sinne der oben angedeuteten Richtung anzubahnen.

Wir wollen keine amerikanischen Gebräuche imitieren. Aber wir müssen im Universitätsleben neue, entsprechendere Formen finden und deshalb an anderen Gewohnheiten zu lernen versuchen. Im Sinne dieses Bestrebens hätte man das Gebäude lieber mit dem Namen „Haus der Universität“ beseelen sollen. Denn mit dem Namen Studentenhaus hat man — nomen est omen — schon eine Tür zumindest symbolisch zugesperrt.

Nun will man laut DISKUS Oktobernummer eine weitere Tür zuschlagen. Diesmal offensichtlich das Hauptportal. Das Haus soll in die Regie des Studentenwerkes genommen werden, weil dadurch einmal ein Geschäftsführer, eine Sekretärin und ein Buchhalter eingespart würden, weil dann die Putzfrauen und das Mensapersonal besser ausgelastet werden könnten und was der rein ökonomischen Gründe noch mehr sind.

Das letzte Argument, es verbirgt sich schamhaft am unteren Ende besagten Artikels, besagt, daß das Studentenwerk doch eigentlich auch pädagogische Ziele verfolge in Gestalt der sozialen und medizinischen Betreuung (sprich Freitische und Reihendurchleuchtung). Nichts gegen das Studentenwerk. Es hat so manchem, wie auch mir, ein milderndes Pflaster auf die offene Wunde des nie ausgeglichenen persönlichen Etats zu legen vermocht. Aber hier wird ihm, dünkt mich, eine Potenz abverlangt, die ihm kraft seines Wesens als soziale Institution nicht innewohnen kann. Daran ändert auch das Bestreben der jüngeren Studentenwerksvertreter Westdeutschlands nichts, die dieser Institution weitgehende kulturelle Ziele zu setzen versuchen. Das ist erst noch problematische Theorie.

Aber es soll hier weniger die Rede davon sein, was gegen die Verwaltung des Hauses durch das Studentenwerk spricht, als von dem, was für die Übernahme durch einen Verein von Dozenten und Studenten spricht. Denn das scheint mir in dem beanstandeten Artikel zu kurz gekommen, wenn nicht übersehen worden zu sein.

Der Streit Studentenwerk oder Verein ist nur ein, aber ein typisches Beispiel für die Zeiterscheinung, die ich den Verlust ins Materielle nennen möchte. Die Studentenschaft begibt sich hier der Möglichkeit, die civitas academica nicht nur zu bleiben, sondern auch zu entwickeln. Eben jene civitas, die sich von anderen nicht nur durch das Adjektiv und den Studiaausweis, sondern durch ihr besonderes inneres Wesen unterscheidet. Und dieses innere Wesen wird eben nicht durch das zwar angenehm klingende, aber zugleich gefährlich egalisierende Wort sozial, sondern durch das abweisend belächelte Wort pädagogisch symbolisiert.

Wir sollten bewußt den von meinem Vorredner ins Feld geführten „gesunden Gastwirtsstandpunkt“ außer acht lassen. Denn die Atmosphäre der materiellen Gesichtheit, die hier durch Einbettung des Hauses in die breitere ökonomische Grundlage des Studentenwerkes heraufbeschwört werden soll, kann nicht Kristallisationspunkt und Hort eigenwilliger kultureller und gesellschaftlicher Experimente sein, weil sie anderen Zielsetzungen entspringt. Lassen wir uns darum nicht von betriebswirtschaftlichen Kalkulationen verleiten, der angenehmeren Lesart den Vorrang zu geben. Man braucht dem einzelnen Beteiligten nicht die bewußte Absicht zu unterschieben: das Haus der Universität würde in diesem Falle nach kurzer Zeit zwangsläufig zu einer für die Insassen recht bequemen Wohnmaschine herabnivelliert werden. Darüber hinaus haben wir dann ein Tanzlokal. Und eine verpaßte Chance. Die Entwicklung der letzten Monate gibt mir, der ich als Heimbewohner zu beobachten die Möglichkeit hatte, recht.

stud. rer. pol. G. Schmidt

Ihr Artikel „Studentenprobleme“ mag von vielen als „richtig liegend“ bezeichnet worden sein, und ich möchte auch nicht bestreiten, daß die behandelten „Probleme“ wirkliche Probleme sind. Eines aber haben alle an der Diskussion um dieses Haus beteiligten Professoren und Studenten wohl vergessen, daß bis heute noch keine „F i g u r“ gefunden werden konnte, die dem Leben in diesem Haus — sei es als Ratgeber von Mensch zu Mensch oder als Heimleiter bei den Zusammenkünften vieler in den Clubräumen — von der Kraft seiner Persönlichkeit her hätte weiterhelfen können. Ist die Diskussion an diesem Angelpunkt für den Wert und Erfolg jeglicher Erziehungsversuche („gezielte Gruppenpädagogik“) vorbeigegangen, indem man das wichtigste Werkzeug — einen Heimleiter von Format — immer wieder ausklammerte? Oder hat man sich in der Hitze des Gefechts auf Gebiete begeben, in denen nicht mehr entschieden werden kann, w e r mithelfen sollte, den Geist dieses Hauses zu bestimmen, sondern wo nur noch berechnet und ausgehandelt wird, wieviel „eingetragene Vereine“ es möglichst billig verwalten könnten.

Die in Ihrem Artikel durchklingenden Meinungsverschiedenheiten werden sicher beigelegt werden, wenn man den Machtkampf um die Verwaltung und die „Mitbestimmung“ in diesem Haus — um einen solchen scheint es sich letztlich doch zu handeln — aussetzt zugunsten einer gemeinsamen „Suchaktion“ nach einer Persönlichkeit, der man ein Studentenhaus ganz anvertrauen kann und nicht nur seine Verwaltung.



cand. rer. pol. Harry Kiel

Die Frage, wer das Studentenhaus verwalten soll, ist uns Studenten solange gleichgültig, als nicht erwiesen ist, daß dies Haus zu mehr taugt als zum Vermieten seiner Zimmer und Säle. Die Praxis des vergangenen Semesters hat gezeigt, daß eine bloß erhöhte Bequemlichkeit für die Vereinigungen, die jetzt in größerer Nähe der Universität zum Tage kommen, für weitere, nicht organisierte Teile der Studentenschaft keine Attraktion, und also auch keine Förderung ihres Zusammenhalts bringt. Das bloße Nebeneinander von Studium und privatem Studentendasein wird damit noch nicht überwunden.

Daß es dazu kommt, braucht aber das Zusammenwirken von Studenten und Dozenten. Wir glauben, daß das Studentenhaus der Ort ist, an dem die Lernenden die Fragen in ihrer Art an die Lehrenden stellen sollten. Die Beantwortung wird sicher ein Interesse finden, das sich mit dem an den Pflichtvorlesungen messen kann.

Darum hat eine Gruppe von Studenten, die im Hause wohnt, sich zusammengetan und eine erste Liste von Vorschlägen an Dozenten aufgestellt. Hier ist sie:

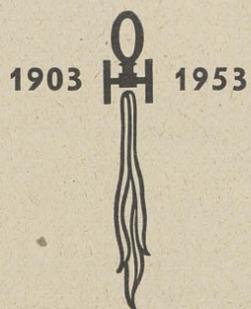
Wir lernen diskutieren (Prof. Wittsack). Ist Bert Brecht ein großer Dichter? (Prof. May). Haben unsere Steuern einen schädlichen Einfluß auf die öffentliche Moral? (Prof. Dornemann). Das Recht der unverheirateten Frau auf das Kind (Pfarrer Böhme). Stirbt die deutsche Sprache? (Prof. Kunz). Können wir uns mit Frankreich verständigen? (Prof. Erler). Soll man sich für Klausur- oder Examenstermine astrologisch beraten lassen? (Prof. Hartner).

Wir könnten uns außerdem aber denken, daß die Verschiedenheit der Ansichten von Dozenten, die den Studenten allmählich bekannt wird, in Streitgesprächen vorgetragen würde. Denn das würde vielen helfen, zu einer eigenen Meinung zu kommen und aus dem Bann der „Lehrmeinung“ früher zur Freiheit zu gelangen, als es sonst möglich wäre. Auch hierzu gibt es schon Vorschläge:

Der Begriff der Humanität (Prof. Horkheimer und Prof. Weinstock). Materielle und psychische Voraussetzungen des menschlichen Verhaltens (Prof. Wetzler und Prof. Zutt). Wer ist der Hüter der Verfassung? (Prof. Mosler und Prof. Drost). Die Grundlagen der modernen Musik (Prof. Osthoff und Prof. Adorno). Was bringt die moderne Wirtschaftstheorie? (Prof. Wehrle und Prof. Saueremann).

Diese Vorschläge mögen nicht ausgereift sein. Sie sind gleichwohl bereits als eine unmittelbare Einladung an die genannten Dozenten gemeint, und zugleich an die Studenten, die zu diesen Fragen eine Meinung äußern oder in der Diskussion bilden möchten. Auch sollen diese Diskussionsabende nicht Seltenheitswert haben, sondern mindestens einmal pro Woche stattfinden, denn sie werden um so nützlicher sein, je weniger sie Massenveranstaltungen sind.

Und schließlich: es dürfte sogar die Gewähr bestehen, daß eine Diskussionsgruppe den Professor, der den Abend präsierte, zu einer Erweiterung auf andere Probleme auffordert.



FÜNFZIG JAHRE
GRIESHEIM
SCHWEISSTECHNIK

KNAPSACK-GRIESHEIM
AKTIENGESELLSCHAFT
WERK GRIESHEIM AUTOGEN
FRANKFURT AM MAIN
K r i f f e l e r S t r a s s e 1 - 4 7

West-östliche Reflexionen

Damals in der Zone hatten wir alle die gleiche politische Meinung. Wir kämpften alle gegen eine politische Macht, die vorgab, demokratisch zu sein, die von Parlament, Wahlen und Vertretung sprach und in der Praxis brutaler Gewalt alle diese Worte zu Phrasen machte. Diese Entwicklung hatte uns damals zusammengeführt und wir fanden es unter den obwaltenden politischen Bedingungen in der Zone nicht ratsam, parteiliche Schattierungen zu verkomplizieren.

Bei meinem Besuch in Frankfurt hatten wir nun wieder zusammengesessen. Horst, Günther und Paul, die alle nacheinander sich dem unmittelbar drohenden Zugriff des Staatssicherheitsdienstes durch die Flucht entziehen mußten, Tom, ein englischer Student, den ich bei den Weltfestspielen in Ost-Berlin kennenlernte, und ich, noch heute Ostzonenstudent, FDJ-Funktionär wider besseres Wissen und Element der Widerstandsorganisation.

Wir hatten noch immer das gleiche Ziel: Kampf einer Herrschaftsform, die dem Nazismus zum Verwechseln ähnlich ist.

In dem Kreise aber, der nun um den langen Tisch im Studentenhaus saß, traf ich den Meinungsstreit im kleinen, den ich so oft anläßlich von Bundestagsdebatten am Radio miterleben konnte. Wir kamen — und hier wird mancher Bundesrepublikaner überlegen lächelnd das Gesicht verziehen — in den drei Tagen kaum dazu, über eigene, private Bereiche zu sprechen. Drei große Probleme interessierten in Rede und Gegenrede: „Wie war es bei euch am 17. Juni? Was hältst du als Ostbewohner vom Ergebnis der Bundestagswahl?“ und — hier hakte Tom ein — „Was denkst du, der du ostzonale Verhältnisse nicht nur als einfacher Student kennst, von der Außenpolitik Adenauers und dem EVG-Problem?“

Ich nehme diese drei Punkte an dieser Stelle noch einmal auf und spreche darüber wie ich damals im Kreise meiner Freunde darüber gesprochen habe. Vorher aber eine andere Beobachtung:

Der Optimismus in der Zone ist größer

Mehr als kontrastreich fand ich das Benehmen der Studenten in der Mensa des Studentenhauses im Verhältnis zu dem, was ich von sowjetzonalen Universitäten gewöhnt bin. Der Student in Frankfurt betritt die Mensa, läßt sich auf einem der Stühle nieder, winkt verbindlich zu einem anderen Tisch herüber, knöpft sich seine Homespunjacke auf und bestellt. Das Essen in der Mensa ist natürlich schlecht, aber das behauptete schon jede Studentengeneration. Dies und das ist nicht richtig und natürlich ist der Schäffer oder der Adenauer unfähig (bzw. Ollenhauer oder Carlo Schmid). Man bestellt sich eine Coca, wirft eine halbe Zigarette in den Aschenbecher, und dann beginnen allgemeine Gespräche. Zuerst glaubte ich allerdings es seien allgemeine Gespräche, aber noch am ersten Tag fand ich heraus, daß die meisten Gespräche das gleiche Problem behandelten: Geld. Nun habe ich in der Ostpresse spaltenlange Artikel über die Not der westdeutschen Studenten gelesen und habe auch in Frankfurt erfahren, daß man sich sein Geld für das Studium selbst verdienen muß, wenn man keinen finanzkräftigen Vater hat. Dennoch scheint mir das „Gelddenk“ in Westdeutschland, nicht nur bei den Studenten, einen etwas ungewöhnlich breiten Raum einzunehmen. Selbst in der Zone, wo man von regierender Stelle aus versucht, mit der Ziehkraft des Geldes Gesinnungen zu kaufen und, wie das ganze Prämien-, Aktivisten- und Brigadiersystem beweist, bemüht ist, die ganze Staatsmacht auf ein „Gelddenk“ aufzubauen, stellt bei aller Knappheit von Waren, bei aller Teuerung das Gelddenk nicht einen solchen Faktor dar, wie ich es in Frankfurt erlebte.

Ich höre das Gegenargument: „Ja, in der Ostzone bekommen ja alle Stipendien.“ Es wird wohl auch in Frankfurt bekannt sein, welche Gesichtspunkte bei der Stipendienverteilung eine Rolle spielen. Wenn der Vater 1940 kein Arbeiter war, so kann der Sohn oder die Tochter im höchsten Falle ein geringes Grundstipendium erhalten. Und dieses auch nur, wenn die Zwischenprüfung mit 2,2 Durchschnittsnote abgelegt wurde. Aber eine Vier in der politi-

schen Prüfung genügt, um das Stipendium zu streichen. Ich erinnere mich selbst der ersten Semester, nicht alle von uns hatten das Glück, eine „arbeitende Großmutter“ zu haben. Man lebte mit achtzig Mark im Monat. Die politischen Begleiterscheinungen des herrschenden Systems ließen jedoch nie das „Gelddenk“ aufkommen. Auch wir in der Zone haben neben dem Studium gearbeitet und nicht selten wurde das Geld für eine Widerstandsarbeit noch von diesen achtzig Mark abgezogen.

Der Student in der Zone ist in den wenigsten Fällen ein Individualist, entweder er trottet als 100%iger Genosse in der Herde oder aber er schließt sich aufs Engste mit Gleichgesinnten zusammen und trägt so unter persönlichen Opfern mit den anderen gemeinsam die Schwere der Verhältnisse. Das Wort vom „charakter- und geistbildenden Individualismus“ scheint mir problematisch, das vom solidarischen Geist in der Korporation nötigt uns im Widerstand stehenden Zonenstudenten ein Lächeln ab. An dieser Stelle trennen sich bereits die Welten, zwischen die sich die Zonengrenze geschoben hat. Dem Westbürger wird es nur in den seltensten Fällen möglich sein, sich in die Psyche eines in der Ostzone lebenden Menschen hineinzudenken. Selbst im Kreise derer, die selbst lange genug bei uns im Osten gelebt und Kopf und Kragen riskiert haben, um gegen die Diktatur zu streiten, macht sich dieser Bruch bemerkbar. Man versteht noch zu einem gewissen Teil, man ist ehrlich bemüht zu verstehen, aber es ist einfach nicht mehr möglich, daß sie sich vorstellen können, wie einem zu Mute ist, wenn man von zwei Herren in Zivil angesprochen wird, die den Dienstaussweis des Ministeriums für Staatssicherheit in der Tasche tragen und reges Interesse für die Zimmereinrichtung und den Inhalt der Schubfächer und Schränke zeigen. In dem nicht dem Kommunismus verfallenen Studenten der Ostzone lebt ein viel gesünder und stärkerer Optimismus, ein zielbewußteres Streben nach vorn, denn vorn das ist die Freiheit, vorn, das ist der Staat, in dem ein frühes Klingelzeichen den Bäckerjungen, nicht aber den Vertreter der wiedergeborenen Gestapo ankündigt. Der Hinweis auf diese Tatsachen beeindruckt den Westen wenig: „Wir wollen unsere Ruhe haben. Iß dich satt. Mensch, wie du das aushältst. Komm doch rüber. Einen Job besorgen wir dir auf alle Fälle!“

Dem einen wäre vielleicht geholfen, zugegeben. Aber glaubt man durch diese Geste das deutsche Problem lösen zu können?

Ja, und nun zum 17. Juni. Wir haben viel davon gehört. Die Frankfurter Zeitungen haben sogar Sondernummern gedruckt (Donnerwetter!). Wir haben die ganze Zeit am Radio gesessen. Es muß ja toll gewesen sein. So und ähnlich lauteten die Kommentare derer, die sich aus irgendwelchen Gründen noch intensiv mit der Zone verbunden fühlen. Im übrigen war der 17. wohl, wie ich es auch aus gelegentlichen Gesprächen mit Frankfurtern auf der Straße entnehmen konnte, eben ein Aufeinanderprallen von Waffen hinten in der Türkei. Ein Tumult in der Ostzone. Da ist ja laufend etwas los. Das beruhigt sich schon wieder. Die Russen haben ja eine ganze Menge Versprechungen gemacht.

Sie irren, die Russen haben zwar eine ganze Menge versprochen und man wird, davon bin ich fest überzeugt, alles tun, um den Lebensstandard in der Zone zu heben, aber es gehört schon eben das „Gelddenk“, oder hier im sense figure „Materialistdenk“ eines der oben geschilderten Bundesrepublikaner dazu, überhaupt auf eine solche Idee zu verfallen. Bekanntlich sind es ja die Arbeiter der Stalinallee gewesen, die bestbezahlten Arbeiter der Zone, die zuerst meuterten. Der Volksaufstand begann in der guten Stube, nicht im Gesindezimmer der DDR. Oder glauben Sie, daß es einem Ingenieur mit mehr als tausend Mark Gehalt, Aktivistenprämien, Leistungszulagen, Steuervergünstigungen etc. etc. rein materiell in einem künftigen Deutschland viel besser gehen wird, als heute in der Sowjetzone?

Zugegeben, es war ein gut Teil materieller Dinge, die zu der am 17. erfolgten Entladung zurückgehaltener Energien in der Zone geführt haben. In den Gesichtern der Menschen

auf den Straßen des 17. war aber etwas anderes zu lesen. „Wir haben es ihnen gezeigt.“ Natürlich, ohne die aktive Hilfe des Westens werden wir es nie ganz schaffen, aber wir haben Kraft und der rote Kreml von Berlin hat mit uns zu rechnen. Und die weitere politische Entwicklung hat gezeigt, daß selbst der echte Kreml bis zu einem gewissen Maße mit dieser Kraft zu rechnen hat.

Man muß es mit eigenen Augen gesehen haben, wie Ziegelsteine, von der Hand der Arbeiter geschleudert, die sowjetischen Panzerschützen zum Schließen der Luken zwingen, wie man mit Betontrümmern aus dem zweiten Weltkrieg Panzer zum Stehen brachte, die für einen dritten gebaut worden sind. Und die Bemerkung: „Wie können diese Idioten nur mit bloßen Händen gegen Panzer vorgehen“ wird in ihrem Stumpfsinn nur noch von der Ostzonenpresse erreicht, die behauptet, daß der 17. Juni ein Putschversuch von Faschisten sei. Die Verhältnisse in der Zone haben die Hoffnungen der Bolschewisten nicht erfüllt. Die sowjetische Besatzungszone war eine ausgezeichnete Schule der Demokratie für das deutsche Volk, das und nichts weiter brachten die Arbeiter an jenem Sommertag unmißverständlich zum Ausdruck.

Bundestagswahl, aus der Zone gesehen

Ja, was halte ich von der Bundestagswahl? Hier müßte ich mich wohl zuerst einmal fragen, zu welcher Partei neigst du hin? In welche westdeutsche Partei würdest du eintreten, zu welcher würdest du hintendieren? Die Frage ist nicht leicht beantwortet, obwohl sie mehr als einmal in unseren Kreisen in der Zone gestellt worden ist. Meiner inneren Einstellung nach stehe ich wohl den Sozialdemokraten am nächsten und hätte — Adenauer gewählt.

Ein Mensch, der wie ich gezwungen ist, tagtäglich die Politik des Ostblockes aufs genaueste zu verfolgen und sie aus diesem Grunde auch gut kennt, wird nicht sehr häufig zu einem anderen Ergebnis gekommen sein, wenn er sich diese Frage vorlegte. Abgesehen davon, daß die SPD keine klare außenpolitische Linie im Wahlkampf vertreten hat, und es oft den Anschein hatte, als wolle sie „ohne Kopf durch die Wand“, wie man in Frankfurt unter anderem so treffend bemerkte, hätte der Wahlsieg der SPD eine außerordentliche Schwächung der augenblicklich recht starken westlichen Diplomatie bedeutet. Ich erinnere mich sehr genau der Worte, die ein führender Staatsfunktionär der Ostzone in einer vertraulichen Besprechung, an der ich teilnahm, sagte: „Sicher müssen wir in erster Linie die KPD unterstützen, aber wir dürfen dabei nicht vergessen, daß im Grunde genommen die SPD uns viele unserer Sorgen abnehmen würde, käme sie ans Ruder.“ Klarer kann es nicht mehr ausgesprochen werden, was sich die Kommunisten von einem Wahlsieg der SPD erhofften und wie sie die Politik der SPD einschätzten.

So bitter besonders für uns die Erkenntnis sein mag, so können wir doch nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß nur Stärke in der Lage ist, den Bolschewismus an einen Verhandlungstisch zu zwingen, an dem es nichts zu vertragen gibt. Oder glaubt man in Westdeutschland ernsthaft, daß der Bundesgrenzschutz ausreicht, dem Russen zu beweisen, daß man nicht länger gewillt ist, sich an der Nase herumführen zu lassen?

Bei uns gibt es bereits so etwas wie eine neue Wehrmacht mit Uniformen für die drei Waffengattungen. Noch kann sich der Russe keinen Krieg erlauben. Das aber bedeutet noch lange nicht, daß der Stalinismus das Wort „Weltrevolution“ aus seinem Vokabular gestrichen hat. Wenn man die Gefahr nicht früh genug bannt, wird sie, davon bin ich fest überzeugt, nicht mehr aus der Welt zu schaffen sein.

Ich fürchte nur, daß diese einfachen Gedanken dem Bürger der Bundesrepublik etwas ungelegen sind. Es gäbe doch eine Menge von Unannehmlichkeiten, wenn man sich wieder stark machen müßte. Ich kann diesen Menschen aber nur sagen, daß diese „Unannehmlichkeiten“ ein Nichts gegen das wären, was sie erwartete, machten sie sich nicht stark. Man ist als Ostzonenier jedenfalls konsterniert über die Ignoranz, mit welcher man in einer Stadt, die nur so wenige Kilometer von der Zonengrenze entfernt liegt, diesen brennenden Problemen begegnet.

P. S. Pape

Mit Millionen von Wettfreunden
ständig im Dienste des Sports

**HESSEN-TOTO**
IM WEST-SÜD-BLOCK

Fordern Sie unsere Prospekte
über 12 verschiedene Typen
**LIEBESGABENPAKETE
FÜR DIE OSTZONE**

in den Preislagen
von DM 8.- bis DM 25.-

DEUTSCHE GEMEINSCHAFTSHILFE
Liebesgabendienst e. V.
HAMBURG 11 · RODINGSMARKT 15
Postcheck Hamburg 9209 · Ruf 3557 27

Wissenschaftliche Buchhandlung

Josef Hilfrich
die Buchhandlung des Studenten
Adalbertstraße, Ecke Gräfstraße
(An der Bockenheimer Warte) Tel. 768 65

15% Ermäßigung auf A S T A - Berechtigungsschein



Hergestellt mit Genehmigung der
Pepsi-Cola Company New York
durch

Hess. Getränke-Industrie
GmbH.

Frankfurt/Main, Hainerweg 85
Telefon 63542 — 63513

Aufgaben unserer Wirtschaftspolitik

Die Entscheidung vom 6. September gibt der neuen Bundesregierung die Möglichkeit, den eingeschlagenen Weg zur möglichst umfassenden Marktwirtschaft mit überwiegend freier Unternehmerinitiative weiter zu verfolgen. Sicherlich wird die weitere Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik von dieser Politik neue Impulse empfangen. Noch deutlicher aber ist zu erkennen, daß Kräftigung des Wettbewerbs, Abbau protektionistischer Verlegenheitslösungen, Reduktion des Steuerdrucks und Wiederbelebung des Kapitalmarktes, selbst wenn schnell und konsequent durchführbar, die weitere Aufwärtsentwicklung oder auch nur Konsolidierung des Erreichten nicht allein verbürgen können. Eine gesicherte Fortentwicklung der deutschen Wirtschaft wird nur möglich sein, wenn darüber hinaus zwei Voraussetzungen erfüllt werden bzw. sind, nämlich: die baldige Verwirklichung von weiteren wirksamen Ansätzen mit dem Ziel eines großen europäischen Marktes und die Sicherung der Weltkonjunktur.

Die innere Wirtschaft

Die Marktwirtschaft erhält ihre tiefere soziale Rechtfertigung erst, wenn sie eine echte Wettbewerbswirtschaft ist. Bemühungen um Kontrolle oder Verbot jener wettbewerbsbeschränkenden Praktiken, die sich gegen das in der Marktwirtschaft dominierende Interesse der Verbraucher richten und sichere Vermögensbildung auf Kosten der Verbraucherschaft bezwecken, müssen deshalb Hauptanliegen der staatlichen Wirtschaftspolitik sein. Wenn es dem Erhardschen Einfluß nicht gelingt, die vorhandenen vielfachen Ansätze zu solchen Praktiken im Keime zu ersticken und durch eine klare Gesetzgebung künftig zu unterbinden, wird man von vornherein nicht mehr von einer „sozialen Marktwirtschaft“ sprechen können.

Über die Praxis der Wettbewerbsregelung sind, seitdem Entwürfe für eine entsprechende Gesetzgebung vorliegen, recht gegensätzliche Auffassungen bekannt geworden. Es geht darum, ob die gesetzliche Regelung vom Prinzip des Verbots aller Wettbewerbsbeschränkungen ausgehen soll, oder ob nicht besser allein der Mißbrauch solcher Praktiken zu unterbinden sei. Beide Prinzipien erfordern zu ihrer Verwirklichung einen wirksamen staatlichen Kontrollapparat.

Die Verbotsgesetzgebung geht, wie die Bezeichnung verrät, von dem prinzipiellen Verbot aller wettbewerbsbeschränkenden Manipulationen aus, stellt jedoch einen Katalog von Ausnahmen auf, die auf Antrag genehmigt werden können. Es wird moniert, daß eine solche Regelung nur mit Hilfe eines großen bürokratischen Apparates durchzuführen sei und die Unternehmerinitiative hemme. Deshalb wird dagegen vorgeschlagen, alle Wettbewerbsbeschränkungen zu erlauben, aber melde- und registrierpflichtig zu machen und durch eine staatliche Behörde daraufhin prüfen zu lassen, ob sie sich irgendwie volkswirtschaftlich nachteilig auswirken. Hier wird also besonders betont, daß es „gute“ und „schlechte“ Kartelle, Monopole, Konventionen etc. gebe und das Prinzip der Mißbrauchskontrolle angemessener sei. Praktisch bedeutsam unterscheiden sich beide Prinzipien in der Frage der Beweislast. Bei der Verbotsgesetzgebung obliegt es der Wirtschaft, die Berechtigung ihrer Ausnahmewünsche nachzuweisen. Bei der Mißbrauchsgesetzgebung hingegen wäre die Behörde verpflichtet, den Mißbrauch im einzelnen nachzuweisen.

Gegenpole in dieser Auseinandersetzung sind der Bundeswirtschaftsminister und der Bundesverband der deutschen Industrie, der erstere als Verfechter einer (modifizierten) Verbotsgesetzgebung, der letztere als Fürsprecher der Mißbrauchsgesetzgebung. Erhards Argumente stützen sich auf die Erkenntnisse der sog. neoliberalen Schule der Nationalökonomie. Doch auch die Industriellen haben in dieser Frage verschiedentlich die Unterstützung der Wissenschaft gefunden. Man sagt dort u. a., daß z. B. ein Kartellverbot ohnehin nicht konsequent durchgesetzt werden könne. Es sei deshalb realistischer, durch eine strenge staatliche Aufsicht den wettbewerbsfeindlichen Tendenzen in der Wirtschaft „die Giftzähne auszuziehen“.

Wie dieser Streit endlich ausgeht, ist zur Zeit noch nicht abzusehen. Für die stärkste Partei in der Marktwirtschaft, die Verbraucher, sollte indessen unermüdet gefordert werden, daß diese schon längst fällige Regelung nicht so verwässert und schwach ausfallen darf, wie manchmal befürchtet werden muß.

Die beachtliche Produktions- und Produktivitätssteigerung der westdeutschen Landwirtschaft in den letzten Jahren verdient Anerkennung. Es muß auch zugegeben werden, daß die Eigenart der landwirtschaftlichen Produktion in fast allen großen westeuropäischen Industrieländern Maßnahmen erforderlich

macht, die diesen Wirtschaftszweig der Geltung strenger marktwirtschaftlicher Prinzipien entrücken. Immerhin kann man besorgt fragen, ob der Druck der „Grünen Front“ in den letzten Jahren in der Bundesrepublik nicht doch zu erfolgreich und damit volkswirtschaftlich bedenklich war. Ein großer Verwaltungsapparat ist entstanden, der Einfuhr und Vorratsbildung reguliert. Der Ruf nach der „Marktordnung“, d. h. einer Ordnung gegen den echten Markt, ist, unterstützt durch politische Erpressung, immer lauter zu vernehmen. Die Wirtschaftspolitik der nächsten Jahre wird dafür sorgen müssen, daß solche Forderungen, die letztlich auf Restaurierung von Unwirtschaftlichkeiten auf Kosten der Verbraucher hinauslaufen, mit der starken Gegenforderung nach Schaffung wirtschaftlicher Betriebsgrößen, Rationalisierung und Flurbereinigung beantwortet werden.

Eine gesunde Währungs politik ist der zweite Grundpfeiler der Marktwirtschaft. Hier bleibt anzuerkennen, daß der bisherige Kurs der Verantwortlichen alles Lob verdient. Die D-Mark gehört zu den „härtesten“ Währungen der Welt. Eine geschickte Handhabung der modernen wie der altbewährten



Ideen,

kluge Gedanken, Wachsamkeit, wiegen oft schwerer als Reichtum. Kola Dallmann beschwingt Geist und Körper und macht Müde in wenigen Minuten wach und gedankenfrisch.

Kola DALLMANN
macht Müde mobil.

SCHACHTEL MIT 24 TABLETTEN NUR M. 1,25
MIT LECITHIN M. 1,50 IN APOTH. U. DRUG.

kreditpolitischen Instrumente zum richtigen Zeitpunkt hat inflationistische wie deflationistische Gefahren verhütet.

Was wir brauchen, ist eine Fortsetzung dieser Politik. Die volle Wiederherstellung des Kapitalmarktes ist ein Erfordernis, das schon im Interesse einer Überwindung der vergleichsweise so überaus unsozialen Selbstfinanzierung der Unternehmen, wie sie in den letzten Jahren gehandhabt werden mußte, vordringlich ist. Es scheiterte bis zur Stunde am fiskalischen Interesse des Finanzministers, insbesondere der Notwendigkeit, für den sozialen Wohnungsbau billiges Kapital einsetzen zu müssen. Fortschritte in der angestrebten Reprivatisierung des Wohnungsbaues würden den letzteren Einwand mehr und mehr entkräften. Es kann dabei auch daran gedacht werden, allmählich statt öffentlichen Kapitalsubventionen Zinszuschüsse zu gewähren, um so eine schnellere Freigabe des Kapitalzins zu ermöglichen.

Mit der Gesundung des Kapitalmarktes, die auch eine Beseitigung der Hemmungen einschließen muß, die nach wie vor für die Aktienemission bestehen, könnte auch die unsoziale steuerliche Bevorzugung der „fundierten“ Einkommen, wie sie das neue Kapitalmarktförderungsgesetz mit sich gebracht hat, wieder verschwinden. Schließlich muß dann auch die faktische Bevorzugung der öffentlichen Hand gegenüber der Privatwirtschaft bei der Kapitalbeschaffung aufhören.

Der Erfolg der bisherigen Außenhandels politik wird zur Fortsetzung des liberalen Kurses ermuntern. Die günstige Position der Bundesrepublik in der EZU und gegenüber den meisten „sonstigen Verrechnungsländern“, soll und muß die Regierung anspornen, die Bemühungen um eine volle Konvertibilität der Währungen, überhaupt alle Ansätze zur Wiederherstellung eines freien Weltmarktes, tatkräftig unterstützen. Hier bedarf es natürlich der Mitarbeit anderer Länder, deren teilweise unglückliche Situation bisher entscheidende Schritte verhinderte. Vorerst wären jedoch schon einige autonome Maßnahmen möglich, wie die Abschaffung aller Einfuhrkontingente (volle Liberalisierung), der Abbau überhöhter Schutzzölle und schließlich, in Übereinkunft mit anderen Ländern, die Beseitigung von künstlichen Exportförderungsmaßnahmen.

Kritische Stimmen wenden ein, daß die gegenwärtige außenwirtschaftliche Gläubigerposition der Bundesrepublik nicht überschätzt werden dürfe. Sie weisen darauf hin, daß eine beachtliche Verpflichtung zur Abzahlung von Auslandsschulden bestehe. Es sei auch mit einem Nachlassen oder gar Versiegen der finanziellen Hilfe der Vereinigten Staaten zu rechnen, ganz abgesehen von der mangelnden Bereitschaft der USA, die weitere Gesundung des Welthandels durch den Abbau von Einfuhrschwierigkeiten zu unterstützen. Schließlich sei auch die Weltkonjunktur nach wie vor unsicher.

Diese Momente dürften in der Tat von Bedeutung sein. Sichere langfristige Prognosen sind deshalb kaum möglich. Vor allem gilt, daß auch die deutsche außenwirtschaftliche Position am seidenen Faden der Weltkonjunktur hängt.

Europäische Wirtschaftseinheit

Es gibt verschiedene Begründungen der Notwendigkeit, die europäischen Nationalwirtschaften zu überwinden und eine europäische Wirtschaftspolitik zu schaffen. Die wichtigste dieser Begründung sollte sein, daß erst über die Vorteile einer solchen Integration die in der privatkapitalistischen Industriegesellschaft angelegten sozialen Verzerrungen im europäischen Bereich allmählich zur Lösung gebracht werden können. Von diesem sozial-ethischen Motiv sind alle anderen, speziell wirtschaftlichen, militärischen oder politischen Begründungen abzuleiten, und nicht umgekehrt.

Die Bemühungen um Europa sind inzwischen aus dem Bereich der großartigen Zielsetzungen in das Stadium der konkreten Maßnahmen gelangt. Die Schwierigkeiten werden erkannt und analysiert, die einzuschlagenden Wege geklärt. Montanunion und EZU sind erste Schritte. Die Ausrichtung der Erwägungen und Maßnahmen auf eine etappenweise Integrierung von Wirtschaftszweigen ist der besseren Konzeption der schrittweisen Integrierung aller Wirtschaftszweige und der Koordinierung der gesamten Wirtschaftspolitik gewichen. Neuerdings wird betont, daß die Durchführung der wirtschaftlichen Maßnahmen eine politische Zentralinstanz mit echten Befugnissen voraussetzt. Alle diese Bemühungen wurden und werden von deutscher Seite beeinflusst und unterstützt.

Welche Zeit die Realisierung benötigt, ist schwer abzuschätzen. Kürzlich wurde in einem Entwurf die Frist von zehn Jahren für die krönende Bildung des gemeinsamen Marktes angesetzt. Sicherlich werden jedoch einzelne heilsame Maßnahmen, z. B. Fortschritte zur Währungsconvertibilität und zur vollen Liberalisierung des Handels, schrittweiser Zollabbau sowie allmähliche Angleichung der nationalen finanz- und sozialpolitischen Systeme und der Wettbewerbsbedingungen schon früher durchgeführt werden können.

Die Sicherung der Weltkonjunktur

Der europäische Niedergang hat die Weltkonjunktur zu einem Anhängsel der nordamerikanischen Wirtschaftsentwicklung gemacht. Die Verantwortung für die wirtschaftliche (und damit auch politische) Situation in der freien Welt liegt somit heute in erster Linie bei den USA. Eine Wirtschaftskrise in diesem Lande würde, vor allem über die Schrumpfung des Welthandels, den einzelnen europäischen Industrieländern ihre notdürftig gesicherte interne Stabilität nehmen.

Es gibt nun zwei Momente, die diesem Unsicherheitsfaktor — auch und gerade für die deutsche Wirtschaft — entgegenzuhalten sind: Einmal wird die allmähliche Bildung eines einheitlichen europäischen Marktes — verbunden mit einer zentralen europäischen wirtschaftspolitischen Instanz, die gegebenenfalls die in den letzten Jahrzehnten entwickelte Krisen-Therapie anwenden kann — die interne Stabilität Europas stärken und damit die Auswirkungen einer etwaigen nordamerikanischen Wirtschaftskrise wenigstens teilweise abfangen können.

Zum andern ist die verantwortliche Administration in den Vereinigten Staaten, nach ihren Äußerungen zu schließen, unbedingt bereit, eine schwere Krise in ihrem Wirtschaftsgebiet mit allen verfügbaren Mitteln zu verhindern.

Wenn das Ausmaß einer etwaigen Krise in den USA derart beschränkt und eine weltweite Ausweitung tatsächlich abgeschwächt oder gar verhindert werden könnte, wäre, neben den notwendigen und möglichen Fortschritten in der europäischen Wirtschaftsintegration, die wichtigste Rahmenbedingung für eine günstige Weiterentwicklung der westdeutschen Wirtschaft gegeben.

Diese Entwicklung müßte aber auch durch die Lösung der aufgezeigten internen Aufgaben unterstützt werden.

Georg Siebert



RHEIN-MAIN BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

FRÜHER DRESDNER BANK

Frankfurt a. M., Gallus-Anlage 7

Fernsprecher: Ortsverkehr 30061, 30221, Fernverkehr 30231

Depositenkassen in Frankfurt a. M.:

Mainzer Landstraße, Mainzer Landstraße 93 · Opernplatz, Große Bockenheimer Straße 37 – 39

Roßmarkt, Roßmarkt 14 · Schweizerstraße, Schweizerstraße 27 · Großmarkthalle, Rückertstraße 4, Westanbau

55 Niederlassungen im süddeutschen Raum



1/4 Million DM Studentenwerksbilanz

Bilanz per 31. 3. 1952

	Aktiva	Passiva
I. Immobilien:		
(Gebäude Mediziner-Mensa)	DM 135 304,39	
II. Mobilien:	73 098,41	
III. Warenbestände:		
Lebens- und Genußmittel	11 814,20	
IV. Forderungen:		
Verschiedene	1 248,43	
Langfristige Darlehen	2 685,—	
Kurzfristige Darlehen	18 860,—	
V. Geldkonten:		
1. Kasse	4 414,80	
2. Postscheckguthaben	201,37	
3. Bankguthaben	9 700,73	
VI. Rechnungsabgrenzung:	50,—	
I. Kapital:		DM 117 233,48
II. Rücklagen:		
1. S.K.V.	2 683,36	
2. Gesundheitsförderung	17 634,60	
3. Pflichtuntersuchungen	2 870,36	
4. Allgemeine	10 000,—	
5. Mediziner-Mensa	39 494,18	
6. Förderung	2 550,—	
III. Verbindlichkeiten:	61 740,85	
IV. Ersatz-Beschaffung:	1,—	
V. Vermögensvermehrung:	3 169,50	
	DM 257 377,33	DM 257 377,33

Verlust- und Gewinn-Rechnung

	Soll	Haben
Beiträge		DM 55 193,50
Spenden		13 942,39
Zinsen und Skonti	DM 851,85	
Außerordentliche Verluste	787,—	
Hochschulförderung	43 606,35	
„ „ allgem. Kosten	6 438,80	
Unfallbeiträge		8 620,60
Prämien	7 815,75	
allgem. Kosten	804,85	
Einnahmen Beratungsdienst		2 449,—
Personal-Kosten	7 969,75	
Sachkosten	1 362,78	
allgem. Kosten	1 609,70	
Verlust Mensa-West	4 579,76	
Stud. Ämter Einnahmen		430,—
„ „ Aufgaben	29,70	
„ „ allgem. Kosten	1 609,70	
Gewinn per 31. 3. 52	3 169,50	
	DM 80 635,49	DM 80 635,49

Erläuterungen zur Bilanz:

Zu den Rücklagen ist folgendes zu bemerken: Nachdem im Geschäftsjahr 1950/51 die Studentische Krankenversorgung keine Rücklage bilden konnte, ist es in dem vorliegenden Geschäftsjahr gelungen, DM 2683,36 der Rücklage zuzuwenden. Diese Summe wird jedoch — der Entwicklung der SKV in der letzten Zeit nach — durch die erhöhte Inanspruchnahme und durch das Steigen der Vergütungssätze an behandelnde Ärzte nicht nur aufgezehrt, sondern es ist im folgenden Geschäftsjahr sogar mit einem Unterschluß zu rechnen. Bisher mußte das Defizit der SKV aus Rücklagen der Gesundheitsförderung gedeckt werden. Dies wird voraussichtlich auch im Geschäftsjahr 1952/53 der Fall sein. Wenn die SKV durch die Beitragserhöhung von DM 8,— auf DM 10,— auf eine gesunde finanzielle Grundlage gestellt ist, so kann die Gesundheitsförderung in größerem Maße als bisher ihrer eigenen Bestimmung zugeführt werden. Die Allgemeine Rücklage in Höhe von DM 10 000,— wurde durch Beschluß des geschäftsführenden Vorstandes gebildet, da vorauszusehen war, daß durch die Übernahme der Mensaräume im Studentenhaus erhebliche Anschaffungen entstehen würden. Tatsächlich hat das Studentenwerk in der Mensa des Studentenhauses mehr als DM 40 000,— investieren müssen. Diese Rücklage ist im Geschäftsjahr 1952/53 also mehr als aufgezehrt worden. — Die Rücklage für die Mediziner-Mensa wurde in vorangegangenen Geschäftsjahren gebildet, um etwaige Unterschüsse der Mediziner-Mensa aufzufangen. Da diese Mensa im Geschäftsjahr 1952/53 ein Defizit von rund DM 20 000,— aufweisen wird, und auch zur heutigen Zeit Zuschüsse notwendig sind, ist diese Rücklage voraussichtlich im Jahre 1954 aufgezehrt. Wie die Verluste in der Zukunft gedeckt werden sollen, läßt sich z. Z. noch nicht absehen. — Die Förderungs-Rücklage in Höhe von DM 2550,— besteht aus zweckgebundenen Stipendien der Bank deutscher Länder. In dem Posten Verbindlichkeiten von DM 61 740,85 sind allein an Rechnungen der SKV DM 25 295,48 enthalten. Dies erklärt sich aus der langsamen Abwicklung von Arzt-, Krankenhaus-Rechnungen usw. Etwa DM 12 000,— betragen die Verbindlichkeiten an das Finanzamt, da die Umsatzsteuer im Geschäftsjahr 1951/52 zwar gestundet war, eine endgültige Befreiung von der Umsatzsteuer jedoch noch nicht ausgesprochen wurde. Ab 1. 1. 1953 muß die Umsatzsteuer monatlich in voller Höhe von 4% bezahlt werden.

Die Vermögensvermehrung von DM 3169,50 soll — genau wie die Allgemeine Rücklage — dazu dienen, die Anschaffungen für die neue Mensa im Studentenhaus zu bezahlen.

Zu den einzelnen Arbeitsgebieten

1) Förderung
Die Abteilung Förderung vergibt aus eigenen Mitteln Darlehen und Zuschüsse. Sie wirkt bei der Gewährung des Gebüh-

erlasses mit und ist in die Auszahlung staatlicher und kommunaler Mittel eingeschaltet.

a) Bundesmittel

Für die Soforthilfe, die jetzt durch den Lastenausgleich abgelöst worden ist, wurden im Rechnungsjahr 1951/52 DM 250 000,— und im folgenden Rechnungsjahr DM 304 150,— ausgegeben; für das Studentische Arbeitsprogramm DM 8000,—.

Die aus der Sowjetzone geflohenen Studierenden erhielten aus Mitteln des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen im Rechnungsjahr 1951/52 DM 1975,— und im folgenden DM 16 190,—. Diese Unterstützung ist neuerdings in die allgemeinen Vorschriften des Lastenausgleichs einbezogen.

b) Mittel des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt

Der allgemeine Zuschuß des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt beträgt rund DM 40 000,— jährlich.

Im Berichtsjahr erhielt das Studentenwerk von dem Regierungsbezirk Wiesbaden für dort beheimatete Studierende weitere DM 5000,—. Dieser Zuschuß ist neuerdings durch die Auflösung des Regierungsbezirkes in Fortfall gekommen. Der Minister für Erziehung und Volksbildung hat seitdem Mittel für die Förderung des Studiums begabter Kinder Minderbemittelter bereitgestellt, die etwa 20 Studierenden unserer Universität zugute kommen und pro Student etwa DM 75,— pro Monat betragen. Das Studentenwerk verhandelt z. Z. wegen einer weiteren Erhöhung des Zuschusses von Land und Stadt um DM 40 000,—, mit denen die Umsatzsteuer von jährlich DM 24 000,— und die Lohnerhöhungen ebenfalls rund DM 24 000,— abgefangen werden sollen. Die Stadt Frankfurt hat sich zur Zahlung eines erhöhten Zuschusses bereit erklärt, aber die Verhandlungen mit dem Land sind noch nicht abgeschlossen.

c) Sonstige Beihilfen

Die Landeszentralbank gewährt jährlich etwa DM 5000,— Stipendien für Studierende der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Der Fördererkreis des Studentenwerkes stiftet Beiträge von etwa DM 300,— pro Jahr.

An kurzfristigen Darlehen bis zu DM 300,— zinslos, mit Rückzahlungsfristen bis zu einem Jahr an bedürftige Studierende — besonders an Examenkandidaten — sind z. Z. ungefähr DM 30 000,— ausgegeben. Infolge der zusätzlichen Anforderungen durch die Umsatzsteuer und Lohnerhöhungen ist das Studentenwerk nicht mehr in der Lage, Barbeihilfen und Freitische in dem notwendigen Ausmaße zu vergeben. Der dafür ausgesetzte Betrag ist im Jahre 1953/54 auf weniger als die Hälfte des Vorjahres (1952/53: rund DM 40 000,—) gesunken.

Das Wohnungsamt

Der Gesamtbestand der beim Wohnungsamt des Studentenwerkes gemeldeten Zimmer beträgt noch etwa 1800, nimmt aber ständig ab.

Beratungsdienst

Mit Beginn des Sommersemesters 1953 hat das Studentenwerk kostenlos eine Steuer- und Rechtsberatung für Studierende eingerichtet; außerdem besorgt — unabhängig von der Studienberatung der Asta — ein Fachmann des Arbeitsamtes in seinen Räumen eine allgemeine Berufsberatung.

gez. Kath
Geschäftsführer

Kritik zur Bilanz

Die vorliegende Bilanz und die Gewinn- und Verlust-Rechnung des Studentenwerkes sind zwar anderthalb Jahre alt, aber doch wichtig, weil sie die ersten überhaupt sind, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Auch ist seit dem Tage ihrer Erstellung ein anderer verantwortlicher Vorstand berufen worden, es wurden ein neuer Geschäftsführer und Mensaleiter engagiert, das Studentenwerk erhielt — nach immerhin fast 7 Jahren — eine feste Rechtsform, und schließlich sind viele Neuerungen und Veränderungen zu berücksichtigen, die erst die noch zu erwartende Bilanz des letzten Geschäftsjahres ausweisen kann. Trotzdem halten wir es für notwendig, auf diese Bilanz näher einzugehen, weil sie Posten enthält, die fortwirken, indem sie den Finanzierungsplan auch der folgenden Jahre wesentlich beeinflussen.

Gut 2/3 der Bilanzsumme nehmen das Gebäude und die Einrichtungsgegenstände der Mediziner-Mensa in Anspruch. Die Rentabilität dieser Einrichtung wurde aber am Bilanzstichtag so gering beurteilt, daß die alte Geschäftsführung Rückstellungen von rund DM 40 000,— für notwendig erachtete, um das erwartete Defizit für die kommenden 3 Jahre aufzufangen.

Diese alarmierende Mitteilung wirft die Frage auf, ob die Erstellung und der Betrieb dieser Mensa nicht die Finanzkapazität des Studentenwerkes übersteigen.

Der Aufbau dieses Gebäudes erfolgte mit Spenden, zweckgebundenen Mitteln, sowie Beträgen aus dem Sozialfonds der Studentenschaft, zu einer Zeit, als die Zahl der Medizinstudenten noch ca. 1600 betrug, im Gegensatz zu den knapp 700 von heute. Die Notwendigkeit dieser Mensa, die außerdem für die Studierenden der einzige Aufenthaltsraum im Gelände des Städtischen Krankenhauses ist, war und bleibt unbestritten. Trotz aller Sparmaßnahmen würde sie aber immer erhebliche Zuschüsse beanspruchen. Die ungünstige Lage in der äußersten Ecke des Krankenhausgeländes (siehe Plan auf der Rückseite der Zeitung) — den Standort zwischen Lungenstation und Anatomie empfinden die Mediziner allerdings nicht als störend — hält die große Anzahl der sonstigen Krankenhausangestellten fern und vereitelt auch eine Erschließung für Passanten und andere Gäste; Geld erbringt das Gebäude also nur in der kurzen Essenszeit der Medizinstudenten. Weiterhin besteht keine Wahrscheinlichkeit, daß

in absehbarer Zeit wieder ein Anwachsen von medizinischen Hörern zu verzeichnen sein wird, so daß nicht einmal die berechnete Kapazität genügend ausgenutzt wird.

So ist es verständlich, daß der Vorstand des Studentenwerkes inzwischen die Verpachtung der Mensa beschlossen hat. Ob angesichts der genannten wirtschaftlichen Nachteile allerdings ein Pächter gefunden werden kann, der — mit der Auflage, auch weiterhin ein für Studenten erschwingliches und zufriedenstellendes Essen auszugeben — Miete, Abschreibung und (als Privatunternehmer) noch Gewinn herauswirtschaften kann, erscheint aber mehr als fraglich.

Die Frage, ob die Kosten der Medizinermensa neben ähnlichen für das Studentenhaus vertreten sind, ist zu bejahen. Denn letztlich haben die Mediziner doch relativ wenig Nutzen von den meisten Einrichtungen unseres Studentenhauses. Nur die ersten Semester kommen zu einigen Vorlesungen in das Hauptgebäude der Universität und damit ins Studentenhaus. Für die Folgezeit liegen ihre Studien- und Arbeitsplätze, wie auch oft ihre Wohnung, in zu weiter Entfernung vom Studentenhaus, als daß sich ein regelmäßiger Besuch der hier stattfindenden Veranstaltungen lohnte. Auch die Einrichtungen dieses Hauses, Friseur, Bäder, Wäscherei etc. kommen ihnen kaum zugute. Die Mediziner-Mensa kann zwar hierfür auch keinen Ersatz bieten; aber sie übernimmt doch wenigstens eine wichtige Funktion des Stu-



dentenhauses, wenn sie über die normale Essenszeit hinaus geöffnet bleibt.

Wie, wenn man also in Zukunft die von den Medizinstudenten mit den Sozialgebühren aufbrachten DM 2,50, die jeder Studierende für die Verwaltung des Studentenhauses bezahlt, für dieses zuschlußbedürftige „Studentenhaus der Mediziner“ abzweigt?

Diese Summe — im Zusammenwirken mit vernünftigen Einsparungsmaßnahmen — könnte die Habenseite der kommenden Gewinn- und Verlust-Rechnung spürbar aufbessern. ggr.

Modernisierung unserer Universität

Nicht nur der Wiederaufbau sondern auch die Modernisierung unserer Universität ist äußerlich sichtbar, und wir freuen uns darüber besonders dann, wenn wir uns keine Gedanken über die „innere Modernisierung“ der Hochburg des Geistes machen.

Man hat sich inzwischen daran gewöhnt, daß moderne Bauten einen Fahrstuhl haben. So ist es nichts Außergewöhnliches, wenn auch unsere Universität diesen Höhenförderer — neuerdings sogar zwei — besitzt. Doch ach, jetzt scheint die Modernisierung einen Sprung zu haben — nur die „Hohen . . .“ der Hochburg des Geistes dürfen diese Errungenschaft moderner Technik in Anspruch nehmen, der Student schaut zu, bleibt draußen und denkt für sich: Klassifizierung auch in den Mauern, wo ein freier Geist erzogen werden soll. Gewiß, die Beine der Studenten sind jung und die der Studentinnen gelegentlich auch wohlgeformt und die inneren Organe reagieren meist auch noch normal, aber in den 5. oder gar 6. Stock per pedes zu steigen, ist auch nicht gerade angenehm. Als es nur einen Fahrstuhl gab in unserer Universität und dieser reserviert war für Professoren, Dozenten und Körperbehinderte, ist jeder Student ohne jegliche Empörung per pedes auf den Olymp gestiegen. Doch jetzt rebelliert etwas in ihm, da er die Notwendigkeit nicht einzusehen vermag und darin eine Spannung erkennt. Und dabei liegt bei dem Studenten wirklich kein Ressentiment vor, er ist ganz objektiv gegen jegliche Klassifizierung.

Und wie „förderlich“ könnte dieser Höhenbeförderer für den persönlichen Kontakt zwischen Professor und Student gelegentlich einmal sein. Man steht zusammen in der schmalen Zelle, muß gezwungenermaßen einige Worte wechseln, da man ja nicht immer in denselben Stock fährt, trifft sich zufällig ein zweites und drittes Mal und stellt fest, der Herr Professor ist eigentlich doch ein sehr sympathischer alter Herr, wenn man mit ihm so „nahe“ in Berührung kommt. Und vielleicht denkt der Professor, der Student gefällt mir ganz gut, unsere heutige Jugend ist wohl doch noch nicht so verroht, so ohne gute Kinderstube, wenn der Student ihm bescheiden die Türe öffnet.

Aber den Studenten empört nicht nur, daß der Fahrstuhl ein Medium zur Spaltung darstellt, sondern vielmehr, daß die „Rationalisierung“ innerhalb unseres Betriebes für die meisten gar keinen Vorteil bringen soll.

Ingelore Winter

Juristische Fachbuchhandlung

stellt Leseraum allen Studenten kostenlos zur Verfügung

HERMANN SACK
Frankfurt am Main

jetzt: Friedberger Landstr. 27, in nächster Nähe des Gerichts

Die Bedienung im Fachgeschäft ist immer die beste

Über Forschungen und Fortschritte auf den Gebieten der Naturwissenschaft, Medizin und Technik berichtet

DIE UMSCHAU
IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Originalartikel führender Fachleute aus aller Welt, Kurzberichte und Veröffentlichungen aus zahlreichen Fachzeitschriften des In- und Auslandes bilden den Inhalt der Zeitschrift, die in nahezu 50 Ländern der Erde gelesen wird.

Preis des Einzelheftes im Jahresabonnement DM 1,65, bei kürzerer Bezugsdauer DM 1,75.

Fordern Sie bitte kostenloses Probeheft unter Hinweis auf diese Anzeige vom

UMSCHAU VERLAG  **FRANKFURT AM MAIN**
STUTTGARTER STR. 20-22

1868 **85 Jahre** 1953

Die Buchhandlung für den Mediziner

JOHANNES ALT
Fachbuchhandlung und Antiquariat für Medizin und Naturwissenschaften

FRANKFURT A. M.-SÜD 10
Gartenstraße 134 · Telefon 61993

Jetzt wieder in den erweiterten Geschäftsräumen Gartenstr. 134, Haltestelle Hippodrom, in der Nähe der Universitätsklinik

Die Funktion der Haut

von Oskar Gans

Ich komme zum Ende meines Berichtes: Pathologische Reaktionen im Bindegewebe scheinen mit einem Oedem der Gefäßwände zu beginnen, welches immer verbunden ist mit einer mehr oder weniger ausgeprägten Erweiterung der kleinen Blut- und Lymphgefäße. Dieser Prozeß wird begleitet von einer zellulären, in der Hauptsache perivascularären Infiltration von verschiedener Stärke.

Funktionelle und insbesondere Stoffwechseleränderungen haben höchst wahrscheinlich schon lange vorher bestanden, ehe ihre Wirkung unter dem Mikroskop mit den gewöhnlichen Färbungsmethoden morphologisch sichtbar wird. Diese Vorstellung gestattet uns, die Widersprüche zu verstehen, welche die Resultate der Untersuchungen der verschiedenen Histochemiker und Histopathologen ergeben haben, Widersprüche, die andererseits nur sehr schwer erklärt werden können.

Fibrinoide Degeneration des Bindegewebes ist das Ergebnis von Quellung und chemischen Veränderungen der Grundsubstanz. Möglicherweise sind diese Veränderungen auf die Praecipitation der sauren Mucopolysaccharide zurückzuführen. Es findet sich eine beträchtliche Vermehrung in der Menge der Hyaluronsäure im Corium und oft geht diese parallel der Zahl der Mastzellen. Im Verlaufe des pathologischen Prozesses werden die kollagenen Fasern homogenisiert und brüchig, aber es ist noch nicht klar, wie diese Degeneration stattfindet. Die kollagenen Bündel verlieren ihre Acidophilie, obwohl sie morphologisch noch intakt erscheinen: sie werden basophil. Diese Änderung in der chemischen Reaktion scheint darauf zurückzuführen zu sein, daß die Grundsubstanz die kollagenen Fasern durchtränkt (imbibiert) oder umschlossen hat. Soweit elektronenmikroskopische Untersuchungen gezeigt haben, findet sich keine pathologische Veränderung in den kollagenen Fasern. Die Ansicht, daß „Kollagen“ keine „lebende“ Substanz sei, gewinnt damit eine Stütze. Wenn jedoch die Kollagen-Faser keine lebende Substanz ist, muß man dann nicht die Frage aufwerfen: kann die Kollagen-Faser überhaupt „erkranken“?

Die Grundsubstanz erscheint wie zu großen Klumpen coaguliert, aber es ist auf den elektronenmikroskopischen Photographien keine charakteristische Morphologie zu sehen. Bis heute ist es unmöglich gewesen, irgendwelche Veränderungen durch das Elektronenmikroskop genauer zu analysieren.

Wir dürfen daher annehmen, daß in einer Gruppe von Krankheiten pathologische Veränderungen des Bindegewebes von großer, wenn auch nicht von primärer Wichtigkeit sind. Die betreffenden Krankheiten stehen als Krankheits-Einheiten (entité morbide) zu Recht. Ihre Isolierung, Einzeldarstellung und gesonderte Betrachtung ist möglicherweise mehr

gerechtfertigt als je vorher. Es scheint uns jedoch, daß die kollagene Faser und Fibrille an dem Prozeß primär nicht beteiligt ist. Wenn man sich auf die Elektronenmikroskopie verlassen darf, dann erscheint kein erkranktes Kollagen; es scheint vielmehr Bindegewebszelle und Grundsubstanz zu sein, auf welche wir unsere Aufmerksamkeit in Zukunft zu richten haben.

Es ist kaum notwendig, darauf hinzuweisen, daß wir weder die Ursachen dieser Veränderungen in der Grundsubstanz kennen, noch die Ursachen der Veränderungen um die kollagenen Fasern. Wir wissen weder das „Wie“ — noch das „Warum“.

Lymphocyten, Fibrocyten, Grundsubstanz, kollagene Fibrillen, Blut- und Lymphgefäße sind eine eng und intim integrierte physio-pathologische Einheit. Diese „Einheit“, mit der wir es beim Bindegewebesystem zu tun haben, macht es mehr als wahrscheinlich, daß an irgendeiner Veränderung alle seine Komponenten teilnehmen werden. Es scheint sich eine bisher noch wenig scharf umgrenzte Auffassung durchzusetzen, die ein komplexes Zusammenspiel von Hormonen, Vitaminen und peripheren Gefäßveränderungen einschließt, in welchem die höher spezialisierten Zellen wie Lymphocyten, schon frühe und auffallende Veränderungen zeigen, während die Veränderungen der Fibroblasten, der Fasern und der Grundsubstanz nur allmählich ausgelöst werden.“ (Long.)

Sie ersehen, daß wir kaum angefangen haben, die Tatsachen, die wir über das normale Bindegewebe kennen, auf die pathologischen Veränderungen zu übertragen. Neue Tatsachen haben sich dabei ergeben. Zur Zeit sind dies lediglich einzeln stehende Beobachtungen, noch nicht geeignet, eine endgültige Vorstellung zu bilden.

Ich habe Ihnen über die Struktur eines Gewebes berichtet, das zu den banalsten Geweben zu gehören scheint, die wir kennen. Denn was wäre oberflächlicher und daher bekannter als die Haut. Und doch haben Sie mit mir beobachten können, wie in diesem scheinbar so banalen Gewebe Geheimnisse verborgen sind, von denen die ersten Schleier soeben erst gelüftet werden konnten. Geheimnisse, welche mit der Frage nach einem lebenden oder nicht lebenden Gewebe — den kollagenen Fasern — an die Frage von Leben und Tod und damit an die letzten Grundfragen der Biologie heranreichen.

Wir scheinen mit den in Ketten angeordneten Polypeptidmolekülen nahezu die Grenzen dessen erreicht zu haben, was heute in der Struktur der Lederhaut erkennbar ist. Wir wollen uns daher für den Augenblick bescheiden, indem wir uns erinnern an die Worte Goethes: „Das schönste Glück der denkenden Menschen ist, das Erforschliche erforscht zu haben und das Unerforschliche ruhig zu verehren.“

Es ist das Vorrecht dessen, der die Ehre hat, an die Spitze einer Universität als ihr Rector magnificus gestellt zu sein, der gewissermaßen bis an das Herz der Universität vorgedrungen ist und den Pulsschlag ihres geistigen und auch körperlichen Lebens dauernd unter seinen beobachtenden Fingern halten soll, es ist sein Vorrecht, am Tage der Übernahme seines hohen Amtes einen wissenschaftlichen Bericht aus seinem Fachgebiet zu geben. Er hat das Recht, über das zu sprechen, was ihm am nächsten liegt, und was wäre dem Dermatologen näher als das Derma.

Die Haut besteht bekanntlich aus einem epidermalen und einem bindegewebigen Anteil. Heute möchte ich mich lediglich mit dem letzteren beschäftigen. Er scheint etwas ganz Bekanntes zu sein, etwas, womit wir täglich in Berührung kommen. Und doch ist dieses bekannte Gewebe, nämlich Leder — wie wir sehen werden — eine der großen Unbekannten. Es birgt der Rätsel noch genug. Seit Paul Gerson Unna's grundlegenden Forschungen vor etwa 75 Jahren — mit Farben und mit Färbungen begonnen — können wir unter dem Lichtmikroskop im Bindegewebe eine Reihe von normalen und pathologischen Bildern unterscheiden, aber wir wissen nicht, was diese sind, noch was sie eigentlich bedeuten.

Jedoch haben während der letzten Dekade unsere Kenntnisse von den Veränderungen des Bindegewebes sich sehr vermehrt durch die Anwendung von ganz verschiedenen Methoden der Grundlagenforschung. Vor allem die Elektronenmikroskopie, Ultraviolett-, Infrarot- und Röntgenmikroskopie, Gewebeskultur, Elektrophorese, Ultrazentrifuge, Doppelbrechung, Viskosität, Di-Elektrizitätskonstante, thermodynamische und thermoelastische Methoden haben uns geholfen. Die Pathologische Anatomie beginnt eben erst die Resultate dieser Forschung für das Verständnis problematischer Bedingungen in der Morphologie sowohl als auch in der klinischen Pathologie heranzuziehen.

Die Bezeichnung „Bindegewebe“, besser: verbindende Gewebe — „connective tissue“ — bedeutet a priori lediglich eine mechanische Funktion. Das Bindegewebe wird seit Hueck allgemein mit einem Schwamm verglichen, dessen Gerüst dem Bindegewebe entspricht, während in den Maschen Blut- und Lymphgefäße verlaufen. Es besteht aus Zellen und Interzellular-Substanzen, diese letzteren aus kollagenen und elastischen Fasern und einer homogenen Grundsubstanz. Mein Bericht hat sich daher zu beschäftigen mit den Fibrocyten, die soweit bekannt von Fibroblasten stammen, der homogenen, amorphen Grund- oder Kittsubstanz und den kollagenen Bindegewebsfibrillen und -fasern, sowie deren „Zusammenleben“. Wiederholungen sind dabei nicht immer zu vermeiden. Die Entwicklung der kollagenen Fasern und Fibrillen ist immer noch umstritten. Jedoch niemand bezweifelt heutzutage, daß das Bindegewebe unseres Körpers eine lebende Einheit darstellt.

1. Die Fibroblasten und die Fibrocyten

Seit Kölliker (1861) herrschte die Meinung, daß die Interzellular- oder Grundsubstanzen von den Fibroblasten gebildet werden. Die Art der Faserbildung sowie die Natur und der Ort der Entstehung homogener Grundsubstanz sind schon von Kölliker klar als die Hauptprobleme erkannt worden; sie lassen auch heute noch eine einheitliche Klärung vermissen. Neuere Experimente (Porter und Vanamme u. a.) mit Gewebeskulturen beweisen die kollagene Natur dieser Fibrillen, jedoch ist die Rolle der Fibroblasten bei der Bildung dieser kollagenen Fasern auch heute noch nicht endgültig entschieden.

Auf der einen Seite glaubt man, daß das faserige Gewebe aus Plasmaklumpen entstehe durch einfache mechanische Faktoren ohne irgendeine zelluläre Aktion, während andere den fibrillenformenden Prozeß als das Ergebnis eines direkten Zwischenspieles zwischen Zelle und dem umgebenden Plasma, d. h. der Interzellularsubstanz, ansehen. Die Bildung der kollagenen Fasern scheint in der Hauptsache von der Gegenwart von Ascorbin-Säure abhängig, denn sie wird durch die Zugabe von Ascorbin-Säure zum Kulturmedium gefördert. Daneben sind normale Fibroblasten und eine adäquate Menge homogener Grundsubstanz von richtiger chemischer und physikalisch-chemischer Zusammensetzung von überragender Wichtigkeit.

Physikalisch-chemische Betrachtungen führten zu der Annahme, daß die Kollagen-Faser durch Umwandlung der kollagenen Grundsubstanz von einem Sol in ein Gel entstehen kann. 1932 konnte ich darauf hinweisen, daß bei diesem Vorgang sich höchstwahrscheinlich nicht echte chemische Reaktionen, sondern physikalisch-chemische Zustandsänderungen abspielen. Diese Ansicht hat seitdem für bestimmte Vorstellungen der pathologischen Anatomie sehr an Wichtigkeit gewonnen. Insbesondere Rössle stellte die Theorie auf, daß die kollagenen Fasern ohne Zwischenwirkung von Bindegewebszellen im tierischen Körper direkt aus der Grundsubstanz, d. h. aus flüssigen Protein-Verbindungen entstehen könnten. Jüngste Befunde scheinen diese Möglichkeit der Faserformation durch Ereignisse, welche außerhalb der Bindegewebszellen stattfinden, zu stützen. Es sind dies Untersuchungen der Struktur der kollagenen Fasern mit dem Elektronenmikroskop, sowie auch die Erkenntnis der rein chemischen Entwicklungsmöglichkeit von kollagenen Fasern aus Polypeptidketten. Diese Feststellungen gestatten jedoch nicht, endgültig die uns hier beschäftigende Frage zu entscheiden, ob und welche Rolle die Bindegewebszellen dabei spielen. Dies bleibt weiterer Forschung vorbehalten.

2. a) Die Grundsubstanz

Die Grundsubstanz besteht chemisch aus Mucopolysacchariden und Proteinen. Über die Proteine ist sehr wenig bekannt. Die Mucopolysaccharide bestehen hauptsächlich aus Hyaluronsäure, aus Chondroitin- und Mucoitin-Schwefelsäure. In erster Linie ist es die Hyaluronsäure, welche der Grundsubstanz ihren viskösen Charakter verleiht und welche die Bedingungen der Permeabilität des Bindegewebes kontrolliert.

Die Identifizierung der Hyaluronsäure im Gewebe ist möglich durch Färbung der Gewebepolysaccharide mit der Methode von Hotchkiss oder von Hale und mit metachromatischer Färbung mit Toluidinblau.

Ebenso wichtig ist sowohl das Vorkommen als auch der Einfluß depolymerisierender Enzyme (Hyaluronidasen) eines spezifischen Inhibitors und einer nicht spezifischen Antihyaluronidase. Die Rolle derartiger Inhibitoren ist unter normalen und abnormen Bedingungen an Bedeutung gleich der der Hyaluronidase.

Weitere Untersuchungen haben die Wirkung von Hormonen sowohl auf die Wasserbindungsfähigkeit als auch die Neubildung von Bindegewebe gezeigt. Es scheint, daß die Nebennieren und die Gonaden daran den größten Anteil nehmen. Die Entwicklung von Granulationsgewebe bei der Wundheilung wird in Menge erheblich vermehrt durch Hinzufügen von Desoxycorticosteron-Acetat. Die Umwandlung von Fibroblasten in Fibrocyten wird jedoch verzögert, ebenso die Bildung von kollagenen Fasern.

Es ist von großem Interesse zu wissen, daß auch die Menge von Hyaluronsäure möglicherweise dem Einfluß von Hormonen unterworfen ist. Einige Hormone verringern und andere vermehren die Permeabilität der Grundsubstanz. Es wird heute zutage allgemein angenommen, daß die Hyaluronidase mit dem sogenannten „spreading-factor“ von Duran-Reynals identisch ist.

Der „spreading-factor“ oder Diffusionsfactor, der in Schlangen-, Spinnen- und Bienengift und in gewissen Bakterien gefunden wird, erleichtert den Durchtritt von lebenden oder toten Partikelchen durch das Bindegewebe der Haut. Aus Testikeln kann ein Enzym gewonnen werden, welches Hyaluronsäure ebenso wie Chondroitinschwefelsäure hydrolysiert.

Die menschliche Haut enthält wahrscheinlich die meiste Hyaluronidase des ganzen Körpers, obwohl im allgemeinen in einer inaktiven Form. Sie kann teilnehmen an der Regulierung der Geschwindigkeit des Wasser- und Stoffaustausches, in dem sie die Viskosität der Bindegewebsmassen modifiziert. Die „spreading-Wirkung“ der Hyaluronidase wird bewirkt durch die Entfernung von Gewebsschranken gegen die Diffusion von Flüssigkeiten. Man glaubt, daß diese Schranke ein Hyaluronat ist, welches sich in der Grundsubstanz des Bindegewebes befindet. Es wird durch Enzyme depolymerisiert und hydrolysiert in Glucuronsäure und n-Acetyl-Glucosamine. Chondroitin-Schwefelsäure kann ebenfalls durch Enzyme gespalten werden, wobei Schwefelsäure frei wird. Alles, was diese Beobachtungen bisher zu erklären erlauben, ist, daß die Ablagerung von Mucopolysacchariden unter hormonaler Kontrolle steht.

Es ist bisher jedoch noch kein entscheidender Beweis erbracht worden für die Annahme, daß die Mucopolysaccharide von den Fibroblasten gebildet werden.

Störung der zellulären Enzym-Tätigkeit im Gewebe kann eine abnorme Veränderung der Grundsubstanz hervorrufen. Pepsin, Pangestin, Trypsin entfernen die Grundsubstanz aus der Haut und dasselbe tut Kollagenase. Der Wirkungsmechanismus dieser Kollagenase ist noch nicht bekannt, während Pepsin, Pangestin und Trypsin wahrscheinlich die Proteinkomponente der Grundsubstanz verdauen und dadurch die Mucopolysaccharide freisetzen. (Gersh und Catchpole, 1949.)

Die Frage nun, wie Kollagenase auf Kollagen wirkt, ist noch nicht ganz geklärt. Gersh und Catchpole fanden, daß Kollagenase auf gereinigtes Kollagen keine Wirkung hat. Sie glauben vielmehr, daß die Kittsubstanz in wasserlösliche Einheiten depolymerisiert wird.

1946 demonstrierte McManus mukoide Substanzen, die sich rot färben, wenn sie mit Perjodsäure und reduziertem Fuchsin behandelt werden. Einige Autoren glauben, mit der McManus-Färbung ein Glycoprotein-Granulat sowie eine Secretion von Grundsubstanz aus den Fibroblasten gefunden zu haben. McManus geht nicht so weit, er behauptet nur, daß es durch seine Methode möglich sei, Kohlehydrate chemisch zu identifizieren.

Es sei ferner auf die sehr wichtige Tatsache der Variation in der Färbbarkeit des gleichen Gewebematerials hingewiesen, bevor und nachdem es in Wasser extrahiert worden ist. Diese Differenzen können nicht auf chemisch verschiedenen Substanzen beruhen, sie sind wahrscheinlich auf Veränderungen der Polymerisation der Glycoproteine der Grundsubstanz zurückzuführen. Jedoch ist weder die chemische Natur der Grundsubstanz noch der Ort, an dem sie steht, genügend geklärt.

Mit der McManus-Färbung konnten Stoughton und Wells in der normalen menschlichen Haut an der Epidermis-Cutisgrenze ein dichtes homogenes dünnes regelmäßig geformtes lebhaft rot gefärbtes Band darstellen, das einer mehr oder weniger amorphen Substanz entsprach. Diese Beobachtung weist darauf hin, daß die chemische Zusammensetzung des normalen Bindegewebes unmittelbar unter der Epidermis verschieden ist von der chemischen Zusammensetzung des Restes des Coriums insofern, als dieses subepidermale Band große Mengen von Polysacchariden enthält.

Diese McManus-positiv gefärbten Polysaccharide werden nicht durch Hyaluronidase angegriffen, d. h. sie bestehen nicht aus Hyaluronsäure. Das mit der McManus-Färbung sichtbar werdende Material ist weder Glycogen noch ein extrahierbares Glycoprotein. Man nimmt an, daß diese Polysaccharide ein integraler Teil der interfibrillären Grundsubstanz des Bindegewebes sind.

Diese bei weitem nicht vollständige Übersicht möge genügen, um zu beweisen, wie kompliziert die chemische Natur der Grundsubstanz ist und wie kompliziert die physiologischen Faktoren sind, die dabei eine Rolle spielen. Die Situation wird noch dunkler, wenn der Histo-Pathologe versucht, diese Kenntnisse auf die Überprüfung pathologisch veränderten Bindegewebes und die durch dieses gekennzeichneten Krankheiten anzuwenden. Wie Klempere sich ausdrückt „man merkt bald, daß gewisse grundsätzliche Probleme über die Natur und den Ursprung der homogenen Grundsubstanz heute noch genau so unklar sind wie in den Tagen von Kölliker“.

2. b) Die kollagenen Fasern

In die organische Grundsubstanz sind die kollagenen Fasern eingebettet. Diese bestehen aus Fibrillen von 0,2 bis 0,5 M Dicke. Chemisch bestehen sie aus etwa 75% Wasser und sog. Skleroproteinen. Sie enthalten keine aromatischen Amino-Säuren. Die Proteine sind verdaulich in saurer Pepsin- und Trypsin-Lösung. Jedoch ist dieses nur so lange möglich, wie die kollagene Faser jung ist; die älteren Fasern sind gegenüber der Trypsin-Verdauung resistent und zeigen Doppelbrechung (Hegemann, Nickel und Tischler). Dies glauben die Autoren zurückführen zu dürfen auf physikalisch-chemische Veränderungen in den Polypeptidketten. Unter dem Elektronenmikroskop zeigen jedoch sowohl junge, sowie reife und alternde Kollagenfasern dieselbe Struktur (s. u.) und die Polypeptidketten wurden unverändert gefunden. Ich komme darauf noch zurück.

Das Röntgen-Diagramm der Kollagenfaser zeigt ein dreidimensionales Raunggitter, das aus Molekularketten aufgebaut ist. Diese Moleküle sind eben jene Polypeptidmoleküle und die Molekularketten sind Polypeptidketten, mit anderen Worten: Wie die Kollagenfasern aus Fibrillen bestehen, so bestehen die Fibrillen aus Molekularketten. Die laterale Entfernung dieser Polypeptidketten hat man in der lufttrockenen Faser berechnet als von 4,4 zu 11,5 Angström. Ihren Widerstand gegenüber Extension verdanken die Fibrillen der Stabilität der primären Valenzen (Hauptvalenzen) der Polypeptidketten.

Neben dem Röntgendiagramm hat auch die Doppelbrechung bewiesen, daß die kollagenen Fibrillen eine raunggitterartige Struktur haben ähnlich der Elementar-Struktur unregelmäßiger Kristalle. Daher hat man die Entwicklung dieser Fibrillen mit denen der Kristallbildung verglichen. Wenn man vorstehenden Vergleich annehmen darf, dann kann man kollagene Fibrillen nicht als lebende Masse betrachten. Ich komme auf diese wichtige Frage später nochmals zurück.

Dem Elektronenmikroskop verdanken wir auch noch andere Kenntnisse der Ultrastruktur der kollagenen Fasern. Wenn diese Fasern aufgebrochen oder geschwollen sind, geben sie das Bild eines aufgefasernten Carnes, das in immer feinere Fasern (Fibrillen) zerfällt. Diese sind in ihrer ganzen Länge aus scheiben- oder kugelförmigen, wie auf einer Schnur aufgereihten, dicht aneinandergelagerten Körperchen zusammengesetzt. Damit sind wir zwar an der molekularen Struktur einer kollagenen Fibrille, aber noch nicht am Ende unserer Kenntnisse gelangt. Weitere Untersuchungen bei stärksten Vergrößerungen (50 000) haben gezeigt, daß auch diese Bänder einen komplizierten, noch nicht völlig aufgeklärten Bau besitzen.

Wolpers zeigte in den Kollagen-Fibrillen eine dunklere D-Scheibe und eine hellere H-Scheibe, die einander in regelmäßigen Abständen folgen. Zwischen zwei dunklere Delta-Scheiben eingebettet liegt eine lichtere Gamma-Scheibe. Der

Querdurchmesser der feinsten kollagenen Fibrillen wurde von Wolpers zwischen 200 A und 2500 A, von Gross und Schmitt zwischen 700 und 1400 A gemessen, im Mittel 1000 A. Die Querscheiben betragen nach diesen Autoren 500 bis 800 A, im Mittel 640 A. Diese 640 A entsprechen der Länge eines Kettenmoleküls.

Gross und Mitarbeiter konnten in strukturlosen, aus macerierter menschlicher Haut gewonnenen Massen nach Konzentration durch Dialyse eine Faserstruktur sichtbar machen. Sie war elektronenmikroskopisch den kollagenen Fasern ähnlich aufgebaut.

Die Bildung von kollagenen Fibrillen ist auch in Gewebekulturen mit dem Elektronenmikroskop untersucht worden. Man konnte die Entstehung von Fasereinheiten beobachten. Diese hatten einen Durchmesser von gewöhnlich weniger als 500 A. Diese Fasern waren alle gestreift oder in Bändern angelegt. Die Fasern, die man im Lichtmikroskop beobachten kann, sind aus einer verschiedenen Zahl von solchen Fasereinheiten zusammengesetzt. Beobachtet wurden auch viele schlanke Fäden oder Protofibrillen von 50—100 A im Durchmesser. Die „Protofibrillen“ stellen vermutlich die primäre Association von kollagenen Makromolekülen dar.

Diese Fasereinheiten werden nicht von den Zellen gesponnen, sie scheinen vielmehr geformt zu werden durch laterale Anlagerung von mehreren Protofibrillen sowie eine fortschreitende Ablagerung von molekularen Kollagenen an ihrer Oberfläche.

Diese Beobachtungen scheinen die Auffassung zu unterstützen, daß Faserstrukturen aus strukturlosen Substanzen entstehen können, ohne daß dabei Zellen aktiv mitwirken. Dies würde beweisen, daß Doljanski und Roulet und später Rössle recht hatten, als sie die Möglichkeit der Entwicklung kollagener Fasern und Fibrillen ohne die Gegenwart von Bindegewebszellen betonten (s. o.).

Welche Veränderungen lassen sich nun mit diesen neuen Untersuchungsmethoden unter pathologischen Bedingungen nachweisen?

Änderungen in der Ph-Konzentration innerhalb physiologischer Grenzen haben einen antagonistischen Effekt auf die kollagenen Fibrillen auf der einen Seite und auf die amorphe Grundsubstanz auf der anderen. Durch einfaches Auswaschen kann die Grundsubstanz im Elektronenmikroskop in Gestalt von Klumpen sichtbar gemacht werden. Verlust von Wasser, das heißt Dehydrierung, kann zunächst zu Schrumpfung der Fibrillen, dann zu Wasserabsorption und Wasserbindung führen, das heißt zu Quellung der Grundsubstanz und Entquellung. Derselbe antagonistische Effekt wird verursacht durch Änderungen in der Salzkonzentration des Bindegewebes. Diese antagonistische Quellung (Schade) spielt eine wichtige Rolle in dem Wasseraustausch zwischen Blut, Bindegewebe und Parenchymzellen. Die Bedeutung derartiger Befunde erscheint selbstverständlich für den normalen Stoffwechsel sowohl als für den Verlauf der Entzündung (s. o.).

Inwieweit haben nun diese vielen Kenntnisse dazu beigetragen, das Verständnis der in Frage kommenden Erkrankungen zu fördern?

Die Diskussion über die Pathologie der geweblichen Struktur des Bindegewebes ist beherrscht worden von der fibrinoiden Umwandlung. Fibrinoid ist eine Bezeichnung, die ursprünglich von Neumann für kollagene Fasern gewählt wurde, die lichtmikroskopisch die Struktur und die färberischen Qualitäten von Fibrin angenommen haben. Er nahm an, daß dies zurückzuführen sei, entweder auf eine Imprägnation der intakten oder degenerierten kollagenen Fasern mit Fibrin, oder auf eine Desintegration der kollagenen Fasern ohne Hinzukommen der Fibrin-Imprägnation.

Fibrinoid Degeneration ist eine der Haupteigenschaften der hyperergischen Entzündung. Aber das beweist noch nicht, daß jede Krankheit, in welcher Herde von derart geschädigten Bindegewebes vorkommen, einen allergischen

Charakter haben muß. Es erscheint zu einfach, als Erklärung der fibrinoiden Degeneration immer nur einen allergischen Prozeß anzunehmen, zumal fibrinoid Degeneration des Bindegewebes bei ganz verschiedenen Bedingungen angetroffen wird, die auch nicht im entferntesten eine Beziehung zur Allergie haben.

Es sollte immer daran gedacht werden, daß — verglichen mit den vielen exogenen, ursächlichen Faktoren — die Möglichkeiten eines Gewebes zu reagieren verhältnismäßig beschränkt sind, so kann z. B. das Bindegewebe nur so reagieren, wie ein Bindegewebe fähig ist zu reagieren. Es kann völliger Nekrosis oder Degeneration anheimfallen, es kann mit zellulärer Proliferation und Infiltration reagieren oder es mag sclerosieren. Gewöhnlich ereignen sich mehrere dieser Veränderungen gleichzeitig, obwohl in verschiedenem Grade der Intensität. Derartige Veränderungen sind nicht spezifisch für irgendeine Art von Schädigung.

Vielfach wurde die Möglichkeit erörtert, ob eine Anzahl bis heute schlecht oder kaum verstandener Krankheiten eine gemeinsame primär am Bindegewebe angreifende Ursache haben, wie z. B. die Periarthritis nodosa, der dissem. L.e., die rheumatoide Arthritis, das rheumatische Fieber Henoch's und Schönlein's Purpura, einige Formen von Glomerulonephritis, Dermatomyositis und Sclerodermie. Nach allem, was heute berichtet wurde, erscheint es einleuchtend, daß diese Ansicht wenig Wahrscheinlichkeit für sich hat.

Die Anwendung der McManus-Färbung macht es augenscheinlich, daß der Desintegrationsprozeß des Bindegewebes, um nur ein Beispiel zu geben, beim Lupus erythematodes disseminatus und der Dermatomyositis ähnlich ist, daß er jedoch verschieden ist von der Sklerodermie, wenigstens soweit, als das hervorgeht aus der augenscheinlichen Vermehrung des polysacchariden Materials. Diese Vermehrung ist gewöhnlich mit einer Vermehrung eines Materials begleitet, das durch Elastica-Färbung sichtbar wird. Unna deutete diese Vermehrung an elastinähnlichem Material als eine Transformation des Kollagens in eine Substanz ähnlich dem Elastin. Er nannte dieses Produkt daher „Collastin“; nach Stoughton und Wells ist jedoch kein befriedigender Beweis für diese Ansicht Unna's gefunden worden und eine Erklärung für diese Erscheinung kann noch nicht gegeben werden.

Amerikanische Autoren demonstrierten mit dem Elektronenmikroskop, daß die Antigen-Antikörper-Reaktion morphologisch durch Mikroagglutination und Flockung gekennzeichnet ist. Beim Arthus-Phänomen findet diese Reaktion in der Grundsubstanz statt und führt, zusammen mit der fibrinösen Exsudation in das Gewebe zur Agglutination. Die amerikanischen Forscher betonen, daß grundsätzlich kein Unterschied besteht zwischen der fibrinoiden Veränderung beim Arthus-Phänomen und den Veränderungen in rheumatischen Knoten. Dieser Meinung schließt sich Wolpers 1951 an.

Lokale fibrinoid Kollagen-Schädigungen kommen jedoch auch in Veränderungen vor, bei denen der Mechanismus der Hypersensitivität ausgeschlossen werden konnte, wie z. B. beim peptischen Magengeschwür, bei einfachem Quetschen des lebenden Gewebes, beim experimentellen Hochdruck.

Diese Beobachtungen weisen darauf hin, daß eine augenscheinliche Ähnlichkeit im histologischen Bilde nicht die Identität der Gewebsveränderungen beweist und sicherlich nicht die Einheitlichkeit des Erkrankungsprozesses oder der Pathogenese. Baehr, Pollack und Klempere sind überzeugt, daß ein gemeinsamer Faktor (common denominator) existiert, die den auffallenden Veränderungen der extrazellulären Teile des Bindegewebes zugrunde liegt. Sie betrachten das Bindegewebe als den Sitz verschiedener Erkrankungen. Dieser Anschauung, daß in den Veränderungen des Bindegewebes das pathologische Substrat bei den verschiedenen erwähnten Erkrankungen zu suchen sei, dieser Ansicht kann man zustimmen, ich möchte sie jedoch dahin präzisieren: Veränderungen der Intercellularsubstanz und vielleicht auch der Fibroblasten.

derung erstreckt sich für a) Erdkunde auf Teilnahme an Lehr- ausflügen und Übungen im Entwerfen von Kartenskizzen; b) Physik auf Arbeiten im Laboratorium mit dem Ziel, wichtige Apparate und Arbeitsmethoden kennenzulernen und Erfahrung in der Ausführung messender und darstellender physikalischer Versuche zu gewinnen; c) Chemie auf Ausführung von praktischen Arbeiten und Unterrichtsversuchen sowie auf technologische Besichtigungen; d) Biologie auf Präparieren von Pflanzen und Tieren, die mikroskopische Technik einschließlich Mikroprojektion, Projektion, Filmvorführung, Photographieren, zeichnerische Wiedergabe selbstgefertigter Präparate, Teilnahme an Lehrausflügen.

Bewerber um die Lehrbefähigung in Leibbeserziehung müssen das Zeugnis über die bestandene Vorprüfung, sowie Bescheinigungen des Hochschulinstitutes für Leibbeserziehung über regelmäßige praktische Betätigung während ihres ganzen Studiums vorlegen.

Prüfungsgegenstände: für alle Bewerber Philosophie, Pädagogik und Politik in der allgemeinen Prüfung;

für die einzelnen Bewerber zwei bzw. drei der folgenden Unterrichtsfächer: Religion, Deutsch, Latein, Griechisch, Hebräisch, Englisch, Französisch, Geschichte, Erdkunde, Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Leibbeserziehung. Hebräisch ist bei Bewerbern, die zwei Lehrbefähigungen erstreben, nur zusätzlich möglich. Außerdem können als Zusatzfächer gewählt werden, soweit dafür Prüfende vorhanden sind: Philosophie, Pädagogik, Politik, Geschichte der Kunst des Mittelalters und der Neuzeit, Musikwissenschaft, Italienisch, Spanisch.

Schriftliche Arbeiten

Zur häuslichen Bearbeitung erhält der Bewerber als Hauptarbeit eine Aufgabe aus einem seiner wissenschaftlichen Fächer für die Oberstufe, als zweite Arbeit eine aus Philosophie, Pädagogik oder Politik nach seiner Wahl. Für die Anfertigung der Arbeiten wird eine Frist von vier Monaten gesetzt, die von der Zustellung der Aufgaben an rechnet. Auf einen spätestens vierzehn Tage vor Ablauf der Frist vorgelegten begründeten Antrag hin kann der Vorsitzende eine Nachfrist von sechs Wochen bewilligen. Weitere Verlängerung ist ausgeschlossen. Wird die Frist nicht eingehalten, so gilt die Prüfung als nicht bestanden. Weist der Bewerber jedoch nach, daß er die Frist ohne sein Verschulden versäumt hat, so werden ihm auf Antrag neue Aufgaben mit derselben Frist gestellt. Wird auch für diese Arbeiten die Frist versäumt, so gilt die Prüfung endgültig als nicht bestanden. Am Schluß jeder Arbeit hat der Bewerber zu versichern, daß er sie selbständig verfaßt und keine anderen Hilfsmittel als die angegebenen benutzt hat.

In jedem Fach ist vor der mündlichen Prüfung mindestens eine schriftliche Arbeit unter Aufsicht in höchstens vier Stunden anzufertigen. In den alten Sprachen ist die Übersetzung nebst sprachlicher und sachlicher Erläuterung eines fremdsprachigen Textes zu fordern. Eine Übersetzung aus dem Deutschen in die Fremdsprache darf nicht verlangt werden. In den neueren Sprachen ist die Aufgabe so zu stellen, daß ihre Bearbeitung die Fähigkeit des Bewerbers zeigt, sich in der Fremdsprache richtig auszudrücken. Diese Fähigkeit kann erwiesen werden durch eine Abhandlung oder eine Übersetzung in die Fremdsprache oder ein Diktat eines fremdsprachigen Textes, der in der Fremdsprache zu erläutern ist. Der Bewerber um die Lehrbefähigung in Physik für die Oberstufe muß außer der physikalischen eine zweite Aufgabe aus der Mathematik bearbeiten, falls er nicht auch die Lehrbefähigung in Mathematik erstrebt. Die schriftlichen Arbeiten unter Aufsicht sind in zwei Wochen im Zusammenhang mit der mündlichen Prüfung zu erledigen.

Wenn nach den schriftlichen Arbeiten eines Bewerbers bereits feststeht, daß ein ausreichendes Ergebnis der Prüfung nicht zu erwarten ist, so kann der Vorsitzende des wissenschaftlichen Prüfungsamtes ihn von der mündlichen Prüfung zurückzuweisen und die Prüfung für nicht bestanden erklären. Diese Entscheidung gilt auch dann, wenn der Bewerber seinen Rücktritt von der Prüfung erklärt. Der Vorsitzende muß den Bewerber auch dann von der mündlichen Prüfung zurückweisen und die Prüfung für nicht bestanden erklären, wenn sich nachträglich an der sittlichen Unbescholtenheit des Bewerbers begründete Zweifel ergeben haben.

Zur mündlichen Prüfung und den mit ihr verbundenen Arbeiten unter Aufsicht läßt der Vorsitzende des wissenschaftlichen Prüfungsamtes den Bewerber schriftlich ein. Kann der Bewerber zu dem angegebenen Zeitpunkt nicht erscheinen, so hat er dies unter Angabe der Gründe bis spätestens acht Tage vor der Prüfung dem Vorsitzenden zu melden. Der Vorsitzende entscheidet, ob die dargebrachten Gründe es rechtfertigen, den Zeitpunkt zu verschieben. Läßt der Bewerber den angesetzten Zeitpunkt ohne rechtzeitige Mitteilung verfallen, so ist die Prüfung für nicht bestanden zu erklären.

Die einzelnen Fächer der mündlichen Prüfung können auf mehrere Tage verteilt werden. Die gesamte mündliche Prüfung eines Bewerbers soll jedoch in einer Woche erledigt sein. Die Verteilung der Prüfung auf einen längeren Zeitraum ist nur auf Grund eines amtsärztlichen Zeugnisses zulässig. Die Gesamtprüfung muß in einem Monat beendet sein. Jeder Bewerber ist einzeln zu prüfen. Die Prüfungszeit für jedes Fach beträgt in der Regel eine Stunde, für die allgemeine Prüfung in Philosophie, Pädagogik und Politik 45 Minuten.

Das Ergebnis der Prüfung ist für jedes Fach unmittelbar nach jeder einzelnen mündlichen Prüfung auf Grund aller Unterlagen von den Prüfenden und den Beisitzern festzustellen und in einem der Urteile „sehr gut“ (1), „gut“ (2), „befriedigend“ (3), „ausreichend“ (4), „mangelhaft“ (5) und „ungenügend“ (6) zusammenzufassen. Das Gesamturteil der Prüfung ergibt sich aus den Ergebnissen der einzelnen Teilprüfungen und ist mit einer der Noten „mit Auszeichnung“ (1), „gut bestanden“ (2), „befriedigend bestanden“ (3) und „bestanden“ (4) zu bezeichnen. Hat der Bewerber die Prüfung bis auf ein Fach bestanden, so kann er innerhalb eines Jahres, vom Zeitpunkt der mündlichen Prüfung ab gerechnet, eine Ergänzungsprüfung in diesem Fach ablegen, ohne daß die Prüfung für nicht bestanden erklärt wird. Besteht der Bewerber die Ergänzungsprüfung nicht oder legt er sie nicht in der bezeichneten Zeit ab, so ist die Gesamtprüfung für nicht bestanden zu erklären. Die Ergänzungsprüfung kann nur einmal abgelegt werden. Ist die Gesamtprüfung nicht bestanden, so kann sie einmal vor dem wissenschaftlichen Prüfungsamt, vor dem die erste Prüfung abgelegt wurde, wiederholt werden. Für die Wiederholungsprüfung können die schriftlichen Hausarbeiten angerechnet werden. Auch sonst können ausreichende Leistungen der ersten Prüfung in den einzelnen Fächern berücksichtigt werden. Die Wiederholung muß spätestens zwei Jahre nach der ersten mündlichen Prüfung erfolgen.

Geistliche, die nach Ablegung aller zur Bekleidung ihres Amtes erforderlichen Prüfungen und nach Erlangung der Ordination oder Priesterweihe mindestens zwei Jahre in der Seelsorge oder im Schuldienst tätig waren, erhalten das Zeugnis über die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen, wenn sie in einer mündlichen Prüfung ihre Befähigung für den Religionsunterricht auf der Oberstufe und durch die schriftlichen Arbeiten unter Aufsicht sowie die mündliche Prüfung die Lehrbefähigung in einem Unterrichtshauptfach oder in zwei anderen Fächern nachweisen. Erstreben sie statt Religion ein anderes Fach für die Oberstufe, so haben sie dafür eine schriftliche Hausarbeit anzufertigen.

Die Gebühren betragen für die erste Prüfung und die Wiederholungsprüfung je 80,— DM, für jede Ergänzungs- und Erweiterungsprüfung 40,— DM. Für Verteilung der mündlichen Prüfung auf einen längeren als den vorgeschriebenen Zeitraum ist ein Zuschlag von 20,— DM für jedes Fach zu zahlen. Die Gebühren sind sofort bei der Meldung an die für das wissenschaftliche Prüfungsamt zuständige Kasse zu zahlen. Die Zulassung wird erst nach erfolgter Zahlung ausgesprochen. In Fällen besonderer Notlage kann der Vorsitzende Teilzahlung oder Stundung von Prüfungsgebühren bewilligen. Wird die Zulassung versagt, werden die eingezahlten Gebühren zurückerstattet. Tritt der Bewerber vor der mündlichen Prüfung zurück und weist nach, daß Krankheit oder außergewöhnliche Umstände ihn dazu zwingen, so ist ihm die Hälfte der gezahlten Gebühren zurückzuerstatten. In allen anderen Fällen bleiben die eingezahlten Gebühren verfallen, gleichviel, ob die Prüfung zu Ende geführt wird oder nicht.

(wird fortgesetzt)

Übersicht über die Prüfungsordnungen

der Fachrichtungen sämtlicher Fakultäten an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main

1. Fortsetzung

5. Betriebswirtschaftslehre: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, spezielle Betriebswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Volkswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

6. Fürsorgewesen: Fürsorgewesen, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Volkswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

7. Politik: Politik, allgemeine oder spezielle Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

8. Finanzwissenschaft: Finanzwissenschaft, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

9. Soziologie: Soziologie, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

10. Wirtschaftsgeschichte: Wirtschaftsgeschichte, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

Das vierte Prüfungsfach aus dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wird vom Kandidaten benannt. Ein fünftes Fach kann auch aus dem Gebiet einer anderen Fakultät mit Zustimmung der Fakultät gewählt werden.

Die Prüfer werden nach Maßgabe der von der Fakultät aufgestellten Richtlinien vom Dekan bestimmt.

Die mündliche Prüfung findet unter dem Vorsitz des Dekans statt. Die Prüfung gilt als nicht bestanden, wenn in einem der Prüfungsfächer die Leistungen „ungenügend“ sind.

Die Dissertation, die Ergebnisse der einzelnen mündlichen Prüfungen und die hieraus zu bildende Gesamtnote werden wie folgt beurteilt: summa cum laude = ausgezeichnet (1); magna cum laude = sehr gut (2); cum laude = gut (3); rite = genügend (4); nicht bestanden = ungenügend (5).

Der Bewerber hat seine Arbeit binnen Jahresfrist in einer von der Fakultät festgesetzten Anzahl von Exemplaren der Fakultät einzureichen. Die Ausfertigung des Diploms erfolgt nach der Einreichung der Pflichtexemplare. Mit der Ausfertigung des Doktordiploms ist der Bewerber berechtigt, den Doktorgrad zu führen.

Ist die Prüfung nicht bestanden, dann entscheidet die Fakultät, ob und nach welcher Frist sie wiederholt werden kann. Eine zweite Wiederholung ist nicht zulässig.

Wird der Kandidat zur Wiederholungsprüfung zugelassen, so kann die Dissertation- wenn sie mindestens „gut“ beurteilt war, wieder vorgelegt werden.

Neu zugelassen als Prüfungsfach ist Versicherungsbetriebslehre. Außerdem wird die Wahl von anderen Fächern als den in der Promotionsordnung genannten von Fall zu Fall auf Antrag genehmigt. Juristische Fächer sind bei der mündlichen Prüfung nicht zugelassen, es sei denn als fünftes Fach, ebenso Wirtschaftsenglisch und Wirtschaftsfranzösisch.

JURISTISCHE FAKULTÄT

Ziel der Ausbildung ist es, für die Rechtspflege und die öffentliche Verwaltung einen rechtskundigen Nachwuchs zu erziehen, der mit dem Gesetz als Mittel der Rechtsordnung für das friedliche Zusammenleben der Menschen in ihrer staatlichen und überstaatlichen Gemeinschaft vertraut, von der Erkenntnis der Unteilbarkeit der Rechtsordnung getragen und sich bewußt ist, daß die vollziehende und die rechtssprechende Gewalt im Namen des Volkes und für das Volk auszuüben sind.

Die erste rechtswissenschaftliche Staatsprüfung

Sie hat die Aufgabe, festzustellen, ob der Bewerber rechtswissenschaftlich soweit vorgebildet ist und soviel praktisches Verständnis besitzt, daß er für den Vorbereitungsdienst geeignet erscheint.

Vorbedingungen zur Zulassung zur ersten juristischen Staatsprüfung sind: Der Bewerber hat ein ordnungsmäßiges Studium der Rechte von mindestens 6 Halbjahren nachzuweisen. Er soll möglichst Vorlesungen über sämtliche Fächer, auf die sich die erste juristische Staatsprüfung erstreckt, be-

legt und muß an wenigstens 6 mit schriftlichen Arbeiten verbundenen Übungen aus verschiedenen Rechtsgebieten teilgenommen haben, darunter auch an einer Übung auf dem Gebiete des Staats- und Verwaltungsrechts. Der Minister der Justiz bestimmt im Einzelfalle, ob ein Halbjahr eines anderen Studiums anzurechnen ist und ob eine Kriegsgefangenenhochschule einer ausländischen Hochschule gleichzuachten ist.

Im Rahmen des ordnungsmäßigen Studiums der Rechte ist ein praktischer Ausbildungsdienst bei Gericht, der sich über mindestens 6 bis 8 Wochen erstreckt, für die Zulassung zur ersten juristischen Staatsprüfung erforderlich. Er soll möglichst vor dem Studium, spätestens bis zum 3. Semester während der Universitätsferien abgeleistet werden und gilt nur mit der Erteilung eines Zeugnisses über erfolgreiche Teilnahme als abgeschlossen. Sinn des Ausbildungsdienstes ist, dem Studenten einen Einblick in den Ablauf des Zivil- und Strafverfahrens sowie in die Einrichtungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu verschaffen.

Das Studium soll keine Fachausbildung in Gesetzeskunde, sondern ein wissenschaftliches Eindringen in das Recht, die Gesetzgebung und Rechtsprechung sein. Das Recht als überzeitliche und überstaatliche Kulturerscheinung muß im Mittelpunkt stehen. Es wird daher der allgemeinen Rechtslehre, der Rechtsphilosophie in Verbindung mit der allgemeinen Philosophie, der Rechtsgeschichte und der Rechtsvergleichung entscheidende Bedeutung beigemessen. Der Bewerber soll sich mit den Grundlehren der Rechtsphilosophie der Antike, des Mittelalters, der Neuzeit und der Gegenwart aus den Quellen vertraut gemacht haben. Außerdem wird von dem Bewerber eine ausreichende Kenntnis auf dem Gebiete der Volkswirtschaftslehre einschließlich der Finanzwissenschaft und auf dem Gebiet der politischen Geschichte Deutschlands und der Welt verlangt, so daß er einen Nachweis seines Wissens in bezug auf die geistesgeschichtlichen, soziologischen und wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart und ihre Grundlagen abgeben kann.

Der Bewerber kann sich bei dem Prüfungsamt melden, in dessen Bezirk seine Heimat ist oder er 2 Semester studiert hat.

Der Meldung sind beizufügen:

a) das Reifezeugnis einer deutschen höheren Lehranstalt, b) Bescheinigungen der Universitätsbehörden über die Vorlesungen, die der Bewerber belegt hat, c) die Abgangszeugnisse der Universitäten und ein Führungszeugnis der letzten Universität, wenn der Bewerber ihr noch angehört, d) eine Erklärung darüber, ob der Bewerber gerichtlich oder disziplinarisch bestraft oder gegen ihn ein Verfahren anhängig ist oder gewesen ist, e) die Versicherung, daß der Bewerber um die Zulassung bisher bei keinem anderen Prüfungsamt nachgesucht hat, oder die Angabe, wann und wo dies geschehen ist, f) ein eigenhändig geschriebener Lebenslauf. Der Bewerber kann aus den Prüfungsfächern eines oder mehrere bezeichnen, aus denen er die Aufgabe für die häusliche Arbeit zu erhalten wünscht.

Prüfungsfächer sind: Rechtsphilosophie, allgemeine Rechtslehre und Methodik, Rechtsgeschichte, Verfassungsrecht, Staats- und Verwaltungsrecht, Privatrecht (einschließlich des römischen Rechts und des Handelsrechts), Arbeits- und Sozialrecht, Strafrecht, Völkerrecht und internationale Organisation, Zivil- und Strafprozeßrecht, sowie die Grundzüge des internationalen Privatrechts, Kirchenrechts, Zwangsvollstreckungsrechts einschließlich des Konkurses, der Wirtschaftswissenschaften einschließlich der Soziologie.

Die Prüfungsgebühr beträgt 100,— DM. Sie ist an die Oberjustizkasse bei dem Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. zu zahlen. Die Bescheinigung über die Zahlung ist dem Zulassungsgesuch beizufügen. Wird der Bewerber zur Prüfung nicht zugelassen, so wird ihm der eingezahlte Betrag erstattet. Endet das Prüfungsverfahren vor dem Beginn der mündlichen Prüfung, so ermäßigt sich die Gebühr um die

Hälfte; dies gilt jedoch nicht, wenn der Prüfling gemäß § 23 der Juristischen Ausbildungsordnung (Täuschungsversuch) von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen wird. Der Bewerber soll sich im Anschluß an sein Universitätsstudium, jedenfalls innerhalb dreier Monate nach Abschluß des letzten Studienhalbjahrs zur Prüfung melden. Der Präsident des Prüfungsamtes kann aus wichtigen Gründen eine spätere Meldung gestatten oder eine verspätete Meldung zulassen. Bei der Versäumung der Meldefrist hat der Bewerber sein Rechtsstudium ein weiteres Studienhalbjahr fortzusetzen.

Gang der Prüfung: Die erste rechtswissenschaftliche Staatsprüfung gliedert sich in drei Abschnitte: a) eine schriftliche Hausarbeit, b) 5 schriftliche Arbeiten, die unter Aufsicht anzufertigen sind, c) die mündliche Prüfung.

a) **Die häusliche Arbeit** besteht aus der schriftlichen Bearbeitung einer Aufgabe, die einem der rechtswissenschaftlichen Prüfungsgebiete entnommen ist. Sie soll dem Prüfling Gelegenheit geben, darzutun, daß er fähig ist, sich auf Grund der Gesetze unter Berücksichtigung des Schrifttums und der Rechtsprechung ein Urteil zu bilden und seine Ansicht in geordneter Gedankenfolge sprachlich gewandt zu begründen. Der Prüfling hat die häusliche Arbeit binnen 6 Wochen abzuliefern und ihr die Versicherung hinzuzufügen, daß er sie ohne fremde Hilfe angefertigt und sich anderer als der von ihm angegebenen Hilfsmittel nicht bedient habe. Zur Wahrung der Frist genügt die durch Poststempel nachgewiesene rechtzeitige Aufgabe bei einem Postamt. Der Bewerber kann die ihm gestellte Aufgabe vor Ablauf der Frist einmal zurückgeben mit der Wirkung, daß ihm eine andere Aufgabe gestellt wird. Wird die Ablieferungsfrist versäumt, so ist die Prüfung nicht bestanden.

b) **Die 5 schriftlichen Arbeiten** hat der Prüfling im Anschluß an die Hausarbeit unter Aufsicht anzufertigen. Für jede dieser Arbeiten stehen dem Prüfling 5 Stunden zur Verfügung. An je einem Tage sind zu bearbeiten: 1. eine Aufgabe aus dem Gebiet des bürgerlichen Rechts, 2. eine Aufgabe aus dem Gebiet des Strafrechts, 3. eine Aufgabe aus den Gebieten des Handels-, Arbeits- oder Wirtschaftsrechts, 5. eine Aufgabe aus dem Gebiet der Volkswirtschaft oder aus dem unter 1. und 3. bezeichneten Rechtsgebieten. (In Frankfurt a. M. wird die 5. Aufgabe im Gegensatz hierzu aus dem Gebiet des Zivilprozeßrechts gestellt.) Es darf nur der Gesetzestext benutzt werden. Die Benutzung anderer Hilfsmittel ist verboten. Die Aufsicht bei der Anfertigung der Arbeiten führt ein Mitglied des Prüfungsamtes oder ein anderer Richter oder Staatsanwalt, der von dem Präsidenten bestellt wird. Der Prüfling hat die Arbeiten spätestens bei Ablauf der Bearbeitungsfrist mit seiner Unterschrift versehen an den Aufsichtsbeamten abzugeben. Prüflinge, die sich eines Täuschungsversuches oder eines erheblichen Verstoßes gegen die Ordnung schuldig machen, kann der Aufsichtsbeamte von der Fortsetzung der Arbeit ausschließen. Gibt der Prüfling eine Aufsichtsarbeit nicht ab oder erscheint er ohne genügende Entschuldigung zur Anfertigung einer Arbeit nicht, so wird diese Arbeit mit ungenügend bewertet.

c) **Die mündliche Prüfung** schließt sich an die Aufsichtsarbeiten an. Sie wird von einem viergliedrigen Ausschuß des Prüfungsamtes abgenommen, dem möglichst 2 Universitätslehrer des Rechts angehören sollen. Es sollen jeweils 5 Bewerber zusammen während einer Zeitdauer von etwa 5 Stunden geprüft werden. Versäumt ein Prüfling die mündliche Prüfung und leistet er ohne genügende Entschuldigung auch der zweiten Ladung nicht Folge, so ist die Prüfung nicht bestanden. Sie gilt auch dann als nicht bestanden, wenn der Prüfling ohne Genehmigung des Präsidenten des Prüfungsamtes von der Prüfung zurücktritt.

Die einzelnen Prüfungsleistungen sind zu bewerten mit „sehr gut“, „gut“, „voll befriedigend“, „befriedigend“, „ausreichend“, „mangelhaft“, „ungenügend“. Die Beurteilung der Leistungen in der mündlichen Prüfung ist an die angegebenen Noten nicht gebunden. Genügen die Leistungen des Prüflings insgesamt den Anforderungen, so ist die Prüfung für bestanden zu erklären, und zwar als „ausreichend“, „befriedigend“, „voll befriedigend“, „gut“ oder „sehr gut“. Entscheidend für das Gesamtergebnis ist die freie Überzeugung, ob der Bewerber für den Vorbereitungsdienst reif ist. Dabei sollen auch die Leistungen während des Studiums be-

rücksichtigt werden. Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn die Leistungen nicht den Anforderungen entsprechen. Der Prüfling, der die Prüfung bestanden hat, erhält darüber von dem Präsidenten des Prüfungsamtes ein Zeugnis.

Die Wiederholung der Prüfung ist einmal gestattet. Die Prüfung ist vollständig zu wiederholen. Einzelne Prüfungsleistungen können jedoch nach Befürwortung durch den Prüfungsausschuß erlassen werden. Der Prüfling kann frühestens nach 6 Monaten wieder zur Prüfung zugelassen werden, er muß während eines Halbjahres das Rechtsstudium an einer Universität fortsetzen und mindestens an einer mit schriftlichen Arbeiten verbundenen Übung teilnehmen. Eine nochmalige Wiederholung der Prüfung kann in Ausnahmefällen von dem Präsidenten des Prüfungsamtes gestattet werden, wenn ein Prüfling bei zweimaligem Mißerfolg eine Prüfung wegen Versäumnis einer Frist oder eines Termins nicht bestanden hat. Ist der Prüfling wegen eines Täuschungsversuchs von der Prüfung ausgeschlossen worden und die Prüfung für nicht bestanden erklärt, so kann er auf besonderen Antrag beim Präsidenten des Prüfungsamtes und mit Genehmigung des Präsidenten des Landesprüfungsamtes die Prüfung ausnahmsweise wiederholen.

Promotionsordnung der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät verleiht den Grad eines Dr. jur. auf Grund einer von dem Bewerber verfaßten Dissertation und einer mündlichen Prüfung. Ein Rechtsanspruch auf die Zulassung zur Promotion besteht nicht.

Der Bewerber muß das Reifezeugnis einer anerkannten deutschen höheren Schule oder ein als gleichwertig anerkanntes Zeugnis besitzen. Die Fakultät kann ein ausländisches Reifezeugnis als ausreichend anerkennen, wenn die im Ausland erworbene Vorbildung gleichwertig ist. Der Bewerber muß die lateinische Sprache beherrschen, soweit dies für das Verständnis der Rechtsquellen notwendig ist; dies ist durch das große Latinum nachzuweisen, wenn nicht die Fakultät durch Beschluß hiervon befreit.

Die Zulassung zur Promotion setzt ein Studium der Rechtswissenschaft von 7 Semestern voraus. Wer die erste juristische Staatsprüfung bestanden hat, braucht nur ein Studium von 6 Semestern nachzuweisen. War der Bewerber nicht in einer Rechtswissenschaftlichen Fakultät eingeschrieben, so entscheidet über die Anrechnung von Semestern die Fakultät.

Von der erforderlichen Studienzeit müssen wenigstens 2 Semester an der Johann Wolfgang Goethe-Universität verbracht sein. Von diesem Erfordernis kann die Fakultät in besonderen Ausnahmefällen befreien; Voraussetzung hierfür ist in der Regel, daß der Bewerber 2 Semester als Gasthörer an der Universität Frankfurt verbracht hat.

Die Fakultät kann ein Studium der Rechtswissenschaft an einer nicht deutschen Universität auf die erforderliche Studienzeit anrechnen. Der Bewerber muß an mindestens 5 rechtswissenschaftlichen Übungen mit schriftlichen Arbeiten teilgenommen haben. Der Bewerber muß Schüler oder wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Lehrers der Fakultät sein. Andere Bewerber können nur ausnahmsweise bei Nachweis besonderer wissenschaftlicher Leistungen zugelassen werden.

Ein Bewerber, der die erste juristische Staatsprüfung bestanden hat, kann nur zugelassen werden, wenn er diese oder die zweite juristische Staatsprüfung mindestens mit dem Prädikat „befriedigend“ bestanden hat. In besonderen Ausnahmefällen kann die Fakultät von diesem Erfordernis absehen.

Das Zulassungsgesuch ist an den Dekan zu richten. Dem Gesuch sind beizufügen:

a) ein Lebenslauf in deutscher Sprache, der auch über den Bildungsgang des Bewerbers Aufschluß gibt, b) ein Führungszeugnis der Universitätsbehörde und der Polizeibehörde des letzten Wohnorts, c) die Zeugnisse über die Vorbildung und das Studium, d) eine Erklärung darüber, ob und mit welchem Erfolg der Bewerber bereits eine Doktor-, Diplom- oder Staatsprüfung abgelegt hat oder ob er eine solche Prüfung abzulegen versucht hat, e) die Dissertation in zwei Exemplaren, f) die Quittung über die eingezahlte Promotionsgebühr, g) 1 Lichtbild.

Das Zulassungsgesuch kann nicht mehr zurückgenommen

werden, wenn die Prüfung für nicht bestanden erklärt worden ist oder die mündliche Prüfung begonnen hat.

Die Dissertation muß eine wissenschaftlich beachtliche Leistung sein und die Fähigkeit des Bewerbers dartun, selbständig wissenschaftlich zu arbeiten. Der Bewerber hat in der Dissertation anzugeben, welche Quellen und Hilfsmittel er für ihre Ausarbeitung benutzt hat. Am Schluß dieser Dissertation hat er folgende Erklärung abzugeben:

„Ich versichere an Eides statt, daß ich nur die von mir angegebenen Quellen und Hilfsmittel für die Ausarbeitung der Dissertation benutze und daß ich die aus anderen Schriften wörtlich oder annähernd wörtlich entnommenen Stellen kenntlich gemacht habe. Ich versichere ferner an Eides statt, daß ich mich fremder Hilfe nur insoweit bediene, als ich dies angegeben habe, und im übrigen der selbständige Urheber der Arbeit bin.“

Sind die Voraussetzungen für die Zulassung des Bewerbers erfüllt, so bestellt der Dekan für die Begutachtung der Dissertation zwei planmäßige Professoren als Berichtersteller. Zum Berichtersteller kann mit seinem Einverständnis auch ein emeritierter Professor bestellt werden. Bei Dissertationen aus Grenzgebieten kann die Fakultät den zweiten Berichtersteller aus einer anderen Fakultät oder einer anderen Universität bestellen.

Berichtersteller kann auch ein Honorarprofessor, ein außerplanmäßiger Professor oder ein seit mindestens 4 Semestern lehrender Privatdozent sein. Zum Mitberichtersteller ist in diesem Falle ein planmäßiger Professor zu bestellen.

Wenn die Berichtersteller die Annahme der Arbeit vorschlagen, wird den Mitgliedern der Engeren Fakultät hiervon Mitteilung gemacht und ihnen bis zum Vortage der mündlichen Prüfung Gelegenheit zur Einsicht in die Dissertation und die Gutachten gegeben. Über Einsprüche gegen die Annahme oder die Beurteilung der Dissertation entscheidet die Fakultät.

Ist von einer Umarbeitung der Dissertation eine bessere Leistung zu erwarten, so wird sie dem Bewerber zu diesem Zwecke unter Bestimmung einer Frist vom Dekan zurückgegeben. Die Frist kann aus besonderen Gründen verlängert werden. Nach erfolglosem Ablauf der Frist wird die Dissertation abgelehnt.

Besteht keine Übereinstimmung zwischen den Berichterstellern über Annahme, Ablehnung oder Verbesserung der Arbeit, so entscheidet die Fakultät.

Wird die Dissertation abgelehnt, so hat der Dekan die Prüfung für nicht bestanden zu erklären.

Die Urschrift der Dissertation bleibt bei den Akten; die übrigen Anlagen des Gesuchs werden dem Bewerber auf Verlangen ausgehändigt.

Der Bewerber kann für die mündliche Prüfung vier Fächer angeben, und zwar: 1. Bürgerliches Recht, 2. Strafrecht oder öffentliches Recht, 3. Rechtsgeschichte oder Rechtsphilosophie oder römisches Recht, 4. ein Wahlfach.

Die mündliche Prüfung eines Bewerbers, der die erste juristische Staatsprüfung bestanden hat, findet vor einem vom Dekan zu bestellenden Prüfungsausschuß von regelmäßig 4 Fakultätsmitgliedern unter dem Vorsitz des Dekans oder seines Stellvertreters statt. Dem Prüfungsausschuß soll der erste Berichtersteller angehören. Der Dekan oder sein Stellvertreter oder ein anderes Mitglied des Prüfungsausschusses muß während der ganzen Dauer der mündlichen Prüfung anwesend sein. Die mündliche Prüfung eines Bewerbers, der keine juristische Staatsprüfung abgelegt hat, findet in dauernder Anwesenheit der ganzen Fakultät statt.

Die mündliche Prüfung soll feststellen, daß der Bewerber sich eine gründliche rechtswissenschaftliche Bildung angeeignet hat und rechtswissenschaftliche Probleme selbständig zu durchdenken vermag.

Nach der mündlichen Prüfung entscheidet der Prüfungsausschuß über die Gesamtnote der Prüfung. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Die Gesamtnote lautet: rite, cum laude oder magna cum laude; bei hervorragenden wissenschaftlichen Leistungen: summa cum laude.

Eine höhere Gesamtnote als rite darf nur erteilt werden, wenn die Dissertation als eine gute Leistung beurteilt worden ist. Über den allgemeinen Verlauf der mündlichen Prüfung wird eine Niederschrift aufgenommen.

Wird die Prüfung nicht bestanden, so entscheidet der Prüfungsausschuß, ob und nach welcher Frist sie wiederholt werden kann. Eine nochmalige Wiederholung ist unzulässig.

Nach bestandener mündlicher Prüfung hat der Bewerber 6 Schreibmaschinenexemplare der druckfertigen Dissertation einzureichen. Er kann stattdessen auch die Arbeit drucken lassen; in diesem Falle bestimmt der Dekan die Anzahl der einzureichenden Exemplare. Hat der Bewerber dieser Pflicht binnen einem Jahr nicht genügt, so verliert er die Anwartschaft auf den Doktorgrad.

Hat der Bewerber allen Erfordernissen genügt, so erfolgt die Promotion durch Aushändigung des mit dem Fakultätsiegel versehenen Doktordiploms. Der Bewerber ist erst nach Aushändigung des Diploms zur Führung des Doktorgrades berechtigt. Eine Ausfertigung des Diploms wird zu den Fakultätsakten genommen.

Die Promotionsgebühr beträgt 200,— DM. Die Gebühr kann begabten und bedürftigen Bewerbern ganz oder zum Teil erlassen werden.

Der Doktorgrad wird durch die Fakultät entzogen, wenn sich herausstellt, daß der Inhaber ihn infolge einer Täuschung oder eines Irrtums der Fakultät über wesentliche Voraussetzung für die Verleihung erworben hat. Ist das Diplom noch nicht ausgehändigt worden, so werden unter den gleichen Voraussetzungen durch die Fakultät die Promotionsleistungen für ungültig erklärt.

PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT

Prüfungsordnung für das wissenschaftliche Lehramt an Höheren Schulen im Lande Hessen

Die Prüfung für das wissenschaftliche Lehramt an höheren Schulen gliedert sich in zwei Abschnitte: die wissenschaftliche Prüfung und die pädagogische Prüfung.

1. In der wissenschaftlichen Prüfung soll der Bewerber nachweisen, daß er für das Lehramt an höheren Schulen wissenschaftlich befähigt und vorgebildet ist. Diesen Nachweis hat er nach den Forderungen dieser Prüfungsordnung zu erbringen, und zwar

a) durch eine allgemeine Prüfung in Philosophie, Pädagogik und Politik, b) durch Prüfungen in den einzelnen Unterrichts-fächern (hat der Bewerber eines der Unterrichtsfächer Deutsch, Latein, Griechisch, Englisch, Französisch und Mathematik gewählt, so wird er in zwei Fächern geprüft. Befindet sich unter den Fächern des Bewerbers keines der vorgenannten Hauptfächer, so wird er in drei Fächern geprüft.)

2. In der pädagogischen Prüfung soll der Bewerber zeigen, daß er den besonderen Erziehungs- und Bildungsaufgaben der höheren Schule gewachsen ist.

I. Die wissenschaftliche Prüfung

Für die Zulassung ist erforderlich

1. Der Besitz eines Reifezeugnisses;

2. der Nachweis über ein ordnungsmäßiges Studium von mindestens acht Semestern an der Philosophischen oder Naturwissenschaftlichen Fakultät einer deutschen Hochschule, eine Bescheinigung darüber, daß der Bewerber während seiner Studienzeit 3 Monate den Schuldienst, davon mindestens einen Monat den an einer höheren Schule, kennengelernt hat.

Zum Nachweis eines ordnungsmäßigen Studiums wird gefordert, daß der Bewerber die notwendigen Fachvorlesungen sowie die für die allgemeine Prüfung in Philosophie, Pädagogik und Politik erforderlichen Vorlesungen gehört hat, und daß er in seinen Studienfächern sowie in Philosophie, Pädagogik und Politik an wissenschaftlichen Übungen, mit Erfolg teilgenommen hat.

Bewerber, deren Reifezeugnis in Latein oder Griechisch oder Hebräisch keine Note aufweist, müssen spätestens im vierten Semester ablegen: a) das Latinum für Religion, Deutsch, Geschichte, Französisch, Englisch, b) das Graecum für Religion und Latein, c) das Hebräicum für Religion. Diese Forderungen gelten nur, wenn die Lehrbefähigung für die Oberstufe erstrebt wird.

Wer die Lehrbefähigung in Deutsch erwerben will, muß nachweisen, daß er mindestens an einer sprechtechnischen Übung teilgenommen hat. Für die Fächer Erdkunde, Physik, Chemie und Biologie ist die Übung im praktischen Arbeiten durch entsprechende Bescheinigungen nachzuweisen. Die For-

Der Wiener Kongress - der Studentenpresse

„Während des Aufenthaltes darf der Zug nicht verlassen werden! . . . die Reisenden sahen mißtrauisch an den verwitterten Mahnschildern vorbei auf den Posten vor dem verwitterten, weißen Bauernhaus. Aber es stimmt, die Russen kontrollieren nicht mehr. Der Zug beschleunigt seine Fahrt, Gespräche werden wieder aufgenommen. Es gibt viele Geschichten um diesen einstigen Kontrollpunkt. „Sie haben immer nur die Stempel gezählt!“ — „Aber Ausländer mußten andere Strecken nach Wien fahren“, — „Ja, stellen Sie sich nur vor, jeder durch seine Zone nach Wien!“

„Ich komme gerade aus Berlin. Nein, bei uns gibt es keine Grenze innerhalb der Stadt. Durch den internationalen Sektor waren sie in Wien schon immer gezwungen zusammenzuarbeiten. Die Stadt wird Ihnen sicher gefallen. Es stimmt, man hat noch nicht so viel aufgebaut — wir brauchen noch viele Wohnungen. Aber die alten Bauten, da haben Sie genug zu sehen.“

Meinte er vielleicht den Westbahnhof, den verräucherten Stall von achtzehnhundert und . . . ? Aber der Zug rollt in einen großen, modernen Bahnhof. Zwei Wagen weiter vorne hält jemand ein Schild hoch: „Dritte Arbeitstagung der Studentenpresse“. Mein Koffer wiegt sofort viel leichter. Die Fiaker vorm Portal — die waren alt! — ließen wir auch stehen.

Bannte einst die Regie Carol Reeds im „Dritten Mann“ die zerrissene und angsterfüllte Atmosphäre der viergeteilten Stadt auf die Leinwand, so konnten die diesmaligen Besucher des „Aufnahmegeländes“, die mit viel Geschmack zubereiteten Mahlzeiten in eben demselben „Alten Hofkeller“ wieder in ruhig-friedlicher Weise zu sich nehmen. Wien ist wieder eine europäische Stadt. Man verzichtet auf Entscheidungen, vermittelt dafür. Und versucht so die Praxis Europas zu verwirklichen, von der die größeren und mächtigen Nachbarn immer sprechen.

Unvergeßlich der Eindruck eines Stückchens „Eiserner Vorhang“ an der österreichisch-ungarischen Grenze. Der Streifen unbearbeiteten Bodens, hinter dem die andere Welt beginnt und der bei Nacht, von den Leichenfingern der ungarischen Scheinwerfer überstrichen, an die Nächte des Krieges erinnert — das warf seinen Schatten über die Arbeitstagung — der europäischen Integration gewidmet.

Ob es wirklich wahr sei, daß die Menschen auf der ungarischen Seite sich zurückzögen, wenn die österreichischen Bauern, Bekannte von einst, ihre grenznahen Felder bestellten? Die Antwort des Grenzbeamten war der Blick auf einen neuerrichteten ungarischen Wachturm. Hier trafen sich Studenten aus den verschiedensten Ländern um mit ihrem Teil an der Arbeit zur Beseitigung der Grenzen beizutragen — und da wurde die Trennung vertieft.

Die Arbeitstagung selbst zeigte ein großes Interesse vieler Studentenzeitungen an dem Leben der Studenten in außer-europäischen Ländern. Allgemein ist die Schwierigkeit, ausreichendes und objektives Informationsmaterial zu erhalten. Der Studentenspiegel in Berlin, ein zur schnellen, umfassenden und objektiven Berichterstattung aller Studentenzeitungen geschaffenes Nachrichtenblatt, stand im Mittelpunkt der Diskussion. Nach einem Beschluß der Dritten Internationalen Studentenkongress in Kopenhagen — des bisher größten internationalen Treffens nationaler Studentenvertretungen mit Delegationen aus 32 Ländern — änderte der in Berlin erscheinende „Europäische Studentenspiegel“ seinen Namen in „Studentenspiegel“ und dehnte gleichzeitig sein Bearbeitungs- und Verbreitungsfeld über Europa hinaus in alle Teile der Welt aus. Die Delegierten der Wiener Konferenz hörten nun den ersten Bericht des Studentenspiegels durch Herrn Hess. Zuvor hatten schon die Berichtersteller der vertretenen Länder in ihren Jahresberichten den Studentenspiegel erwähnt, lobten die Bemühungen der Berliner Redaktion, forderten aber eine Erweiterung des Artikeldienstes aus nichteuropäischen Ländern. Auch der französische Delegierte Jean Gautier befaßte sich in seinem Jahresbericht mit dem Studentenspiegel, unterbreitete aber im Namen seines Nationalverbandes den Vorschlag zur Schaffung eines internationalen

Dokumentenzentrums und Archivs der Studentenpresse, einer Institution, die eine noch viel umfangreichere und objektivere Arbeit leisten könnte. Zur Begründung dieses Vorschlags sagte Gautier, auch eine Studentenzeitung könne nur dann leben, wenn sie aktuell sei, ohne irgendwelche Tendenzen „news“ und „facts“ bringe. Statistische Untersuchungen in Frankreich hätten gezeigt, daß sich wirklich nur die ganz unabhängigen Zeitungen durchsetzen könnten — und das treffe in gleichem Maße auch auf die Studentenpresse zu. Auch sei eine Zusammenarbeit der Studentenpresse mehrerer Länder nur auf der Basis völliger Objektivität zu erzielen.

Dieser Vorschlag traf jedoch auf den Widerstand der holländischen Delegierten, die eine Zentralisation durch ein Dokumentenzentrum befürchteten. In einem Gegenvor-



Die deutschen Delegierten

schlag, der sicher in seiner Formulierung etwas ungeschickt ausfiel, regten die Holländer zur Schaffung einer Liste „vertrauenswürdiger Studenten“ in allen Ländern an, die jederzeit zur Auskunft und Richtigstellung angerufen werden könnten. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die Möglichkeit der Beschaffung von Informationsmaterial durch die Konsulate und Botschaften hingewiesen. Diesen Punkt des holländischen Vorschlags bezeichnete der französische Delegierte als eine gefährliche Leichtgläubigkeit, denn es sei geradezu die Aufgabe der diplomatischen Vertretungen über die Verhältnisse in ihren Ländern eine propagandistisch gefärbte Darstellung zu geben.

Leider erkannte das Kongresspräsidium erst spät, daß es sich bei der Diskussion dieser Vorschläge um die wichtigste „technische Frage“ dieser sogenannten „Expertenkonferenz“ handelte. Der französische und der holländische Vorschlag hinsichtlich der Verbesserung der internationalen Informationsmöglichkeiten versteiften sich gegeneinander. Die abschließende Abstimmung brachte eine Mehrheit für den französischen Vorschlag, also die Schaffung einer Art Nachrichtenagentur für die Studentenpresse.

Die Tagung hatte bereits mit einer kleinen Bewährungsprobe für die europäische Frage begonnen. Der Vertreter des jugoslawischen Nationalverbandes forderte die Entfernung der spanischen Delegation, da sie nicht die spanische Studentenschaft repräsentieren könne. Es ist der Geschicklichkeit des den Vorsitz führenden Dr. Skalnik, Chefredakteur des „Morgen“ (Wien) zu verdanken, daß aus dieser Kontroverse nicht eine Fußangel für den ganzen Kongress wurde. Mit dem Hinweis, daß man nun das Pro und das Contra gehört habe — forderte er zum Fortfahren in der Tagesordnung auf. Niemand widersetzte sich diesem Vorschlag, und so konnten beide Vertretungen ungehindert die Meinung des Anderen hören und sich daraus ein Bild über die Nöte und Sorgen der Studenten in politisch so verschieden orientierten Ländern bilden.

Zu den bestandenen Bewährungsproben gehört auch die herzliche Begrüßung der Jugoslawen durch die italienischen Delegierten, die sich in ihren Bestrebungen das Gemeinsame hervorzuheben, auch nicht durch den gegenwärtigen Triestkonflikt stören ließen.

Ohne daß es ausgesprochen wurde, zeigte die Konferenz wie notwendig es ist, mehr über die Arbeit der nationalen

Verbände und ihre Bestrebungen zur — vielleicht kann man sagen — Schaffung eines europäischen Studenten zu informieren. Auf keinen Fall aber soll der Begriff „Europa“ das Ende der Vorwärtsentwicklung und einen europäischen Nationalismus bedeuten. Ein jugoslawischer Delegierter hat diesen Gedanken in dem Antrag zur Unterstützung der Studentenpresse in den „zurückgebliebenen Gebieten“ zum Ausdruck gebracht und berichtet dazu, daß sein Nationalverband ein ähnliches Treffen wie die dritte Arbeitstagung der Studentenpresse für die asiatischen Staaten plant.

In einem offiziellen Interview mit einer großen österreichischen Tageszeitung sprach man anlässlich dieser Tagung von der Anwesenheit Delegierter aus 11 europäischen Ländern und der Türkei. Die türkischen Studenten haben sich an dieser Ausdrucksweise gestört — zu Recht oder Unrecht? Sicher ist es eine historische Frage, wo Europa aufhört, es darf aber kein Zweifel darüber bestehen, daß der Wille zur Zusammenarbeit mit den Studenten an den Universitäten außerhalb Europas vorhanden ist — ein Studium gründet sich in aller Welt, wenn es der Wahrheit dienen soll, auf dieselben Prinzipien.

Und hierher gehört wieder der Wunsch zur Schaffung eines Informationszentrums und Archivs, durch das der einzelne Student, der an einer dieser Zeitungen arbeitet, objektive Berichte über Vorgänge in einem anderen Lande erhalten kann. Hier soll nicht die Propaganda oder der Geschäftsgeist der großen Nachrichtenagenturen herrschen — hier sollen Tatsachen für sich selbst sprechen. Dann wird es möglich sein, daß die Studenten politisch verschieden orientierter Länder sorglos auf diese Stütze zurückgreifen werden und auch die historisch Neutralen keine Angst haben werden, sich zu exponieren. Die Wahrheit hat ihre eigenen Wege, sie ist nicht mit der Propaganda, auch nicht mit der oft genannten „Propaganda für das Gute“ zu vergleichen, es sei denn, es könne jemand den Beweis dafür erbringen, die Wahrheit sei nicht die einzige und deshalb auch beste Propaganda für das Gute.

G. Schweikhardt

Zigeuner sind wir nicht

Ob ein Student seinen Wohnsitz in Hessen hat, entscheidet bekanntlich über die Frage des Gebührenerlasses. Der Minister für Erziehung und Volksbildung meint, es fehle den Studenten an Sinn für Selbsthaftigkeit, und den brauche man, um einen Wohnsitz zu begründen.

Folgt daraus nun, daß Studenten, die nicht bei ihren Eltern wohnen und mehr oder weniger selbständig wirt-

Handelsblatt
DEUTSCHE WIRTSCHAFTSZEITUNG

DER BETRIEB

WOCHENSCHRIFT FÜR BETRIEBSWIRTSCHAFT
STEUERWESEN · WIRTSCHAFTS- U. ARBEITSRECHT

Studentenabonnements zum mehr als 50% ermäßigten Bezugspreis. Verlangen Sie Prospekte und kostenlose Probenummern durch den ASTA oder vom Handelsblatt-Verlag, Düsseldorf, Pressehaus.

schaften, ohne Wohnsitz sind? So denkt das Ministerium; aber das Verwaltungsgericht Darmstadt rettet die Ehre der jungen Akademiker mit der Feststellung, daß normalerweise jeder Mensch einen Wohnsitz im Sinne des § 7 des BGB habe . . . „abgesehen von Zigeunern, Landstreichern und Ähnlichen“. Nach überlieferter Ansicht könnten zwar Studenten durch den Aufenthalt am Studienort noch keinen Wohnsitz begründen. Aber man dürfe nicht übersehen, daß die Verhältnisse sich entscheidend gewandelt hätten. Wenn sich herausstelle, daß der Student keinen anderen Wohnsitz habe, dürfe man den oben zitierten Grundsatz nicht anwenden.

Diese für viele Studenten in Hessen wichtigen Feststellungen traf das Gericht zu der Klage eines Flüchtlingsstudenten auf Gewährung des Hessenerlasses. Es war festgestellt, daß sein Aufenthalt in Gießen im Hinblick auf die Gesetze, welche die Freizügigkeit beschränken, rechtmäßig war. Bei seinen Eltern, die später als er aus der Ostzone flohen, hat er nur besuchsweise gewohnt. Dagegen finanziert er Lebensunterhalt und Studium aus eigener Tasche, entscheidet seine Angelegenheiten selbständig und beweist, nach Auffassung des Gerichts, durch seine führende Tätigkeit im Asta den Willen, seine Beziehungen zur Stadt Gießen zu vertiefen. Aus seinen Berufsplänen glaubte das Gericht schließlich zu erkennen, daß er sich auch nach dem Examen einige Zeit in Gießen aufzuhalten gedenke. Daß er aber vorläufig im Studentenhaus wohne, schien den Richtern kein genügender Anlaß, das Bestehen eines „Wohnsitzes“ in Gießen zu bezweifeln.

Arnulf v. Keussler

Führerschein-Erwerb

in Frankfurt am Main auf Volkswagen-Export.

Auskunft für Interessenten täglich außer sonntags in der Zeit von 12—12.30 Uhr am Schulwagen vor dem Studentenhaus, oder rufen Sie

3 26 40 bzw. 1 28 26 an.

Fahrschule H. SCHAFERS, Frankfurt-M.

Gebeschußstraße 15

TANZSCHULE ERNA MARIA TÄNZER

Die Lehrstätte für Gesellschaftstanz und gesellschaftliche Erziehung

Beginn der neuen Kurse 10. 11. und 17. 11. 1953

Privatunterrichtsräume:

Frankfurt am Main, Bürgerstraße 12

Nähe Schauspielhaus · Ruf 32992

Das neue Chemie-Institut

Physikalische Chemie ist die Wissenschaft, die sich bemüht, chemisches Geschehen mit Hilfe physikalischer Gesetze zu erklären. Vielleicht haben Sie, soweit Sie sich auch als Geisteswissenschaftler für die immerhin existenten Naturwissenschaften interessieren, schon einmal ein altes und ein modernes Chemiebuch verglichen. Da wird Ihnen aufgefallen sein, daß die physikalisch-chemische Interpretationsweise immer mehr in den Vordergrund tritt. Die Einblicke, die man in den letzten Dezennien in die Struktur der Materie erhalten konnte, machten die imposante Entwicklung dieser Wissenschaft möglich und notwendig. — Soweit das Studium generale.

Naturwissenschaft wird nicht nur im Studierstübchen betrieben. Man braucht Labors mit kostspieligen Einrichtungen. Die Frankfurter Physikochemiker hausten bisher in dunklen Löchern, die den Alchimisten vergangener Zeitaläufe adäquat gewesen wären.

Doch das gehört der Vergangenheit an. Neben dem chemischen Institut in der Robert-Mayer-Straße ist nun auch für die Physikochemiker ein liches, modernes Haus entstanden, das geradezu einladet, zur Brutstätte wissenschaftlicher Fortschritte gemacht zu werden. 1,2 Millionen DM müßten flüssig gemacht werden, um den jetzt eröffneten ersten Abschnitt des Baues zu finanzieren.

Der Besucher merkt schon beim Eintritt in das Gebäude, daß dem neuen Haus eine spezifische Aura eigen zu werden verspricht. In der Eingangshalle steht zwischen belebenden Zierpflanzen ein Aquarium mit bunten Fischen. Wir hielten es für ein Kennzeichen des Institutsgeistes.

Dr. Schläfer, Eingeweihte sprechen von der „grauen Eminenz“ des Instituts, empfängt uns. Grundstimmung: gedämpfter Optimismus. „Wir sind sehr froh, endlich in Räumen arbeiten zu können, in denen das Arbeiten Spaß macht. Das, was sie hier sehen, ist nur der erste Bauabschnitt. Es gibt etwa 25 Labors für je zwei Mann. Sie sind mit dem Allernotwendigsten ausgerüstet. Zu größeren Anschaffungen reicht das Geld nicht. Das Geld reicht nicht nur nicht, es reicht bei weitem nicht. Wir haben nicht einmal genügend Trockenschränke. Also müssen wir weiter improvisieren, das haben wir ja im alten Bau genügend exerziert. Für die Studenten ist es vielleicht förderlich, wenn ihre schöpferische Phantasie durch den Zwang zur Improvisation angeregt wird. Aber für die Grundlagenforschung, wie sie hier neben dem Lehrbetrieb durchgeführt wird, ist die Zeit der Improvisation vorbei. Die einzigen vollständig ausgerüsteten Abteilungen sind die Spektroskopie und die Werkstatt. Wir müssen eben auch weiterhin allen DM-schweren Leuten auf der Seele bzw. auf dem Scheckbuch knien, um uns allmählich voll arbeitsfähig auszurüsten zu können.

Unser fester Mitarbeiterstab ist dreißig Mann stark. Professoren, Assistenten, Doktoranden und Diplomanden. Dazu kommen noch die Teilnehmer an den obligatorischen Praktika für Chemiker. Der Platz reicht gerade. Allerdings haben wir noch keinen Hörsaal, der zusammen mit einigen Spezial-

laboratorien im zweiten Bauabschnitt entstehen soll. Der dritte Abschnitt bringt eine Vermehrung der Arbeitsräume. Eines unserer größten Sorgenkinder ist die nichtvorhandene Bibliothek. Ohne Literatur ist heute keine Forschung mehr möglich. Die Mindestausstattung würde etwa 100 000 DM erforderlich machen. Unter den gegenwärtigen Auspizien ein Unding.

Die besondere wissenschaftliche Problemstellung des Frankfurter Instituts läßt sich im wesentlichen durch das Thema „Chemische Bindung“ kennzeichnen. Aber den Diplomanden und Doktoranden wird nach Möglichkeit Spielraum für individuelle Anliegen gelassen.

Es wird aber ausschließlich Grundlagenforschung betrieben, im Gegensatz zum neuerrichteten Batelle-Institut, mit dem eine gute Zusammenarbeit angestrebt wird, die uns besonders wegen der dort vorhandenen Bibliothek gut zu statuten käme. Eine Rivalität besteht schon wegen der verschiedenen Aufgaben in keiner Weise.“

Wir sind entlassen. Auf dem Flur schauen wir nochmal in ein Labor hinein. Große Fenster, helle Farben, zufriedene Gesichter. Wir erwischen noch den Direktor des Instituts, Prof. Hartmann: „Lassen Sie sich nur nicht durch die blendende Schale täuschen. Der Kern fehlt noch fast völlig. Das Geld ist alle.“ Aber im Gesicht spiegelt sich doch die Freude des Hausherrn über das neue Heim.

W. Schaffernicht

6000 Studenten ohne Bibliothek

In Frankfurt eine wissenschaftliche Arbeit anzufertigen, ist besonders schwierig. Nicht daß die für Examina oder Promotionen gestellten Aufgaben besonders verzwickte oder die Prüfungskollegien außergewöhnlich „hart“ wären; es handelt sich um eine technische Schwierigkeit: die für jede wissenschaftliche Arbeit notwendige Literatur ruht allzu fern von der Universität, in Luftschutzbunkern draußen im Osthafen und an der Galluswarte. Ein Buch zu Tage zu fördern, dauert jeweils drei Tage. Hinzu kommen die Straßenbahnfahrten von der Universität zur Ausleihe am Untermainkai, einmal zum Bestellen des Buches und dann nochmals zum Abholen.

Seit Jahren wird Abhilfe geplant. Eine Erweiterung der vorhandenen „Bibliotheksgebäude“ ist keine Lösung. Es handelt sich dabei nämlich um zwei ältere Frankfurter Bürgerhäuser, die noch nicht einmal den Katalogen und der Bibliotheksverwaltung Raum genug bieten. Der „Lesesaal“ wurde geschaffen, indem man eine Zwischenwand niederriß; mit seinen 80 Plätzen kann er nicht im entferntesten den Ansprüchen genügen. Außerdem muß man — wie der Direktor der Stadt- und Universitätsbibliothek, Prof. Eppelsheimer, immer wieder betont — berücksichtigen, daß Studenten wie Wissenschaftler kaum wieder in die Lage kommen werden, sich selbst genügend Bücher anzuschaffen: künftig wird deshalb noch viel mehr als bisher in öffentlichen Bibliotheken gearbeitet werden. Genügend Arbeitsplätze und außerdem noch die rund 900 000 Bücher der Bibliothek auf dem kleinen Grund-

stück am Untermainkai unterzubringen, dürfte auch dem besten Architekten nicht möglich sein. Deshalb wird ein völliger Neubau der Bibliothek erwogen — und zwar in Nähe der Universität (Ecke Bockenheimer Landstraße, Senckenberg-Anlage bis hinüber zur Jügelstraße).

In drei Wettbewerben für die bauliche Gestaltung der neuen Bibliotheken errang der Frankfurter Architekt Ernst Balsler zuerst den dritten, im engeren Wettbewerb den zweiten und schließlich den ersten Preis. Die Gestaltung des Grundrisses und die Regelung des Betriebsflusses bei diesem letzten Entwurf ist eine Gemeinschaftsarbeit, die Prof. Eppelsheimer mit den Worten beschrieben hat: „Ich habe mit Herrn Architekten Balsler in guter Eintracht zusammengearbeitet, und es ist alles nach meinem Wunsch ausgefallen.“

Der Grundriß und eine Ansicht der repräsentativen Front dieses Entwurfes ist auf unserer Bildseite wiedergegeben. Beherrschendes Element ist der 56 Meter hohe Bücherspeicher, in dem einmal doppelt so viel Bücher, als sie die Bibliothek heute besitzt, Platz finden sollen. Dieser Bücherturm soll aus städtebaulichen Gründen genau auf der Ecke Bockenheimer Landstraße — Senckenberganlage errichtet werden.

Gerade dieser Umstand hat Kritik hervorgerufen: das Gebäude sei zu sehr auf äußere, städtebauliche Wirkung angelegt und deshalb viel teurer, als bei einer konzentrierteren Bauweise. Man habe versucht, das Zweckmäßige in eine vorher festgelegte architektonische Form zu pressen, anstatt von Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit auszugehen und dafür dann eine architektonische Form zu finden. Städtebauliche Gesichtspunkte rechtfertigten aber nicht die Mehrausgaben für einen doppelt so großen Bücherspeicher als zunächst notwendig, sie dürften auch nicht zu Unbequemlichkeiten für die Benutzer führen; es sei ein Unding, den Haupteingang und einzigen Eingang für das Publikum an die der Universität abgewandte Seite zu legen, wenn der Hauptteil der Benutzer der Bibliothek zweifellos Universitätsangehörige seien, weil aber die Studenten die Bibliothek so bequem erreichen könnten, würden die vorgesehenen 450 Plätze der drei Lesesäle den fast 6000 in Frankfurt Studierenden kaum genügen.

Prof. Eppelsheimer hebt dem gegenüber als entscheidenden Vorteil hervor, daß bei diesem Entwurf jederzeit eine Erweiterung des Baues möglich sei, ohne die Funktion der einzelnen Teile des Gebäudes zu ändern, d. h. man könne bei dem ständig steigenden Andrang zur Bibliothek später einfach anbauen, ohne im Inneren des Gebäudes umbauen und umorganisieren zu müssen.

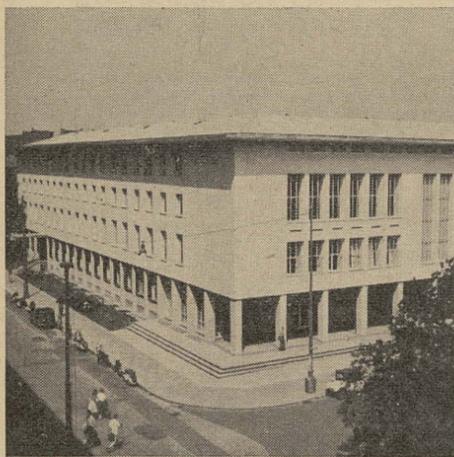
Schwierigkeiten bestehen auch bei der Finanzierung. 10 Millionen aufzubringen, ist der Stadt Frankfurt allein unmöglich.

Es bleibt also die Möglichkeit, den Bau zu verbilligen, z. B. dadurch, daß man in verschiedenen Etappen baut: zuerst Erstellung des Bücherspeichers — vielleicht nur in halber Höhe, also dem gegenwärtigen Bücherbestand angepaßt —, dann Bau einer Ausleihe und alles weitere, sobald mehr Mittel vorhanden sind.

Vorher muß man sich aber darüber klar werden, wie man überhaupt bauen will, d. h. man darf nicht bei einer unverbindlichen Preiskrönung von Entwürfen stehen bleiben, sondern muß sich endgültig für einen Entwurf entscheiden und den betreffenden Architekten mit der Ausführung beauftragen.

Man kann nicht verlangen, daß ein so großes Problem wie der Bau einer Bibliothek von heute auf morgen gelöst wird; in dieser Einsicht liegt aber noch keine Billigung des Zustandes, daß man sich in den vergangenen Jahren noch nicht einmal zu verbindlicher Vorplanung entscheiden konnte.

Udo Kollatz



STUDENTENHEIM

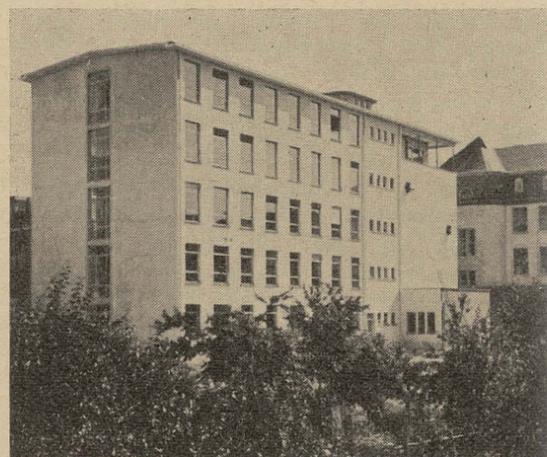
PHILIPP HOLZMANN AKTIENGESELLSCHAFT FRANKFURT AM MAIN

AUGSBURG · BERLIN
BIELEFELD · BOCHUM
BONN · BREMEN
DUSSELDORF
HAMBURG · HANNOVER



KIEL · KOBLENZ
KÖLN · MAINZ
MANNHEIM · MÜNCHEN
MÜNSTER · NÜRNBERG
STRAUBING · STUTTART

HOCHBAU · TIEFBAU
STAHLBETONBAU
STEINMETZBETRIEBE



INSTITUT FÜR PHYS. CHEMIE

Gerüstbau Bachmann KG

Vorm. Vereinigte Gerüst-Bau u. Leih-Anstalten Lesser & Co.

Frankfurt am Main

Leerbachstraße 44 · Tel. 53714/58739

Erstellen Gerüste für jeden Zweck seit 1904

Stahlrohr Gerüst-Bau u. Verleih

Nachf. Bachmann & Co.

Frankfurt am Main

Praunheimer Landstraße 80

Montage und Verleih von Stahlrohrgerüsten
für Neu- und Umbauten etc.

Der neue Universitätsvertrag

In diesen Tagen ist zwischen dem Land Hessen und der Stadt Frankfurt a. M. ein Vertrag geschlossen worden, der die Sicherung der finanziellen Grundlage der Johann Wolfgang Goethe-Universität betrifft und allgemein als Universitätsvertrag bezeichnet wird.

Zum besseren Verständnis des Vertrages sei ein kurzer Überblick auf die Geschichte der Universität seiner eigentlichen Erörterung vorangestellt.

Am 28. 9. 1912 schlossen die Stadt Frankfurt am Main — zugleich auch für die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, die Carl Christian Jügel-Stiftung, die Stiftung Theodor Stern'sches Medizinisches Institut — das Institut für Gemeinwohl, die Georg und Franziska Speyer'sche Studienstiftung, der Physikalische Verein, die Dr. Senckenbergische Stiftung, die Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft, die Stiftung Carolinum und Professor Dr. med. Ludwig Etinger für das Neurologische Institut einen Vertrag über die Gründung einer Universität in Frankfurt am Main. Sie verpflichteten sich darin, die zur Erfüllung der Aufgaben der Universität erforderlichen Gebäude und sonstigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Es handelte sich dabei in der Hauptsache um die auch jetzt noch von der Universität benutzten Baulichkeiten. An dem Städtischen Krankenhaus in Sachsenhausen und den dazu gehörigen Instituten wurde der Universität ein Mitbenutzungsrecht eingeräumt. Die laufende Unterhaltung der Universität sollte aus den Einkünften der Stiftungen und weiteren Renten finanziert werden. Am 10. Juni 1914 wurde die Universität als Veranstaltung des Staates im Sinne der §§ 1, 2, 67 ff. II 12 des Allgemeinen Landrechts durch den König von Preußen errichtet, der ihr auch am 1. August 1914 die Satzung gab. Trotz dieser Errichtung durch den Staat hatte die Universität den Charakter einer Stiftungsuniversität, die vom Staat keinerlei finanzielle Unterstützung erhielt. In der Satzung wurde die Universität mit weitgehender Selbständigkeit in finanzieller und auch anderer Beziehung ausgestattet. Zur Verwaltung der Vermögensangelegenheiten wurde der Große Rat geschaffen, dem die Vertreter der Stifter, der Rektor und der Prorektor der Universität angehörten. In Angelegenheiten der einzelnen Fakultäten mußten die betreffenden Dekane zugezogen werden. Die Hauptaufgabe des Großen Rates bestand darin, den Haushaltsplan festzustellen, während die laufende Verwaltung einem kleineren, ähnlich zusammengesetzten Gremium, dem Kuratorium, oblag. Die Leitung der Universität lag sonach in den Händen der Stifter und der Vertreter der akademischen Verwaltung.

Durch die Inflation nach dem ersten Weltkrieg wurde das Stiftungsvermögen, abgesehen von den Gebäuden und Sachwerten, fast völlig vernichtet. Zwischen dem Preußischen Staat und der Stadt Frankfurt wurde daher am 22. Januar 1924 ein Vertrag geschlossen, nach dem der für die laufende Unterhaltung der Universität notwendige Finanzbedarf von beiden Vertragsparteien je zur Hälfte aufgebracht werden sollte. Von dem laufenden Fehlbetrag des zur Mitbenutzung für Universitätszwecke zur Verfügung gestellten Städtischen Krankenhauses sollte ein Teilbetrag von 10% als auf den akademischen Unterrichts- und Forschungsbetrieb entfallend angesehen und auf den Haushalt der Universität übernommen werden. Damit war das Weiterbestehen der Universität und die Fortführung der Lehrtätigkeit gesichert.

Am Ende des zweiten Weltkrieges ergab sich für die Universität wiederum eine völlig neue Lage. Einmal war ein großer Teil der von der Universität benutzten Gebäude zerstört. Zum anderen wurde durch das Kontrollratsgesetz vom 25. 2. 1947 der Staat Preußen, einer der Träger der Finanzierung der Universität, aufgelöst. Zwar trat das Land Hessen an seine Stelle und zahlte auch die Hälfte des erforderlichen Zuschusses, eine gesetzliche oder vertragliche Neuregelung erfolgte jedoch nicht. Überdies erforderte der Wiederaufbau der zerstörten Teile der Universität beträchtliche Mittel, über deren Aufbringung der auf die laufende Unterhaltung der Universität beschränkte Vertrag vom 22. 1. 1924 keine Bestimmung traf, da die Vertragsschließenden naturgemäß mit einer solchen Möglichkeit nicht gerechnet hatten. So begannen vor längerer Zeit die Verhandlungen, die jetzt zum Abschluß des neuen Universitätsvertrages zwischen dem Land Hessen und der Stadt Frankfurt am Main geführt haben. Dieser Vertrag ist von überragender Bedeutung für die Universität, weil durch ihn die sichere Grundlage dafür geschaffen worden ist, daß die Universität wieder aufgebaut, den heutigen Verhältnissen entsprechend erweitert und die Forschungs- und Lehrtätigkeit fortgeführt wird.

Ebenso wie der Vertrag von 1924 stellt der neue Vertrag zunächst fest, daß er für die laufende Unterhaltung notwendige, durch eigene Einnahmen nicht gedeckte Finanzbedarf vom Land Hessen der Stadt Frankfurt je zur Hälfte aufgebracht wird. Wiederum werden 10% des laufenden Fehlbetrages der von der Universität mitbenutzten Städtischen Krankenhäuser nebst den angeschlossenen Instituten als auf den akademischen Unterrichts- und Forschungsbetrieb entfallend auf den Haushaltsplan der

Universität übernommen. Ferner — und das ist für die gegenwärtige Situation besonders wichtig — ist vereinbart, daß die Kosten für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten und für den Wiederaufbau der Universität von beiden Vertragsparteien je zur Hälfte aufgebracht werden. Die Stadt Frankfurt a. M. hat sich außerdem verpflichtet, alle in ihrem Eigentum stehenden Grundstücke, die von der Universität benutzt werden (mit Ausnahme der Städtischen Krankenhäuser), auf die Universität zu übereignen. Die Universität muß sich jedoch verpflichten, im Falle ihrer Auflösung oder einer Änderung ihrer Rechtsform die Grundstücke auf die Stadt zurückzuübertragen.

Da das Land Hessen somit die Hälfte des Zuschußbedarfs der Universität aufbringt, wird ihm durch eine Satzungsänderung, die Voraussetzung der Wirksamkeit des Vertrages ist, das Recht der Mitwirkung an der Verwaltung eingeräumt.

Von besonderer Bedeutung ist dabei die neue Zusammensetzung des Großen Rates. Nach § 9 gehören diesem nunmehr an: der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung, der Minister der Finanzen, 3 weitere Vertreter des Landes, der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, 2 vom Magistrat und 2 von der Stadtverordnetenversammlung zu wählende Mitglieder, 10 Mitglieder, die von den Stiftern der Universität gewählt werden, der Rektor und der Prorektor der Universität. Mit beratender Stimme sind die Dekane, ein ständiger Vertreter des Lehrkörpers und der Kurator Mitglieder des Großen Rats. Durch diese Zusammensetzung des Großen Rats als höchstem Organ der Universität in Vermögensangelegenheiten bleibt der Stiftungscharakter der Universität gewahrt. Als Hauptaufgabe des Großen Rats ist wiederum die Feststellung des Haushaltsplanes anzusehen. Diese, sowie Änderungen oder über- und außerplanmäßige Ausgaben bedürfen jedoch der vorherigen Zustimmung des Landes und der Stadt zu dem dafür erforderlich werdenden Zuschuß. Besonders zu erwähnen ist noch, daß der Große Rat jeder Veränderung der zugunsten der Universität bei ihrer Gründung übernommenen Verpflichtungen zustimmen muß. Das gleiche gilt für den An- und Verkauf von Grundstücken und die Bauvorhaben der Universität.

Das Kuratorium der Universität setzt sich paritätisch zusammen aus Vertretern sämtlicher an der Verwaltung der Universität Beteiligten. Je 3 Mitglieder stellen das Land und die Stadt, von denen der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung und der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt ständige Mitglieder kraft ihres Amtes sind. 3 Vertreter der Stifter werden durch die Stiftermitglieder des Großen Rats gewählt. Die akademische Seite ist durch den Rektor, den Prorektor und einen weiteren Angehörigen des Lehrkörpers vertreten. Mit beratender Stimme gehört der Kurator dem Kuratorium an. Während nach der alten Satzung der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt ständiger Vorsitzender des Kuratoriums und damit auch des Großen Rates war, wird nunmehr der Vorsitz in beiden Gremien im Wechsel von zwei Jahren von dem Minister für Erziehung und Volksbildung und dem Oberbürgermeister geführt. Für die nächsten 2 Jahre bleibt der letztere Vorsitzender. Das Kuratorium führt auch weiterhin die Verwaltung der Universität in Vermögensangelegenheiten und übt die Aufsicht über den Kurator aus. Die Stelle des Kurators ist durch § 12a neu geschaffen worden. Bisher hatte der ständige Stellvertreter des Vorsitzenden des Kuratoriums, der allerdings schon häufig als Kurator bezeichnet wurde, die laufenden Geschäfte geführt. Der Kurator ist als Geschäftsführer des Kuratoriums Beamter der Universität. Seine Aufgabe liegt in der Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse des Kuratoriums.

Die letzte Satzungsänderung betrifft ein Organ der akademischen Verwaltung, das Konzil. Bereits in dem Verfassungsentwurf von 1926 gemäß den Senatsbeschlüssen vom 10. und 24. 7. 1923 war dieses Gremium vorgesehen. Nach § 51a sind Mitglieder des Konzils alle ordentlichen und außerordentlichen beamteten Professoren, die in die Fakultätskollegien und in den Senat gewählten nichtbeamteten Professoren und Privatdozenten und so viele Mitglieder der Gruppen außerplanmäßige Professoren, Privatdozenten und Honorarprofessoren, daß die Gesamtzahl der nichtbeamteten die Hälfte der Zahl der beamteten (ordentlichen und außerordentlichen) Professoren nicht übersteigt. Das Konzil ist somit eine umfassende Vertretung des Lehrkörpers. Eine seiner Hauptaufgaben ist in der alljährlichen Wahl des Rektors der Universität zu sehen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß durch den Universitätsvertrag und die damit verbundenen Satzungsänderungen die rechtliche Lage der Universität den tatsächlich bestehenden Verhältnissen angepaßt und die finanzielle Grundlage für die Durchführung und Entwicklung des Unterrichts- und Forschungsbetriebs gesichert worden ist. Die Johann Wolfgang Goethe-Universität, eine Stiftungsuniversität, entstanden durch den Unternehmungsgeist und die Tatkraft freier Bürger der Stadt

Frankfurt am Main im Zusammenwirken mit den Behörden ihrer Stadt, wird nunmehr vom Lande Hessen, der Stadt Frankfurt am Main und den Stiftern gemeinsam getragen. Durch die Zusammensetzung ihrer Organe, des Großen Rats und des Kuratoriums, ist die Gewähr gegeben, daß der freiheitliche Geist, aus dem heraus die Gründung erfolgte, auch jetzt dem Leben der Universität sein Gepräge gibt.

Ulrich Fritze

Stets

bereit
schnell
sauber
sicher
billig

Elektrizität

in jedem Gerät

Stadtwerke Frankfurt a. M.

Gg. & O. HAAS

Bauunternehmen

Frankfurt am Main · Gräbstraße 41 · Fernruf 75668

Das gute Fachgeschäft

für Tapeten · Gardinen · Linoleum · Teppiche

August Eggensperger

Frankfurt a. M. · Leipziger Str. 35 · Tel. 78505

C. SCHAPER

KUNST- UND BAUSCHLOSSEREI
KONSTRUKTIONEN IN EISEN
BRONZE UND LEICHTMETALL

FRANKFURT AM MAIN

JORDANSTR. 33 · FERNRUF 74485

RHEIN-NASSAUISCHE BAUGESELLSCHAFT M. B. H.

Beton- und Stahlbetonkonstruktion für Hoch- und Tiefbau

Frankfurt am Main, Niddastraße 82
Telefon 35908



Friedrich Fernau

Frankfurt am Main

Schillerstraße 27 · Tel. 91629 · 92818

Bauspenglerei

Sanitäre Anlagen · Rohrleitungsbau
Prompte Ausführung sämtlicher Reparaturen

GEGR. 1913



Chr. Metzger & Söhne

Frankfurt-M.-West Kiesstr. 40

VERGLASUNGEN · SPIEGEL

De Te We

DEUTSCHE TELEPHONWERKE UND KABELINDUSTRIE AG., BERLIN

Telefon-Anlagen jeder Größe
Stark- und Schwachstromkabel
Uhren und Signalanlagen

Technisches Büro: FRANKFURT AM MAIN, Dantestraße 7
Fernsprech-Sammelnummer 73151

KOHLENUNION G. M. B. H.

Frankfurt am Main

Marienstraße 12

Brennstoffe

Fernruf: Sammel-Nr. 30091



Baustoffe

Ruf: 45537/41839/48305/47561

Osthafenlager: Franziusstraße 25

Wir liefern Brennstoffe auch in kleinsten Mengen
frei Keller nach allen Stadtteilen und den Vororten

Zur gegenwärtigen Dichtung

von Walter Höllerer

Die geistesgeschichtliche Situation gegenwärtiger Dichtung bekundet sich weder in bürgerlich-aristokratischer Verbindlichkeit, noch in kleinbürgerlich-biedermeierlicher mit all ihren Kommersbuch-Schwundstufen (eines Victor von Scheffel). Auch nicht das schöne Pathos des literarischen Salons steht hinter der Dichtung, nicht mehr das Bohème-Ideal der zwanziger Jahre oder das literarische Kabarett, von dem angeblich bäuerlichen Blut- und Boden-Ideal ganz zu schweigen.

Solche soziologisch faßbaren Hintergründe haben jeweils nicht nur auf die Themen der Dichtung und auf ihren ‚weltanschaulichen‘ Gehalt Einfluß, sondern auch auf die Gestalt. Das ist etwa an den dichterischen Gattungen zu bemerken, die sich in neuen Epochen neu ausformen: so die moderne Kurzgeschichte; der handlungsarme Roman der inneren Monologe und äußeren Überblendungen; das Bilder-Drama; die Lyrik der Augenblicksquerschnitte. Dem Blick aufs einzelne erschließt sich, daß sich die soziologischen und geistesgeschichtlichen Hintergründe den Konzeptionen jener Werke, die nicht in der Nachahmung stecken bleiben, einprägen, gleichgültig, ob dies vom Dichter angestrebt wird oder nicht.

Sie wirken sich dort, im künstlerischen Bereich, in der Sprache und in Kompositionsgesetzen aus, sei es nun in einer erlösungsgläubigen finalen Struktur (wie im Bildungsroman der deutschen idealistischen Bewegung, die vom bürgerlich-aristokratischen Tugendsystem getragen war), in der Struktur des Verwebens, der Spiegelungen, der spielerischen Balancierungen, der paradoxen Figuren, der weitgehend unverbundenen Gerölle in der Situation der Vereinzelung. — Dabei wäre es unvorsichtig, einsträhnige kausale Beziehungen zwischen soziologischer Situation und dichterischem Conceptum abzuleiten. Es besteht vielmehr ein kompliziertes Verhältnis der Wechselwirkungen, in das gleichermaßen die religions-, geistes-, politischgeschichtlichen und gesellschaftlichen Lagen und Ereignisse mit hereinspielen, ebenso wie das Schicksal der Dichterpersönlichkeiten und auch das Schicksal der Dichtersprache selbst, die sich nicht selten „befreit“, ihrer Zeit weit vorausseilt und Eigenbewegung entwickelt. Die dichtungsentologische Betrachtungsweise hat diese Wechselwirkungen zu zeigen.

Ausdrucksebenen

Moderne Dichtung spricht spezifisch in der Sprechweise des Arbeiters oder der des Soldaten, und zwar meist des Gefangenen, des Heimkehrers. Ferner im Habitus eines, der sich dem allgemeinen Treiben zu entziehen sucht; in der Haltung des outsiders, des überspitzten Individualisten, oder des Piloten, der mit Einbeziehung der Technik, des Arbeiter- und Soldatenstandpunktes sich einen Bezirk außerhalb der Bürgerlichkeit zu sichern bestrebt ist. Es sprechen die Stimmen, die im Aufbruch, die auf der Suche sind.

Aufbruchsdynamik, Auslug-Positionen charakterisieren die Dichtungen dieser Jahre. Man findet sie in Hemingways „Der alte Mann und das Meer“, wenn auch auf eine vielfach schattierende und abwandlende Art, wie bei Saint-Exupéry, W. H. Auden, Kay Cicellis u. a. Sie sind sehr verschieden getönt, verlieren sich in der Leere oder stoßen zu einzelnen Dingen und Augenblicken vor, eröffnen sich das „Nichts“ oder eine weiter gefaßte Wirklichkeit des Traums und des Spiels, verbinden und zersprengen, abstrahieren, und blenden dabei doch immer wieder Ausschnitte aus der dinglichen Wirklichkeit an.

„Auf dem Krematorium-Schlot die Krähe
Und die Kamera, auf Kampfbilder erpicht,
Schneiden Räume aus, doch die Zeit fällt aus.
Zur Rechten ein Dorf in Flammen; im Marktflecken auf der
Linken
Feuern Soldaten, den Schulzen packen die Tränen,
Die Gefangenen werden abgeführt, während fern dahinten
In grabgrüner See ein Tanker versinkt.
So geschah es von jeher . . .“

Das lesen wir in W. H. Audens Gedicht „Gedenkmal für die Stadt“. Der Dichter steht auf dem Auslug und versucht, die vielen anstürmenden Einzelheiten, dieses Zuviel an Wirklichkeit, ohne Exaltation „zu sagen“. „Die beharrlichen Augen der Krähe und der Kamera blanker Auslug / Sehen redlich nach ihrem Vermögen . . .“ Die Grenze des vom Menschen Faßbaren soll möglichst weit hinausgeschoben werden ins unbegreiflich Un-menschliche, aber sie bleibt immer ‚redlich‘ bewußt und wird durch kein Heroen-Pathos verschleiert. Die Dichtung ist kritisch, mißtrauisch gegenüber dem, was einlullt.

Nicht so sehr „Haltung“ oder „Gesinnung“ scheint uns

das Gewichtige und das Neuartige an solcher Dichtung der zwanzigsten Jahrhundertmitte zu sein, sondern ihre Fügung, ihr Conceptum, das man in den Ausprägungen des Rhythmischen, der Sprechweise, der Bildhaftigkeit, des Sinnzusammenhangs interpretieren muß.

Von Ideendichtung und idealtypischer Dichtung hat sich Vers und Prosa mehr und mehr entfernt. Die Enthebung aus dem gewohnten Kreislauf geschieht nicht durch formelhaft-begriffliche Lösungen, durch den Hinweis auf Bildungsziele oder auch durch das Auswählen des Harmonisch-Schönen aus der Wirklichkeit. Diese wird vielmehr weit gefaßt: in ihr ist die ‚innere‘ Welt des Traums und des Spiels ebenso enthalten wie die dingliche Welt ‚draußen‘. Der Naturalismus, der sich auf dieses ‚Draußen‘ beschränkte, macht nur noch kümmerliche und vergebliche Versuche der Wiederkehr, etwa im Reportage-Roman. Die expressive Gegenbewegung, die einseitig die Vision einfing, ist abgeschlossen; aber sie wirkt in der Dichtersprache der Jahrhundertmitte weiter. Nähe zu den einzelnen Dingen und gleichzeitig die Verknüpfung mit den abgelösten Linien, mit den nichtdinglichen Wirklichkeiten, gibt der gegenwärtigen Dichtung etwas Fluktuierendes. Man hat von Ambivalenz gesprochen, ohne dabei einzusehen, daß nicht die gegenübergestellten Positionen selbst im Mittelpunkt stehen, sondern die Spannung zwischen ihnen. In assoziativen, kontrastierenden, auch ironischen Darstellungsformen drückt sich dies aus. Die Dichtung, sei es nun ein Roman von Robert Musil oder von Heinrich Böll, eine Kurzgeschichte von Wolfgang Borchert, ein Gedicht von Paul Celan oder von Günter Eich, versucht, das vereinfachende Guckkastenschema Subjekt-Objekt, Drinnen - Draußen, zu überwinden, indem sie diese Verhältnisse zunächst beleuchtet und dann in Frage stellt. Sie verklammert die entgegengesetzten Bereiche der Wirklichkeit und versucht, nicht zu vereinfachen, nicht auszugleichen, sondern Spannungen nachzuvollziehen mit ihren Mitteln, mit den Mitteln der Sprache; den Funkenprung zwischen den Gegenpositionen zu ermöglichen.

Zwar haben menschliche Grunderfahrungen, wie sie seit Jahrtausenden immer wieder in der Dichtung umkreist worden sind, weder im Gedicht, noch im Roman und im Drama an Gewicht und Elastizität verloren, selbst wenn sie oft verschattet erscheinen. Auch in der Situation des Diskontinuums wird noch Perzeption ermöglicht, wenngleich auf eine andere, differenziertere Weise als zu Zeiten teleologischer Konzeptionen.

Nicht mehr die direkt abzielende Allegorie, die stellvertretend für eine Idee oder einen Glaubensinhalt Gestalten setzt, gelingt hier. Selten nur mehr rundet sich das dichterische Bild zum Symbol, das, tiefgegliedert, nicht nur auf Zusammenhänge hinweist, sondern sie in sich enthält, verknüpft und verdichtet. Es herrscht vielmehr ein Verweisungszusammenhang von Chiffren: es kommen Bildfelder zustande, aus vielen einzelnen, augenblicksgebundenen Sigeln, die, jedes für sich genommen, lediglich Hinweischarakter haben, kleine Bilderschrift-Zeichen, die mosaikartige Kompositionen bewirken. Der Krematorium-Schlot etwa, die Krähe, die Kamera-Linse, das Dorf in Flammen, der Schulze in Tränen, dies alles sind (in den oben zitierten Versen von Auden) solche ‚Chiffren‘; keine Symbole und auch keine Allegorien. Hier setzt die Arbeit des Interpreten ein. Formale und inhaltliche Fragen verknüpfen sich. Auch die Frage nach den historischen Bewegkräften im Hintergrund ist hier neu zu stellen, nach den Wechselwirkungen, von denen oben die Rede war. Der geschichtliche Ort einer Dichtung, die sich zur Chiffrensprache bekennt, ist aus der Dichtung selbst heraus, im Blick auf die geistesgeschichtliche Situation zu erfragen.

Kritik: Maßstab und Grenze

Es gibt bestimmte künstlerische Kategorien, die bei der Beurteilung der zeitgenössischen Dichtungsversuche angewendet werden können, mit aller Vorsicht und mit der notwendigen Nicht-Pedanterie. Sie dürfen nicht einseitig an einem Beispielmateriale vergangener Dichtungsepochen gewonnen sein, etwa der goethischen oder des 19. Jahrhunderts, sondern es muß sich um künstlerische Kategorien handeln, die auch dann gültig sind, wenn man dem Wandel des Lyrischen, des Epischen, des Dramatischen im Laufe der Dichtungsgeschichte Rechnung trägt. Sie müssen der Dichtung, wie sie heute vorhanden und möglich ist, immanent sein; kritische Gesichtspunkte, die von über-

holten Positionen oder sonst „von außen her“ herangetragen werden, helfen nur wenig weiter. Verbindliche Maßstäbe beruhen also weniger auf einer Wertetabelle mit vorgefaßten Standpunkten, sondern sie beziehen sich auf das Zusammenstimmen oder die inneren Spannungen des jeweiligen dichterischen Gebildes selbst und erfassen zugleich inhaltliche und formale Anzeichen. Dazu nur einige, und nicht die diffizilsten Hinweise auf Möglichkeiten:

Das Erfülltsein der Verse und der Prosa zeigt sich darin, daß der Dichter seine Welt „verdichtet“ und in Klang, Rhythmus, Bild, Assoziation, Sinnzusammenhang zugleich bewältigt. Wenn er nur von „außen her“ dichtet, das, was zu gestalten wäre, formelhaft und begrifflich ausspricht, so kann er zu formal untadelhaften und von der Gesinnung her gesehen lobenswerten Versen und Prosasätzen kommen, ohne daß er den Anspruch eines lyrischen Gedichtes oder einer Erzählung erfüllt. Gerade in der jüngsten Entwicklung des Gedichtes begegnet man z. B. oft den Worten „Figuren“, „Linie“, „Spirale“, „Kurve“ im Gedicht. Sie stehen zumeist dort, wo der Dichter vergeblich bestrebt war, eine ihm vorschwebende, moderne, durch die Abstraktion von den Einzeldingen oder durch den Zusammenschluß der Einzelmomente entstehende sprachliche, rhythmische, klangliche und gedankliche „Kurve“, „Spirale“ usw. in den Versen zu gestalten. Das direkte Aussprechen dieser Namen entspringt einer Hilflosigkeit und entspricht zumeist dem Kapitulieren vor der schwierigeren Arbeit.

Bloße Spekulation auf Interessantheit entlarvt sich bald beim Blick auf das Zusammenstimmen der dichterischen Bilder und Chiffren. Sie können kühn und ungewöhnlich sein. Aber sowohl das Klischeehafte, das auf einen Aufguß etwa der Goldschnitt-Lyrik oder des Jugendstils hindeutet (rauschende Brunnen hier, Rosenornamente und Asphodelen dort), wie das Sprengen des Bildes oder der Chiffren-Felder durch gewollten Extremismus lassen argwöhnen.

Sprachhaltung

Das Zusammenstimmen offenbart sich auch in dem Verhältnis der Sprachhaltung zum Ausgesagten. Ein übernommenes „hohes Pathos“ stimmt sehr oft nicht mit dem Versuch überein, einen Augenblick der modernen Gegenwart festzuhalten. Ironische Sprachhaltung am falschen Ort zerstört den Sinnzusammenhang, statt daß sie ihn fördert; bei Gedichten der desillusionierenden „Entschleierung“ (Wedekind, Brecht, Kästner) stört sie das Conceptum nicht. — Sachlich-nüchternes, knappes Aussprechen ist einem modernen Gedicht oft vorzüglich angemessen, und doch gibt es auch Fälle, daß dadurch Dissonanzen unkünstlerischer Art entstehen, dann nämlich, wenn die Wesensmitte des Gedichtes Feier und Anrufung ist. — Wenn es in einem Gedicht, das auf den Soldaten des zweiten Weltkrieges bezogen ist, heißt: „Die Knaben bluten aus auf ihrem Schilde / Und Jünglinge seufzen ohne Klage“, so ist diese Übernahme des Schillerstils auf eine Situation, die der Tonlage dieses Pathos nicht entspricht, ein solches Nichtübereinstimmen, ein Fehlgreifen im Ton.

Ein einigermaßen sicheres Kriterium ist sodann die Notwendigkeit und Unauswechselbarkeit der Worte im Gedicht und in der Prosa. In einem guten Gedicht, ob es nun in einem festen Metrum oder ob es freirhythmisch gestaltet ist, hat jedes, auch das kleinste Wort, seinen Platz und ist ein integrierender, unauswechselbarer Bestandteil des Klangleibs, der rhythmischen Bewegung, des Bildkosmos und des Sinnzusammenhangs, also des Gedicht-Conceptums.

Eine weitere Grundlage zur kritischen Beurteilung ist die Übernahme von vorhandenem dichterischem Bestand. Freilich, alle haben Väter. Aber das sollte nicht so weit gehen, daß Hölderlin, Trakl, Rilke, Benn in ihren ganz genau bezeichnbaren Wortfeldern, Bildfeldern, Rhythmus eigenheiten lediglich nachgesprochen werden.

Solche Maßstäbe, das möchte ich noch einmal betonen, sind freilich keine starren Gesetzbuch-Paragraphen und taugen nur einem Interpreten, der sich nicht allzu selbstverständlich als Richter aufspielt — einem, der immer wieder neue Zugänge zum Gedicht sucht.

Für den Schreibenden selbst aber können sie Anhaltspunkte der kritischen Selbstprüfung sein. Der Kritik offen zu stehen ist ein Zeichen von Entwicklungsfähigkeit, von menschlicher Überlegenheit, nicht das Verhärtetsein und der beleidigte Künstlerstolz. Indessen soll sich das kritische Argument nicht gegen das stoffliche Faktum und gegen die Gefühls-Sphäre allein richten, als beständen sie außerhalb des Mediums der Darstellung. Gedichte und Erzählungen sind erst durch die Darstellung „etwas“, sie sind ihrer Seinsweise nach Dargestelltes.

In ihnen, auch in den ernstesten noch, ist Spiel. Die Komposition, das Medium der Darstellung, ist also nicht



gegr. 1909

gegr. 1909

PETER NAACHER

FRANKFURT AM MAIN

Bockenheimer Landstraße 133 (Buchhandlung für Universitäts-
bei der Universität wissenschaften)
Steinweg 3 (Das Haus der Bücher)
Schweizerstraße 57 (Sortiment)
Schweizerstraße 19 (Antiquariat)

Ruf: 67644/45

Bitte besuchen Sie uns in unserer neuen Buchhandlung

am Steinweg 3

„Das Haus der Bücher“

Durch geschulte Fachkräfte erhalten Sie in unseren Betrieben studiumgerechte Literaturberatungen. Literatur aller Disziplinen liegt ständig zur Einsicht aus

Die Straße nach Tarascon

Kennen Sie die Straße nach Tarascon? Jene endlose Straße, an ein paar Drähten aufgehängt zwischen Himmel und Erde.

Man nennt sie so.

Allerdings führt sie nicht eigentlich in die Stadt, diese liegt ein wenig abseits von ihr in den Wiesen, aber immerhin ist Tarascon von ihr aus noch am besten zu erreichen. Auch beginnt die Straße gar nicht in Arles, der nächsten nördlich gelegenen Stadt, sondern irgendwo draußen, in der Provinz. Niemand weiß genau wo.

Wenn man von einem erhöhten Punkt aus die Landschaft betrachtet, sieht man, wie die Straße sich nie davon einfangen läßt. Sie geht immer zu beiden Seiten über das Bild hinaus, gleichsam in einem aufenthaltslosem Vergehen begriffen, von der weißen Glätte, der Ebenheit ihrer Oberfläche noch beschleunigt. Auch, wenn man sich so stellt, daß die Straße von einem fort in die Tiefe des Bildes hineinläuft, ist sie da wie ein gebohrtes Loch am Horizont, das die um-

die regellose Hast des Gehetzten. Was einen treibt, ist dort vorne der schmale, offene Raum zwischen Himmel und Straße, den man gewinnen möchte, durch den man noch zu entkommen hofft, wenn man sich ganz klein macht, wenn man ganz flach sich der Straße anpaßt, und von dem man weiß, daß er sich unaufhaltsam schließt. Dann bleibt man eingesperrt in dem hohlen Gang der beiden Böschungen, die sich so ähnlich sind. Ein unerbittlich blaues Eisen, sinkt der Himmel schneidend in das gelbe Land.

Auf halbem Wege, zwischen den beiden Städten, liegt die tote Mühle. Es ist die Mühle Daudets mit ihren Mäusen und verfallenen Gesprächen.

Dort traf ich ihn.

In dem strichigen Schatten des Ginsters hatte er gelegen, grüßte nun und kam herab. Trotz seiner tadellosen Kleidung sah er verwahrlost aus.

Während wir miteinander nach Tarascon gingen, sprach

lich glühende Geheimnislosigkeit, die auf verwöhnte und ermüdete Sinne zunächst so anziehend wirkt. Doch reisen die Fremden schon nach kurzer Zeit wieder ab.

Als ich ihn wiedertraf, war auch er dabei, die Stadt zu verlassen. Neben ihm lief eine junge Frau, hielt ihn am Arm fest und redete auf ihn ein. Er schüttelte zu dem, was sie sagte, immer wieder den Kopf. „Sie wird warten“, beharrte er in einem greisenhaft aufsässigen Besserwissen.

Schlaf und Speise

Paul Celan

Der Hauch der Nacht ist dein Laken, die Finsternis legt sich zu dir.

Sie rührt dir an Knöchel und Schläfe, sie weckt dich zu Leben und Schlaf,

sie spürt dich im Wort auf, im Wunsch und Gedanken,

bei jedem von ihnen, sie lockt dich hervor.

dir das Salz aus den Wimpern und tischt es dir auf,

in ein paar Stunden den Sand ab und setzt ihn dir vor.

wie als Rose war, Schatten und Wasser,

dir ein.

Übersetzt von: „Mohn und Gedächtnis“, Deutsche Verlags-Anstalt,

SÜDWESTDEUTSCHES JUGENDREISEBÜRO

Klaus-Dieter Ehlers

Hauptbüro Stuttgart: Hohenheimerstraße 67

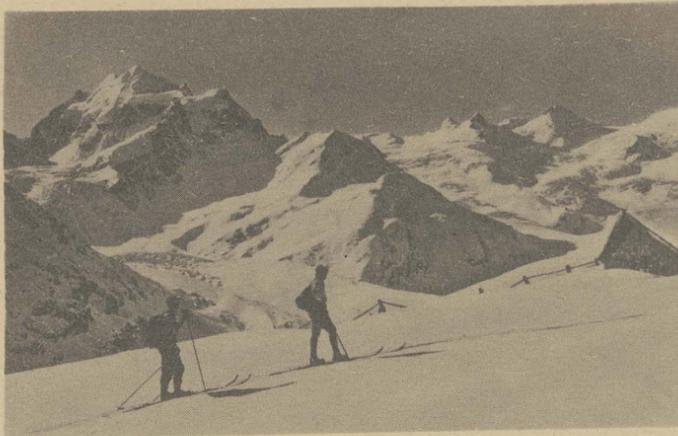
9 - 18 Uhr, Telefon 241331

Bezirk Nordbaden-Pfalz: Anton Wagner,

Heidelberg, Dantestraße 41, Telefon 5713

Bezirk Hessen: Olof Ehlers, Frankfurt-Heddern-

heim, Antoninusstraße 28



Verehrte Komilitonen, sehr geehrte Damen und Herren!

Das Südwestdeutsche Jugendreisebüro, das seit Anfang des Jahres auch in Frankfurt einen Vertreter hat, hat soeben sein ausführliches Winter- und Frühjahrsprogramm herausgebracht und wir hoffen, dass dieses Programm Ihre Zustimmung finden wird. In den Weihnachtsferien stehen Ihnen über 40 Häuser in allen Teilen der Alpen zur Verfügung: im Allgäu, im kleinen Walsertal, in Bayern, Kitzbühel, Stubaieralpen, in den Dolomiten und an verschiedenen Plätzen in der Schweiz. - Wir würden uns freuen, recht viele von Ihnen bei unseren Freizeiten begrüßen zu dürfen.

Weihnachtstermine: 26. Dezember bis 1. Januar jeweils von und
1. Januar bis 7. Januar bis Stuttgart

Zufahrt von Frankfurt am Tage vorher in Verbindung mit Fa. Riedels'Söhne und Reisebüro Alpina. Übernachtung in der Jugendherberge.

A L L G Ä U

Schletteralm am Schwarzen Grat bei Grossholzleute		
Preis für den Aufenthalt pro Termin	DM	41.--
Fahrpreis ab Frankfurt	DM	30.--
Falkenhütte bei Steibis über Oberstausen		
Preis für den Aufenthalt pro Termin	DM	40.--
Fahrpreis ab Frankfurt	DM	31.--
Friedrichshafener Hütte, Steibis-Schindelberg		
Preis für den Aufenthalt pro Termin	DM	39.--
Fahrpreis ab Frankfurt	DM	31.--
Köpflealm Balderschwang über Oberstausen		
Preis für den Aufenthalt pro Termin	DM	35.--
Privatzimmer in Balderschwang (nur mit Frühstück)		
Preis für den Aufenthalt pro Termin	DM	28.--
Fahrpreis Frankfurt - Balderschwang	DM	34.--
Haus Gerstenbrändle Gunzesrieder Tal		
Preis für den Aufenthalt pro Termin	DM	38.--
Fahrpreis ab Frankfurt	DM	31.--

Der Preis für den Aufenthalt umfasst: Übernachtung in Mehrbettzimmern, teilweise auch 2-Bettzimmern, volle Verpflegung, Kurtaxe und alle sonstigen Abgaben, Wintersportbetreuung.

nicht, wie sie warten wird, deine Schwester? — kleinen Fenster wird sie stehen unterm Dach, und Du weißt nicht, was das ist, ein Versprechen.“

„Er vendete sich seine Begleiterin plötzlich an mich, mir ihn zurückzubringen! Morgen will ihn mit dem Wagen hinfahren, nach Arles, aber er wartet. Erst vorgestern ist er gekommen.“

„Zeit“, unterbrach er sie mit seiner hastigen, fast unangenehm Dringlichkeit. „Man muß gehen!“ „Man muß derholte er und bemühte sich, sie möglichst sanft zuzuschieben.

„Er drüben ist, wird er wieder fort wollen“, bemerkte er. „Er bleibt nirgends... der weite Weg...“ „Geht es nun schon sieben Jahre“, setzte sie entsetzt.

„Er dachte ich, daß dieser Mann wahnsinnig war. Von dem ich in der lautlosen Art des Wahnsinns.“

„Er war auf der Straße.“

„Er überwältigt in ihr Unzu Hause, daß er jeden Tag rüßig war. Er war der Gefangene ihrer Freiheit.“

Lore Lenberg

Zum Himmel ...

„Ich habe Sie heute begegnet mir ein älterer Herr. „Ich bin Herr Himmel“, sagte ich. „Ja gewiß, dort der Gang sehr lang war, frug ich aus Vorsicht nach anderen, ebenfalls älteren Herrn. „Das tut mir nichts, ich gehe in die entgegengesetzte Richtung!“ Als ich an einer Ecke den dritten älteren Herrn, der mich in eine neue Richtung wies, von seinen Vorgängern sprach, meinte er: „Nur sagen, was ich wirklich weiß.“ „Aber Sie sind doch hier zuständig sein!“ rief ich. „Nur sagen, was ich wirklich einmal festgestellt habe.“ „Sorgenvoll und frug mich teilzunehmen Sie denn nun, wenn Sie nicht zu Herrn Himmel kommen?“ Darauf nahm ich mir vor, einen Bericht bis zum Ende zu verfolgen. Aber an der Ecke sprach mich ein Herr etwa meines Alters: „Würden Sie so freundlich sein, zu Herrn Himmel?“ „Dort, wo Sie herkommen“, erklärte er. „Ich weiß ich nun zufällig genau; da ist die Richtung.“ „Ja und wo könnte es denn sein?“ „Ich würde in dieser Richtung“, meinte er jetzt. „Also gehen Sie den gleichen Weg“, bat ich ihn. „Ach nein“, er will ja noch nicht jetzt zu Herrn Himmel.“ Ich fragte seinen Rat, sprach jedoch den ersten, der mir den Rat gab: „Wohin gehen Sie?“ „Zu Herrn Himmel“, antwortete er ohne Zögern. „Sind Sie denn da richtig?“ „Und mir das Gegenteil.“ „Er war noch nicht stehen, näherte sich uns der erste Herr mit den Worten: „Entschuldigen Sie, ich vergaß Ihnen zu sagen: Zu welchem Herrn Himmel?“ „Zu mehreren?“ „Wahrscheinlich; jedenfalls führt der Gang zu einem gewissen Herrn Himmel.“ „Sind Sie dort?“ frug ich müde. „Wie kann ich das nicht wissen, zu welchem Herrn Himmel Sie gehen?“ wandte ich mich an den anderen, der mir den Rat gab: „Wohin gehen Sie?“ „Ich meine, er hat mich mit?“ „Daß er es nicht wissen kann.“ „Und was geschehen?“ „Sagen Sie selbst!“ riefen die Herren.

Chr. Oehler

Der gordische Knoten

Mit seinem neuen Buch*) stimmt Ernst Jünger in den Chor der Ost-West-Problematiker ein. Er nimmt ein Schlagwort beim Wort. Wenn man mit dem gängigen Gegensatz von Ost und West ernst macht, muß der Anspruch des Ostens ebenso berücksichtigt werden wie der des Westens. Im politischen Rotwelsch unserer Tage und Tageszeitungen dient der Slogan nur dazu, auch den leisesten Gedanken, der von der herrschenden Meinung abweicht, zu übertönen. Die Berufung auf die abendländische Kultur befreit von der Pflicht, das zu berücksichtigen, was außerhalb ihrer liegt. Jüngers Buch geht dagegen von der Erkenntnis aus, daß die Rede von einem „Abendland“ die Besinnung auf das Morgenland notwendig macht. Er will das, was hinter diesen beiden Begriffen steht, unparteiisch darstellen.

Der grundlegende Gegensatz bestimmt sich als der von „Erdmacht“ und „Licht“, Naturzwang und Freiheit. Indem der westliche Eroberer Alexander den gordischen Knoten durchhaut, verhilft er der Freiheit zum Triumph über das Schicksal. Seine Entscheidung stiftet die Lebensform des Abendlandes. Der dumpfen Tyrannei, der dithonischen Verschlungenheit stellt sich der Strahl des Schwerts, der Glaube an individuelle Verantwortung entgegen. Die fortschreitende Macht der Geschichte bricht die Immergleichheit der Natur. Jünger erkennt, daß Zeit und Geschichte etwas mit Freiheit zu tun haben. Der zielgerichtete Entschluß entwindet sich dem Zwang der Wiederholung.

Die ewige Wiederkehr des Gleichen ist das Prinzip des Mythos ebenso sehr wie der vegetativen Natur. Mythisches Denken liefert Vorbilder für jedes Ereignis, es sieht in allem, was geschieht, die Reproduktion dessen, was immer schon geschehen ist. Die Entscheidung will dagegen etwas Neues herbeiführen. Der Versuch, frei zu handeln, bedeutet deshalb Abkehr vom Mythos.

Um so mehr befremdet der Satz: „Mit der Fällung der Schlange (Symbol der Erdmacht) beginnt im Abendlande der Weg des eigentlich, das heißt mythisch Mächtigen.“ (S. 11.) Die Verneinung des Mythos wird hier selbst als mythischer Akt bezeichnet. Alexanders Tat war schon eine Wiederholung der Herakleischen, der Perseischen, der Theseischen. Jüngers Methode der Symbolinterpretation wird dem Immergleichen gerecht, nicht aber dem Fortschreitenden. Sie gleicht der des Wissenschaftlers, der einen Löwen und einen Haifisch ins Wasser wirft, um festzustellen, welcher von den beiden kräftiger und lebensfähiger ist.

Die gleiche Behandlung erfährt die Freiheit in ihrem Kampf mit dem Naturzwang. Indem die beiden Kategorien mit West und Ost gleichgesetzt werden, wandeln sie sich in geographische, d. h. natürliche Bestimmungen um: Freiheit wird zu einem Spezialfall des Naturzwangs degradiert.

Um diesen allzu durchsichtigen Trug zu verdecken, nimmt der Autor die eigentliche Fragestellung (eben: „Ost und West“, ursprünglich als Titel des Buches gedacht) behutsam zurück und fabriziert aus den geographischen Kategorien seelische. Die „Vermutung“ liege nahe, „daß es sich hier um Abgründe handelt, die im Menschen als solchem vorhanden sind...“ (S. 65.) Aber der „Mensch als solcher“ oder, wie es an anderer Stelle heißt, der „zeitlose“ Mensch ist ebenfalls eine mythische Konstruktion. Als Sklave des Naturzwangs ist er zugleich Sklave der eigenen Natur. Dagegen stimmen die jüdisch-christlichen wie die aufklärerischen Lehren von der Freiheit darin überein, daß der freie Mensch sich ändern kann, zum Guten wie zum Bösen. Was er in und um sich schafft, fällt nicht wieder der Natur anheim, die für jedes Leben mit dem Tod bezahlen läßt. — Des Autors Vorliebe gilt dem „Mythos, der stets genauer trifft als die Geschichte.“ (S. 67.) Auf diese Weise dient das fair play der angeblich objektiven Betrachtung der Gegensätze als bloße Tarnung für das foul play. Über dessen Ausgang hat der methodische Ansatz von vornherein entschieden.

Werden einmal die Gegensätze in den zeitlosen Menschen verpflanzt, so gewinnen sie selber Zeitlosigkeit. Der Sinn der geschichtlichen Zeit liegt gerade in der fortschreitenden Aufhebung der Gegensätze. Das deutsche Sprichwort „Kommt Zeit, kommt Rat“ will weniger als Warnung vor übereilten Entschlüssen verstanden werden, als andeuten, daß mit der Zeit zusammen auch Versöhnung am Werke ist. Die richtige Handlung in Freiheit richtet sich an dieser Versöhnungsarbeit der Geschichte aus, indem sie dem jeweiligen Problem zu seiner Lösung verhilft. Hingegen hält Jünger an den Gegensätzen fest. Seine Lösungen liegen deshalb im Bereich der Herrschaft, der Überraschung des einen Gegensatzes durch den anderen. Der Tendenz der Zeit zufolge löst die Entnazifizierung die Entnazifizierung ab. Die entscheidende Bewährung des Menschlichen dem Natürlichen gegenüber findet im Schwert ihr Symbol, das aus der Scheide gezogen wird. Sein Licht bestrahlt das Abendland. — Die Bibel kennt eine andere Bewährung mit anderen Symbolen. Es sind das der Ölweig und der Schimmer des Regenbogens. In ihnen begegnet befriedete Natur dem Menschen, der sich und ihre Geschöpfe kraft eigener Arbeit gerettet hat. Solche Erfahrung des ersten Schiffkonstruktors (Abendländers?) Noah dürfte unserem Autor fremd sein: bedeutet doch in seinem Wortgebrauch „Begegnung“ soviel wie Krieg.

Jüngers Verdienst, auf den Anspruch des Ostens wie des Westens einzugehen, verschwindet vor dem Schaden, den er anrichtet. Nicht nur, weil er der Freiheit von vornherein jede Chance nimmt. Nicht nur, weil er beide Ansprüche in die der puren Herrschaft verkehrt. Sondern schon die Attitüde der kaltblütigen Beschreibung der „Tatsachen“ enthält die Schadenfreude darüber, daß es den Leuten demnächst wieder schlecht

* Ernst Jünger: Der gordische Knoten, Verlag Klostermann, Frankfurt am Main.

gehen wird. Überdies ist der Unparteiische bedacht auf sein Alibi beiden Parteien gegenüber. Er identifiziert sich mit niemand, deshalb darf ihm auch niemand gram sein. Solche Konsequenz der Haltung erinnert eher an die Wetterfahne als an den pompejanischen Soldaten, der durch sein gesamtes Oeuvre geistert. Auch jene verharrt auf ihrem Posten, der dafür noch kein verlorener zu sein braucht. Weise verzichtet sie darauf, Wetter machen zu wollen, seils gutes oder schlechtes, sie zeigt an, was ist. In Sturm und Sonnenschein, Ost- und Westwind, bleibt sie auf ihrer Turmspitze stehen, auf dem Elfenbeinturm der Dichtung, auf der hohen Warte der Historie. Wenn ihr das jemand übelnimmt, beruft sie sich auf das Gebot meteorologischer Objektivität.

Oder soll man Jüngers Verhältnis zur jeweiligen Windrichtung mit dem der Aeolsharfe vergleichen? Sie liefert die Begleitmusik zum Chor der Ost-West-Problematiker. Ihre besondere Klangfarbe läßt sich aus dem Stimmenknäuel recht gut heraushören. Weil ihre Töne besonders falsch sind.

Ivan Nagel

Entbindung von hormonalen Fesseln?

Die Zeit, in der ein bedeutender Naturwissenschaftler sich um seinen guten Ruf brachte, wenn er einmal den Boden der exakten Detailforschung verließ, um sich — wie Lachelier es ausdrückte — auf die Seite derer zu schlagen, die „als Forscher weder auf Darwin noch auf Moses verzichten“ möchten, diese Zeit — so scheint es — ist langsam im Abklingen. Allenthalben unternehmen die Naturwissenschaftler den Versuch, entgegen materialistischen und positivistischen Anschauungen das Rationale mit dem Irrationalen zu versöhnen.

Aber wie schwierig ein solches Unterfangen ist, zeigt das Resultat der Untersuchung „Die Entwicklung zum Menschen als geistig-sittlichem Wesen“ von P. Lecomte de Noüy¹⁾. Der Autor gehört zu jenen Forschern, die sich der Naturphilosophie verpflichtet haben, und wurde für sein Werk mit dem großen Preis der Academie Francaise ausgezeichnet, was man als Bestätigung der eingangs vertretenen Vermutung auffassen darf.

Drei große Perioden, meint Lecomte, umfassen die Gesamtentwicklung der Erde: die erste reiche vom Beginn des Weltalls bis zum ersten Auftreten des Lebens, die zweite von da bis zum „Aufdämmern des Bewusstseins“ und die dritte führe von dort zu einem geistig-sittlichen Wesen „höherer Art“, das allerdings noch nicht existiert. Der Carnot-Clausius'sche Entropie-Satz von der Irreversibilität thermodynamischer Prozesse treffe in vollem Maße für die erste, kaum noch für die zweite und überhaupt nicht mehr für die dritte Periode zu, was bedeutet, daß der menschliche Geist dieser für die anorganische Welt absoluten Bindung nicht unterliegt.

Soweit bietet Lecomte nichts wesentlich Neues, wenn man nicht seine faszinierende Überschau aller mit dem Problem der Evolution zusammenhängenden Theorien und Hypothesen als etwas Einzigartiges bezeichnen will. Aber nun kommt der religiöse Naturphilosoph Lecomte und gibt dieser ganzen Entwicklung einen teleologischen Sinn und ein schon jetzt feststehendes Fernziel: den Menschen — und zwar nicht als physisches und physiologisches Wesen, sondern „als verstandesbegabtes, sittliches und geistiges Wesen, das wir im heutigen homo sapiens erst angedeutet finden, das aber in den großen Propheten, Märtyrern und Heiligen bereits Wirklichkeit geworden ist.“ Nach der Erreichung eines physischen Vollkommenheitsgrades, „der neue Versuche auf physiologischem und morphologischem Gebiet überflüssig“ mache, „mußte sich die weitere Entwicklung auf einer anderen Ebene vollziehen, auf einer wesenhaft menschlichen Ebene, auf der des Geistes.“ Mechanismus der Evolution auf dieser neuen, höheren Ebene sei die Tradition, durch die der Mensch der Mühe enthoben werde, den Entwicklungszyklus seiner Vorfahren noch einmal durchlaufen zu müssen, ehe er sich selbst weiterzuentwickeln vermag. Dank seiner Handlungsfreiheit könne der Mensch zu seiner Vervollkommnung in doppelter Weise beitragen: einmal müsse er sich fortpflanzen, damit das „Material für die Entwicklung“ vorhanden ist, zum andern aber müsse er „alles unterdrücken, was ihn noch mit dem Tier verbindet.“

Die Paradoxie dieser Forderungen ist offenbar. Nicht akzeptabel erscheint dem Rezensenten auch, daß die „Märtyrer, Pro-

1) Pierre Lecomte de Noüy: „Die Entwicklung zum Menschen als geistig-sittlichem Wesen“, Kipper-Verlag, Stuttgart.

Bibliographie der Dissertationen

Der in Düsseldorf neu gegründete Zentralverlag für Dissertationen Triltsch bereitet eine laufend erscheinende Bibliographie der Dissertationen und Habilitationsvorschriften vor. Eine zentrale Sammelstelle für Austausch, Verleih und Lieferung dieser Schriften soll die herrschenden Schwierigkeiten bei der Beschaffung wissenschaftlicher Arbeiten beseitigen. Der Verlag hat es sich ferner zur Aufgabe gemacht, Dissertationen und Habilitationsschriften zu besonders günstigen Bedingungen zum Druck zu verhelfen.

Dieser Ausgabe liegt ein Gutschein des Verlages Handelsblatt GmbH., Düsseldorf, bei, um dessen freundliche Beachtung wir unsere Leser bitten.

foto WAGNER berät Sie gern in allen Fotofragen
BOCKENHEIMER WARTE · RUF 71657

pheten und Heiligen“ — den Übergangsgliedern vergleichbar, die in grauester Vorzeit innerhalb riesiger Zeiträume die Entwicklung vorwärts getrieben haben — die „wahren Wegbereiter der Evolution“ sein sollen, eine Behauptung, die um so dubioser wird, je ernster man nach der Bezogenheit sittlicher und geistiger Werte fragt. Und allzu naiv betont Lecomte die Wichtigkeit, die Tugenden Reinheit, Güte, Schönheit und Glaube „zur Herrschaft“ zu bringen. An solchen Stellen, die man überall in dem durchaus interessanten Buch findet, macht sich denn doch ein erheblicher Mangel an soziologisch-realistischer Einsicht zu empfindlich bemerkbar, als daß man vom Gelingen des Versuchs, den Lecomte wagte, noch voll überzeugt sein könnte.

Der Verfasser meint, seine Hypothese stehe, weil sie den Anteil des Zufalls an der Entwicklung berücksichtigt, nicht im Gegensatz zu den physikalisch-chemischen und biologischen Gesetzen und man dürfe sie nicht ablehnen, „nur weil sie eine Kraft voraussetzt, die wir nicht zu erkennen vermögen.“ Aber der Finalismus sei kein Glaubensbekenntnis, sondern eine notwendige Folgerung aus wissenschaftlichen Ergebnissen. „Glaubensbekenntnisse trifft man nur noch bei den alten Materialisten an. Man sollte ihnen dieses Vorrecht belassen als Trost für die Mühe, die sie aufwenden müssen, wenn sie die nicht deterministische theoretische Physik unserer Zeit mit ihren gefühlsmäßigen Überzeugungen in Einklang bringen wollen.“

Aber ob man mit Polemik den Versuch rechtfertigen kann, der natürlichen Evolution nur deshalb eine finalistische Bestimmung zu geben, weil sie nun einmal stattgefunden hat, ist genau so zweifelhaft wie die Meinung, der „höhere“ Mensch der Zukunft müsse ein von „hormonalen Fesseln“ befreites Wesen sein.

Helmut Lamprecht

Diskussion über Todesstrafe

Daß die Todesstrafe durch unser Grundgesetz (Art. 102) abgeschafft ist, hat den Streit um ihre Notwendigkeit nicht beendet. Zwar ging 1950 der Bundestag über einen Antrag der Bayernpartei auf Wiedereinführung der Todesstrafe zur Tagesordnung über; aber schon zwei Jahre später bewiesen Befürworter der Todesstrafe — Bayernpartei und DP — in Diskussion und Abstimmung, daß sie inzwischen auch einen erheblichen Teil der CDU- und FDP-Frakturen zu ihrer Meinung bekehren konnten.

Argument gegen Art. 102 des Grundgesetzes war „die erschreckende Zunahme der Gewaltverbrechen in der Nachkriegszeit“. Diese sei ein Zeichen dafür, wohin es führe, wenn man die „Verbrecher in Watte packe“; eine lebenslängliche Zuchthausstrafe könne nicht abschrecken; auch sei die Volksstimmung aus dem „christlich betonten Grundsatz der Vergeltung“ (sic!) für die Wiedereinführung der Todesstrafe.

Düsings Buch über die „Abschaffung der Todesstrafe“⁹⁾ führt die Argumente des Für und Wider sowie die entgegenstehenden Tatsachen auf: die Polizeistatistik sämtlicher Länder der Bundesrepublik zeigt eindeutig ein Absinken der Durchschnittsziffer der vollendeten Mord- und Totschlagsdelikte in den letzten Jahren, gerade seit Abschaffung der Todesstrafe. Es enthält auch die in der oben erwähnten Debatte gebrauchten Gegenargumente: eine lebenslängliche Zuchthausstrafe werde härter empfunden als „le mauvais quart d'heure“ der Hinrichtung; die Anhänger der Abschreckungstheorie verkennten, „daß ihre eigenen Vorstellungen von Todesfurcht sich nicht in die Seelen von abgebrühten Mördern hineinprojizieren lassen, die — in zwei Weltkriegen systematisch zur Todesverachtung erzogen — an der Front und in der Heimat vielfachen Tod zu verursachen und miterleben gelernt haben“; hätte man sich in diesen Fragen immer nach der christlichen Volksstimmung gerichtet, dann müßte man schließlich noch heute Hexen verbrennen usw.

Außerdem sei die Möglichkeit eines Justizmordes nicht auszuschalten; eine einmal vollzogene Todesstrafe könne nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Das Problem bleibt aktuell. Denn bei einer Wiederbewaffnung Westdeutschlands vermehrt sich durch das dann zu schaffende Militärstrafrecht der Katalog der Delikte, die nach herkömmlicher Meinung mit dem Tode bestraft werden müßten. Muß man aber wirklich im Interesse der Schlagkraft einer Wehrmacht auch den „Mut zum Fehlschlag“ aufbringen, die Möglichkeit des Justizmordes in Kauf zu nehmen?

Düsings Darstellung des Kampfes um die Todesstrafe beschränkt sich nicht nur auf die Argumente, wie sie seit Beccaria in wissenschaftlichen Auseinandersetzungen, seit 1848 in deutschen Parlamentsdebatten sowie bei den Beratungen verschiedener Juristentage gebraucht wurden. Der Verfasser versucht auch zu zeigen, welche Kreise zu den verschiedensten Zeiten für und gegen die Todesstrafe kämpften, wann sie abgeschafft und wann und von wem sie wieder eingeführt wurde. Das ist für unsere Stellungnahme wichtig, denn die Persönlichkeiten, die sich für etwas einsetzen, geben oft mehr Aufschluß über sein Wesen, als es abstrakte, „sachliche“ Argumente vermögen.

U. K.

9) Bernhard Düsing: „Abschaffung der Todesstrafe“, 1952, Bollwerk-Verlag, Offenbach/Main, Preis DM 12,80.

Der Verlag hat sich bereit erklärt, das Buch an Studenten zum Vorzugspreis von DM 6,50 abzugeben. Der Verkauf soll über die im DISKUS inserierenden Buchhandlungen Peter Naacher, Blazek & Bergmann, Schumann & Cöbet und Bahnhofsbuchhandlung Kaiser erfolgen.

Ihr Friseur im Studentenhaus
Untergeschoß — Zimmer 21

Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr
Samstag von 8 bis 17 Uhr
Dienstag von 8 bis 13 Uhr

Verkauf sämtl. Toilettenartikel - Preisgünstige Bedienung

Hochschulnachrichten

Frankfurt

An dem Frankfurter Forschungsprojekt „Probleme des Bevölkerungswachstums“ werden die Chicagoer Professoren Dr. Bert Hoselitz (Economics and Social Sciences), Herluf H. Strandkov Ph. D. (Zoology) teilnehmen.

Die Frankfurter Professoren Dr. Kurt Felix, Dr. Boris Rajewsky, Dr. Herbert O'Daniel, Dr. Richard Klar sind zur Mitwirkung an dem Chicagoer Forschungsprojekt „Der Einfluß der Naturwissenschaften auf die moderne Gesellschaft“ nach Chicago abgereist.

Rechtswissenschaftliche Fakultät

Am 24. 10. 1953 ist der Honorarprofessor für Verwaltungs- und Staatsrecht einschließlich öffentliches Versicherungsrecht und Politik und Obermagistrat i. R. Dr. Ernst Cahn verstorben. Professor Cahn war seit dem 25. 3. 1915 Honorarprofessor der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt.

Prof. Dr. Helmut Coing hat einen Ruf an die Universität Köln erhalten.

Medizinische Fakultät

Seine Magnifizenz Prof. Dr. O. Gans wurde von der Deutschen Dermatologischen Gesellschaft für die Jahre 1953/56 zum Vorsitzenden gewählt. Die British Association of Dermatology ernannte ihn zum Ehrenmitglied.

Prof. Dr. M. Gänsslen wurde zum korrespondierenden Mitglied der italienischen hämatologischen Gesellschaft ernannt.

Prof. Dr. Ferdinand Hoff ist zum Ehrenmitglied der Medizinischen Gesellschaft für Oberösterreich ernannt worden.

Dr. Walter Koller erhielt einen Lehrauftrag für Kieferorthopädie. Dr. Karl Diehl erhielt die venia legendi für Innere Medizin, speziell Tuberkulose.

Philosophische Fakultät

Prof. Dr. Johannes Hirschberger (Katholische Religionsphilosophie) und Priv.-Doz. Dr. Gerhard Steck (Evangelische Theologie) wurden zu ordentlichen Professoren ernannt.

Prof. Dr. Paul Thiele wurde auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Indogermanische Sprachwissenschaft berufen unter gleichzeitiger Ernennung zum persönlichen Ordinarius.

Prof. Dr. Theodor W. Adorno (Philosophie und Soziologie) und Prof. Dr. Walter Kienast (Mittlere und neuere Geschichte) wurden zu außerordentlichen Professoren ernannt.

Dr. Timothy Casey wurde mit der Verwaltung des Lektorats für englische Sprache beauftragt.

Pater Dr. Leo Ueding erhielt einen Lehrauftrag für Kirchengeschichte. Herm I-Hai Wang wurde ein Lehrauftrag für Chinesisch erteilt.

Naturwissenschaftliche Fakultät

Prof. Dr. B. Rajewsky erhielt anlässlich seines 60. Geburtstages das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik und die goldene Albers-Schönberg-Medaille von der Deutschen Röntgengesellschaft. Er wurde ferner zum Ehrenmitglied der Hessischen Gesellschaft für Medizinische Strahlenforschung (Hessische Röntgengesellschaft e. V.) ernannt.

Prof. Dr. Karl Krejci-Graf (Geologie und Paläontologie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

Prof. Dr. Leopold Horner hat einen Ruf auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Organische Chemie und Biochemie an der Universität Mainz angenommen.

Priv.-Doz. Dr. H. Muser hat für das Wintersemester 1953/54 ein Stipendium des British Council erhalten und wird für diese Zeit an der Universität Bristol tätig sein.

Die Naturwissenschaftlich-Philosophische Fakultät der Technischen Hochschule Braunschweig verlieh Prof. Dr. Ing. Karl Winnacker, Vorsitzendem des Vorstandes der Farbwerke Höchst, Ehren- und Rechte eines Doktors rer. nat. honoris causa.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Prof. Dr. F. Neumark wurde anlässlich der Frankfurter Tagung des „Institut International de Finances Publiques“ zum Vize-Präsidenten dieses Instituts gewählt.

Der seitherige außerplanmäßige Professor Dr. Carl Hagenmüller ist zum ordentlichen Professor für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Bankbetriebslehre, ernannt worden.

Dr. Erich Heitzog erhielt einen Lehrauftrag für „Methoden und neuzeitliche Entwicklung der Berufsanalysen und der Berufsauslese“.

Finanzgerichtsrat Dr. Dr. Richard Dornemann erhielt die venia legendi für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre.

Selbstverwaltung

Der Asta protestierte beim Vorstand des VDS gegen den in der letzten DSZ erschienenen Artikel „Besuch beim Bundeskanzler“. Der Artikel sei im Ton unpassend und entspräche in keiner Weise der Bedeutung dieses Ereignisses.

Am 19. 10. fand die LVK aller hessischen Asta statt. Man kam überein, daß die gesamte Deutsche Studentenzeitung auf der nächsten DK des VDS überprüft werden müsse. Zu der Frage des freiwilligen Sportbeitrages wurde festgestellt, daß es immer noch nicht gelungen sei, Klarheit in das Finanzgebahren der Sportinstitute zu bringen! An der Forderung nach Herabsetzung des Sportbeitrages muß festgehalten werden.

Nach dem Rücktritt von Herrn Gruppe wurde Herr v. Keußler zum Landesdelegierten gewählt.

Mit Prof. Dänzer wurde ein neuer Vertrag über das Wochenendheim in Oberreifenberg abgeschlossen. Danach wird ein Einwohner Oberreifenbergs verpflichtet, sich ständig um das Haus zu kümmern.

Die bisher noch nicht entschiedenen Anträge auf Gewährung des Hessen-erlasses (Sowjetzonen-Studenten) sollen in den nächsten Tagen bearbeitet werden, und zwar nach dem Gutachten, das von Prof. R. D. Ridder vorliegt. Das Gutachten steht positiv zu der Frage, ob Studenten einen Wohnsitz begründen können.

Richard Weichert inszeniert bei der Studiobühne der Frankfurter Universität

Im Wintersemester inszeniert Richard Weichert bei der Studiobühne der Frankfurter Universität das Picard-Lustspiel „Der Parasit“ in der Schillerschen Übertragung.

Als weitere Aufführung im Laufe des Semesters ist ein „Wilder-Abend“ mit Einaktern vorgesehen, die ein aus der Studentenschaft hervorgegangener Nachwuchsregisseur inszenieren wird.

Zum Universitätsfest und als Freilichtaufführung im Palmengarten wird Jakob Masens barocke Buffonerie „König für einen Tag“ in der Inszenierung von Fred Benend aufgeführt.

Ferner bereitet die Studiobühne ein Studenten-Brettel vor, zu dem Heinz Hartwig die Texte schreibt.

Die „Neue Bühne im Studentenhaus der Johann Wolfgang Goethe-Universität“ trat am 1. November 1953 eine Gastspielreise an, in deren Verlauf sie außer in Stuttgart und Freiburg auch in Zürich und Bern die Inszenierung „Ein Abend um die Matrone von Ephesus“ zur Aufführung bringen wird. Die Frankfurter „Neue Bühne“ ist damit eine der ersten deutschen Studentenbühnen, die im Ausland gastiert. Die Einladung von der Studentenschaft der Universität Zürich erfolgte, nachdem die Frankfurter Studenten anlässlich der internationalen Theaterwoche der Studentenbühnen in Erlangen 1953 mit der selben Inszenierung einen stark beachtlichen Erfolg erringen konnten.

Ferner lud der Schweizerische Fernsehdienst das Ensemble ein, Mitte November das Gastspiel vor der Fernseh-Kamera aufzuführen.

Gießen

Prof. Dr. Wilhelm Hanle, Ordinarius für Experimentalphysik, hat kürzlich den Ruf auf das Ordinariat für Experimentalphysik an der Technischen Universität Berlin endgültig abgelehnt, nachdem er im vorigen Sommer-Semester vertretungsweise diesen Lehrstuhl wahrgenommen hatte.

Professor Dr. Robert Feulgen, Ordinarius für Physiologische Chemie, wurde durch den Hessischen Minister für Erziehung und Volksbildung mit Wirkung vom 1. November 1953 von seinen amtlichen Verpflichtungen als ordentlicher Professor für Physiologische Chemie in der Akademie für Medizinische Forschung und Fortbildung der Justus Liebig-Hochschule Gießen entbunden.

NACHRICHTEN DER VEREINIGUNG VON FREUNDEN UND FÖRDERERN DER JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT E. V.

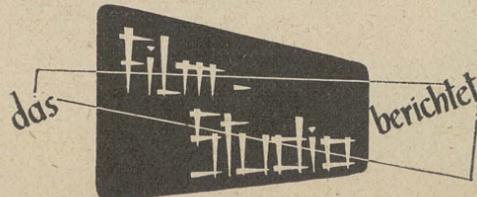
500 000 DM für die Universität

Seit 35 Jahren besteht die Vereinigung von Freunden und Förderern, die vor 3 Jahren wieder ins Leben gerufen wurde. Schon nach diesen 3 Jahren legt der Kreis der Förderer eine stolze Bilanz vor: rund eine halbe Million DM wurde der Universität zu verschiedenen Zwecken zur Verfügung gestellt.

Am 6. November hatte die Geschäftsführung alle Studenten zu ihrer Mitgliederversammlung eingeladen, und zwar über den Asta und den DISKUS. Außerdem waren 42 studentische Vereinigungen angeschrieben worden. „Es liegt uns daran, daß die Studenten über Ziele und Zwecke unserer Vereinigung einmal unterrichtet werden“, sagte der Geschäftsführer Dr. Scheller.

Es bezeugt den Optimismus, daß man zur Bewältigung der Besucher den Festsaal des Studentenhauses wählte. Unter den ca. 50 Anwesenden Mitgliedern waren die prominentesten Vertreter dieses Fördererkreises. Aber daß nicht einmal 20 Studenten die Einladung gefolgt waren, läßt vermuten, daß den Studenten die Bedeutung der Vereinigung und ihre Erfolge unbekannt sind. Waren sie es doch, die — neben vielen weiteren Spenden — 45 000 DM für den Umbau der alten Mensa zur Selbstbedienung gaben, wodurch eine angemessene Preissenkung ermöglicht wurde. Auch der große Clubraum im Studentenhaus ist ihr Geschenk. Besonders dankbar sollten die Studenten für den Reinerlös von DM 325 000,— aus der Uni-Tombola sein. Aber nicht einmal unsere Vertreter aus Parlament und Asta nahmen die Gelegenheit wahr, den Dank und die Solidarität der Studentenschaft durch ihre Anwesenheit zu beweisen.

Das zeigt deutlich, wie gleichgültig „Förderung“ von den Studierenden hingenommen wird. Nach der Versammlung äußerte ein Mitglied: „Wenn die Studenten in den modernen Sesseln dieses Hauses sich ausruhen und unterhalten, dann müßte sich doch mal einer fragen, ob denn diese Dinge wirklich so selbstverständlich hinzunehmen sind.“ Aus solchen Worten können wir heraushören, wie stark das Interesse und die Verbindung der Freunde und Förderer zu unserer Universität ist. Sie verlangen keine Gegenleistung, aber was sie erwarten, ist ein wenig Anerkennung ihrer Bemühungen.



Unser November-Dezember-Programm:

Mittwoch, 18. November, 18.30, 21 Uhr
 Donnerstag, 19. November, 14, 16.15, 18.30, 21 Uhr
Lang ist der Weg
 Ein Film von Herbert B. Fredersdorf und Marek Goldstein über das Leid der Juden.
 Im Beiprogramm: Asylrecht

Dienstag, 24. November, 20 Uhr
 Vortrag von Dr. Gero Priemel, Kulturfilmregisseur:
 Gestaltung der Wirklichkeit im Kulturfilm

Mittwoch, 25. November, 14, 16.15, 18.30, 21 Uhr
 Donnerstag, 26. November, 18.30, 21 Uhr
Der Filmkomiker (3. Teil)
 Abschluß unserer filmgeschichtlichen Entwicklungsreihe über Filmkomiker. 3 kleinere Werke mit Charlie Chaplin und sein Weiterfolg aus dem Jahre 1925:
Goldrausch

Mittwoch, 2. Dezember, 14, 16.15, 18.30, 21 Uhr
 Donnerstag, 3. Dezember, 18.30, 21 Uhr
Panzerkreuzer Potemkin
 Dieser Film, in der Regie von S. M. Eisenstein begründete eine völlig neue Schule in der Film dramaturgie.
 Im Beiprogramm: Epaves

Mittwoch, 9. Dezember, 14, 16.15, 18.30, 21 Uhr
 Donnerstag, 10. Dezember, 18.30, 21 Uhr
Der Trick- und Zeichenfilm
 Eine einmalige historische Übersicht über eines der interessantesten Kapitel der Filmgeschichte

Mittwoch, 16. Dezember, 14, 16.15, 18.30, 21 Uhr
 Donnerstag, 17. Dezember, 18.30, 21 Uhr
Vivere in Pace
 Regie: Luigi Zampa
 Im Beiprogramm: Und es begab sich ...

Für die Veranstaltungen des Filmfreundeckreises in den Monaten Januar und Februar sind folgende Filme vorgesehen:

L'Eternel Retour (Jean Cocteau)
 Der Hauptmann von Köpenick (R. Oswald)
 Der Verlorene (Peter Lorre)
 Die Glasmenagerie (nach d. Drama v. Tennessee Williams)
 City Lights (Charlie Chaplin)

Im Rahmen unserer Vortragsreihe sprechen im Januar:
 Lotte H. Eisner-Escoffier, Paris:
 „Die Entwicklung des französischen Films“
 Prof. Dr. Fedor Stepun, München:
 „Theater und Film“

Trotzdem wird die Vereinigung nicht resignieren. Sie kennt die großen Aufgaben der Universität und wird weiter mithelfen, die Schäden zu beseitigen, die der Krieg in den Instituten unserer Universität angerichtet hat. Über ihrer Arbeit steht das Goethe-Wort: „Das Wissenschaftliche wird von vielen Seiten zusammengetragen und kann vieler Hände, vieler Köpfe nicht entbehren. — Es ist daher niemand, der nicht seinen Beitrag den Wissenschaften anbieten dürfte —“ (Farbenlehre).

Aus dem Geschäftsbericht für das Jahr 1952 entnehmen wir:
 Mitgliedsbeiträge (einschl. Spenden) DM 30 903,—
 Bausteinsammlung 1952, mit Unterstützung der Studentenschaft durchgeführt DM 17 802,50
 Zinsen und Wertpapiere DM 1 394,46

Gesamtbruttoeinnahmen 1952 DM 50 099,96

Es kamen im Berichtsjahr Zuwendungen von DM 22 301,90 zur Verteilung.

Aufschlüsselung der Mitgliedsbeiträge:
 311 Beiträge von Einzelpersonen DM 6 603,—
 91 Beiträge von Firmen DM 19 285,—
 7 Spenden von Einzelpersonen DM 1 095,—
 11 Spenden von Firmen DM 3 940,—

zusammen 420 Beiträge und Spenden im Gesamtwert von DM 30 903,—

Zwei Drittel des Reinerlöses der Uni-Tombola DM 215 000,— wurden der Universität unter folgender Aufgliederung zur Verfügung gestellt:

Zur Ausgestaltung der Bibliothek der Senckenbergischen Anatomie DM 10 000,—
 Zur Herstellung einer Druckschrift „Wegweiser durch die Johann Wolfgang Goethe-Universität“ DM 8 000,—
 Zum Ausbau und zur Ausgestaltung der alten Mensa DM 45 000,—
 Für einen Berufungsfonds zur Berufung und Erhaltung wertvoller Persönlichkeiten des Lehrkörpers DM 40 000,—
 Zur Beschaffung zusätzlicher Betten im neuen Studentenheim DM 20 000,—
 Zur Unterstützung des Studentenwerks DM 25 000,—
 Für Beschaffung eines Omnibusses zur Durchführung von Exkursionen DM 25 000,—
 Zur Schaffung eines Dispositionsfonds für den Rektor DM 25 000,—
 Rückstellung für Sonderausgaben DM 17 000,—
 DM 215 000,—

Für den Rest von mehr als 100 000,— DM wurden zunächst nominal DM 100 000,— 8%ige bayrische Schatzanweisungen gekauft, mit denen sich die Vereinigung eine solide finanzielle Grundlage schuf. Das ermöglicht, die laufenden Einnahmen um diese stattlichen Zinserträge zu erhöhen und der Universität und ihren Einrichtungen alljährlich Zuwendungen in Höhe von ca. DM 30 000,— zu machen.

E. Sch.

Die Coca Cola GmbH, Frankfurt a. M. führt demnächst Besichtigungen ihres Werkes durch. Interessierte Studenten können sich in die im Asta ausliegenden Listen eintragen.

Der Zentral-Verlag für Dissertationen Tritsch-Düsseldorf-B, Jahnstraße 36, druckt Dissertationen preisgünstig. Angebote unverbindlich!



The British Centre

„Die Brücke“

Frankfurt a. M., Friedrich Ebert-Str. 48
 Tel. 3 22 86 u. 3 37 94

British Centre ist eine Einrichtung zur Förderung kultureller und geistiger Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland. Es umfaßt Bibliothek, Lesesaal, Vortrags- und Kinosaal.

Monatsprogramm November 1953

Vorträge:

Mittwoch, den 11. November 1953, 18 Uhr, Miss R. FOSTER, H. M. I. zeigt den Film „See how they move“ und spricht (mit Übersetzung) über „Modern Methods of Physical in Britain“.
 Donnerstag, den 19. November 1953, 18 Uhr, Prof. G. W. BROWN, M. A., Ph. D., F. R. S. C., von der Universität Toronto „Canada and the Commonwealth“.
 Donnerstag, den 26. November 1953, 18 Uhr, Mr. R. M. MARSH, M. A. Deputy Education Officer of Birmingham „Education for Citizenship“.

Filme:

2. 11. — 7. 11. 53: „RIG 20“, Moderne Ölbrandbekämpfung. „Fluglinie Arktis“, Flugnetz im nördlichsten Teil Kanadas. „Achievement in the Air“, Flugtag 1951 in Farnborough.
 9. 11. — 14. 11. 53: „Coastal Village“, Fischerdorf Newlyn Bay in Cornwall. „Country Town“, Eine Kleinstadt in Lincolnshire. „Local Handyman“, Der vielseitige Dorfschmied von Hembledon.
 16. 11. — 21. 11. 53: „Maple Sugar Time“, Ernte des süßen Saftes des Maple-Baumes. „Wetterstation Antarktis“, Meteorologische Stationen auf den Falklandinseln. „Arctic Dog Team“, Bedeutung der Polarhunde im Leben der Eskimos. „Indian Canoean“, Indianer im Norden der Provinz Quebec.
 23. 11. — 28. 11. 53: „Latitude and Longitude“, Berechnung der Längen- und Breitengrade. „Seefahrt, Radar und Pinguine“, Film-magazin über Seeschiffahrt. „In all Weathers“, Bedeutung des Radar für die Schifffahrt.
 30. 11. — 5. 12. 53: „Changes in the Franchise“, Zeichentrickfilm über die Wandlung des Wahlrechts. „Local Government“, Kommunalverwaltung in Großbritannien. „Seit tausend Jahren“, Norwich/Ostengland als Beispiel für Gemeindeverwaltung.

Am 18. November 1953 (Buß- und Betttag) geschlossen.

Im Kino finden täglich um 14, 15.30 und 17 Uhr im wöchentlichen Wechsel Vorführungen von Dokumentar- und Kulturfilmen statt. Unsere Play Reading Group trifft sich zweimal monatlich donnerstags in der Bibliothek zum Play Reading.

Bitte, fordern Sie schriftlich oder fernmündlich unser Monatsprogramm.

Universitätsbuchhandlung

BLAZEK & BERGMANN

Inhaber Dr. H. Bergmann

Frankfurt a. M., Goethestr. 1 • Tel. 936 33 u. 952 64

Sämtliche Fachbücher aus den Gebieten

Jura, Wirtschaftswissenschaften,

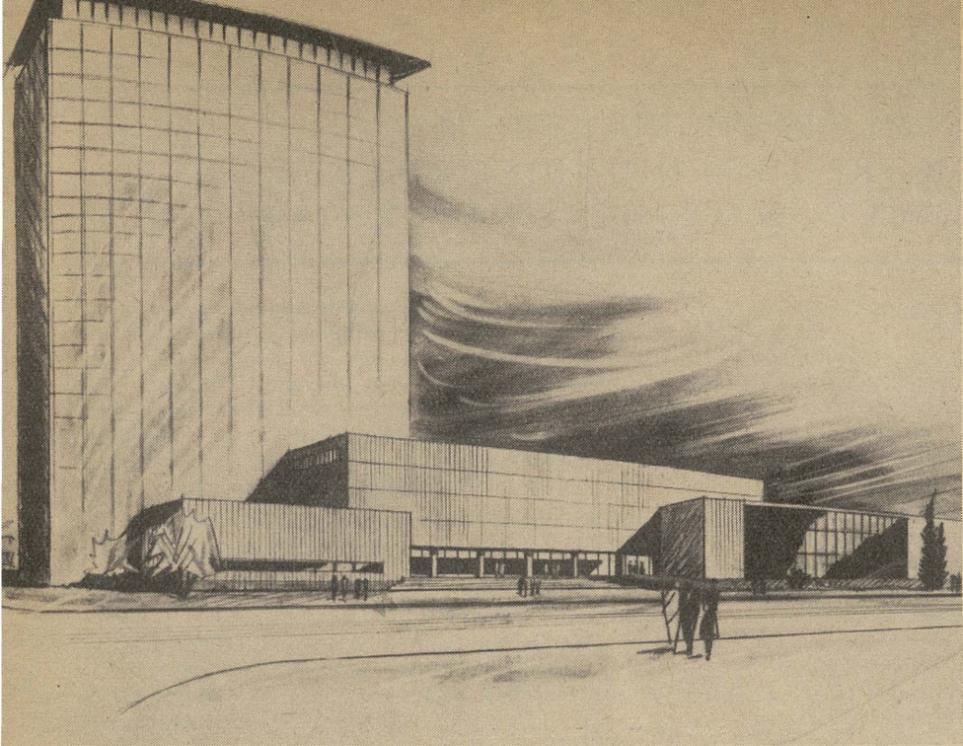
Medizin, Technik,

Naturwissenschaften



- Strichätzungen
- Farbätzungen
- Autotypien
- Galvanos
- Rotaprintfolien
- Matern-Stereos

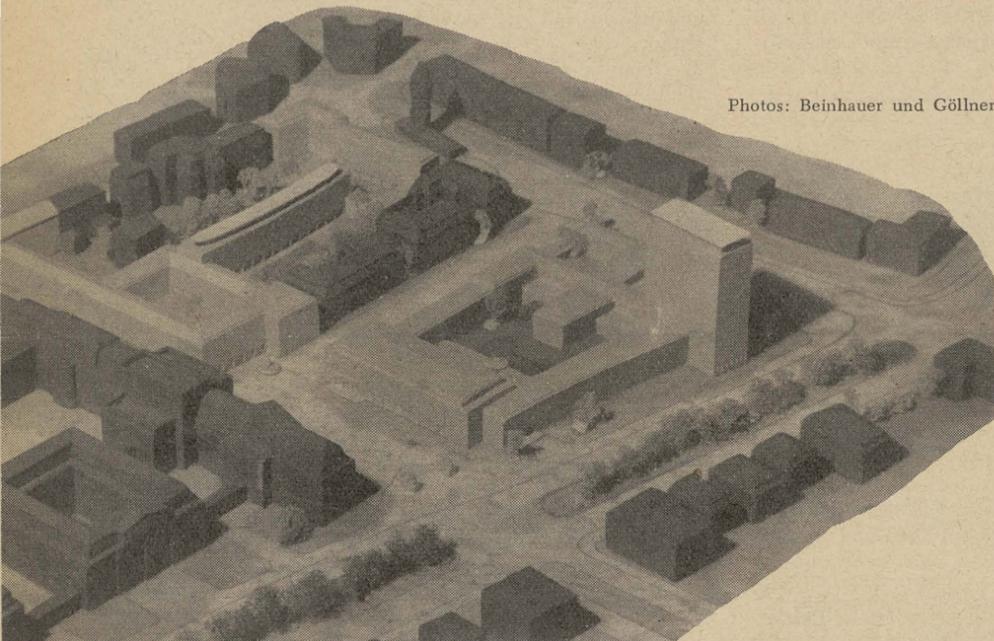
RÖMER KLISCHEEANSTALT GMBH FRANKFURT / M
 Mainzer Landstraße 216
 Ruf 34672



So soll die Bibliothek einmal aussehen. Links der 22 Stockwerke hohe Bücherturm an der Senckenberganlage, in der Mitte der Eingang in die große Kataloghalle von der Bockenheimer Landstraße her. Die Nordwand des Turmes ist ganz aus Glas, Stirnwände und Südwand sind gegen die Sonne abgeschirmt. Entwurf: Architekt Balsler.

Pläne und Projekte

Wie die Universität einmal aussehen soll



Photos: Beinhauer und Göllner

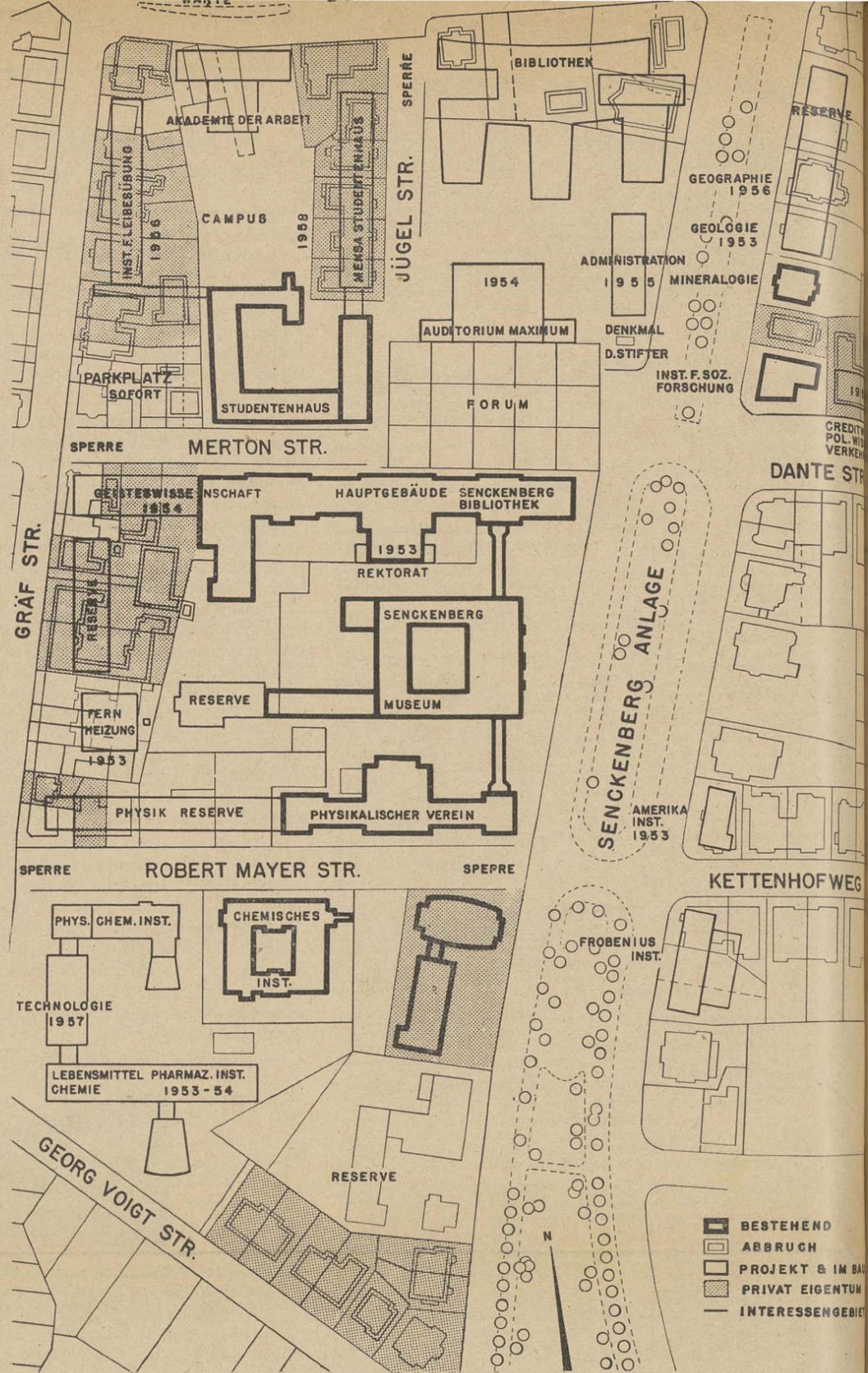
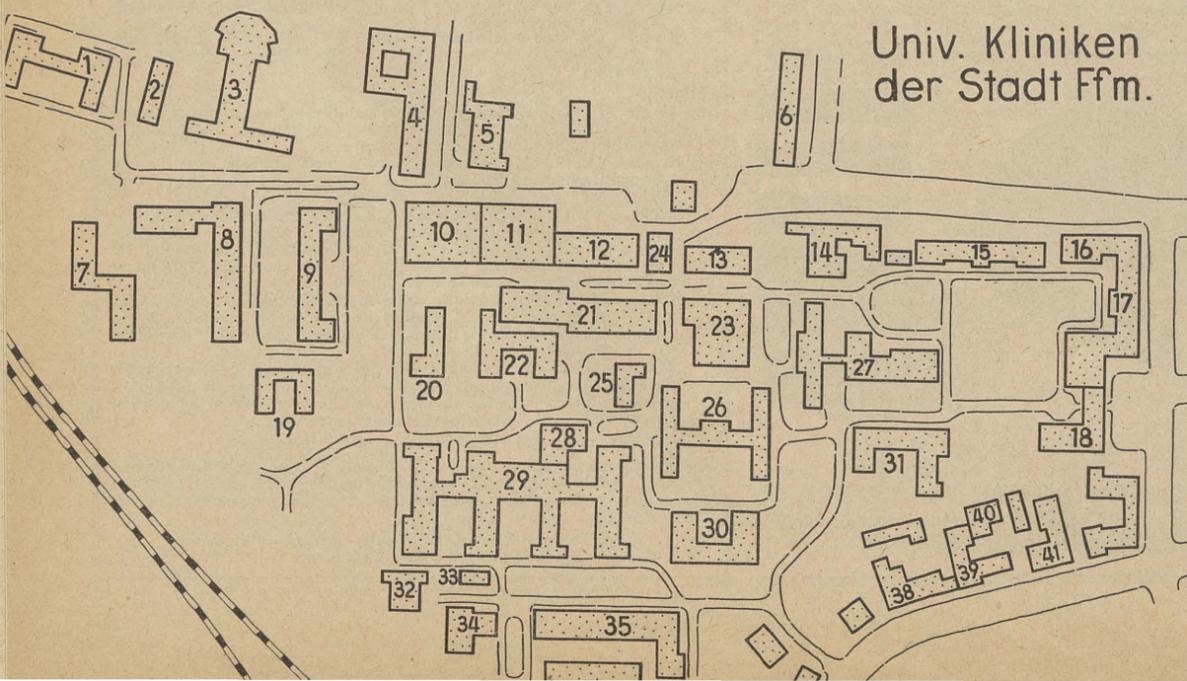
Ein Entwurf des Architekten Balsler für die bauliche Neugestaltung des ganzen Universitätsviertels. Die beiden seitlichen Lesäle der Bibliothek werden durch die Gebäude der Akademie der Arbeit mit dem Auditorium maximum verbunden, so daß ein geschlossener Hof entsteht. Zwischen dem Studentenhaus und einem Ladenhof an der Bockenheimer Warte liegt ein großes Studentenwohnhaus.

Ein unbefangener Betrachter könnte den unten abgebildeten Lageplan der Universitätskliniken für ein barockes Ornament halten. Eine Lösung der Raumfrage bietet nur die Verbannung sämtlicher Wirtschaftsgebäude und Werkstätten aus dem Krankenhausbezirk. Der Umbau ist aber teurer als ein völliger Neubau der Universitätskliniken auf der Ginnheimer Höhe.

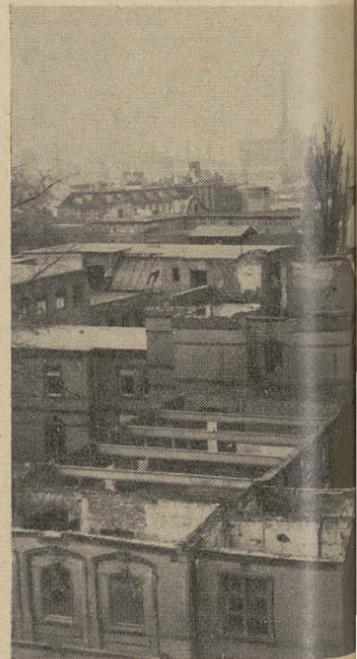
Zeichenerklärung

- | | | | |
|--|------------------------------------|-------------------------------------|---|
| 1 Medizin. Klinik | 10 Personalwohnungen und Fuhrparks | 22 Abt. für Strahlentherapie | 32 Kinderbeobachtungsstation |
| 2 Mensa | 11 Werkstättengebäude | 23 Wirtschaftsgebäude und Kochküche | 33 Kinderpoliklinik |
| 3 Anatomie | 12 Waschhaus | 24 Personalhaus | 34 Medizin. Kinderklinik |
| 4 Theodor Stern-Haus | 13 Verwaltungsgebäude | 25 Baracke für Hautkranke Männer | 35 Frauenklinik |
| 5 Desinfektions- und Entwesungsanstalt | 14 Patholog. Institut | 26 Hautklinik A | 36 Kinderhautklinik B |
| 6 Schwesternhaus | 15 Hautklinik C | 27 Medizin. Klinik | 37 Bunker |
| 7 Kinderinfektionsbaracke | 16 Augenklinik | 28 Röntgeninstitut | 38 Institut für experimentelle Therapie |
| 8 Kinderklinik | 17 Carolinum | 29 Chirurgische Klinik | 39 Georg Speier Haus |
| 9 Infektionsbau A | 18 Aufnahmegebäude | 30 Chirurg. Medizin. Privatklinik | 40 Biol. Institut |
| | 19 Univ. Röntgen-Institut | 31 Schwesternhaus | 41 Hygienisches Institut und Nahrungsuntersuchungsamt |
| | 20 Scharlachpavillon | | |
| | 21 Dampfkesselhaus | | |

Univ. Kliniken der Stadt Ffm.



Der verbindliche Entwurf des Universitätsbauamtes (Architekt Kramer). Alle alten Wohnhäuser im Bereich der Universität werden niedrigergerissen, Robert-Mayer-, Merton- und Jügelstraße für den Durchgangsverkehr gesperrt. Die zum Forum erweiterte Mertonstraße dient als Einfahrt zur Universität und zum Universitätsparkplatz. Die Bebauung wird wesentlich aufgelockert, das Gebäude der Akademie der Arbeit an die Bockenheimer Warte verlegt: so entsteht die „Cité Universitaire“.



Die Kinderklinik ist eine der wenigen modernen Kliniken in Frankfurt (links). Die Aussicht von der neu erbauten Frauenklinik auf die chirurgische Klinik (rechts) zeigt deutlich deren Zustand. Seit jeher ist hier ohne Generalplan gebaut worden. Diese interessante Stilmischung an den Nebengebäuden der chirurgischen Klinik zeigt das besonders deutlich (unten).

